

Protokoll

(Genehmigung durch Behörde ausstehend)



35. Sitzung vom 8. Dezember 2025

mal

Seite 784

+

Behörde	Gemeinderat
Traktanden	Siehe unten
Sitzungsdatum/Zeit	Montag, 8. Dezember 2025, 19.00 - 23.22 Uhr
Sitzungsort	Sitzungssaal Untermosen, Gulmenstrasse 4
Teilnehmende	35 Mitglieder des Gemeinderats, 7 Mitglieder des Stadtrats und die Stadtschreiberin, der Ratssekretär a.i., die Ratssekretär-Stellvertreterin sowie der Ratsweibel Philipp Kutter, um 21.00 Uhr abgereist (weiterer Termin)
Entschuldigte	Ratssekretär Roger Kempf

Traktanden

1. Mitteilungen
2. Abnahme des Protokolls vom 24. November 2025
3. Weisung 28, vom 1. Dezember 2025, Teilrevision in Bezug auf die Festlegung der Anzahl Wahlbüromitglieder und Wahl
4. Budget 2026 und Festsetzung des Steuerfusses

(Die Traktandenliste wurde rechtzeitig am 28. November 2025 im Digitalen Amtsblatt Schweiz amtlich publiziert.)

(Keine Einwendungen gegen die Traktandenliste.)

1. Mitteilungen

Gemeinderatspräsident Roman Schafflützel begrüsst die Anwesenden ganz herzlich zur heutigen Gemeinderatssitzung.

1.1 Verabschiedung Ratssekretär a.i. Fabian Marty

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Fabian Marty hat heute bekanntlich seinen letzten Einsatz als Ratssekretär ad interim.

Lieber Fabian, du wurdest am 4. November 2024 zum Ratssekretär ad interim gewählt. Du hast Dich schnell in die komplexen Zusammenhänge und Abläufe eingearbeitet, Drehbücher geschrieben und uns bei Fragen zu Abläufen kompetent beraten. So ein Kaltstart war sicherlich nicht immer ganz einfach. In diesem Jahr hast Du aber auch Akzente in der Digitalisierung des Gemeinderats gesetzt. Die Zusammenarbeit mit Dir habe ich auf jedem Fall geschätzt. Wir wünschen Dir alles Gute für die Zukunft.

Fabian Marty, Ratssekretär ad interim:

Wenn ich auf mein Jahr als Ratssekretär zurückblicke, dann sehe ich vor allem eines: Es wurde gearbeitet.

In den 10 Sitzungen zwischen letztem November und heute haben wir 12 Postulate beraten, beantwortet oder zur weiteren Behandlung überwiesen und 12 Interpellationen diskutiert – von der lokalen IT-Strategie über die Gesundheitsversorgung bis hin zur Verkehrspolitik und zum Stadtbild.

Wir haben in 9 Wahlgeschäften die Ratsleitung neu gewählt, Kommissionen ergänzt und u.a. auch das Parlamentssekretariat – mit Melanie und mir – gewählt.

Dazu kommen 131 Einbürgerungsgeschäfte mit 8 umfangreichen Weisungen, einem Budget, einer Jahresrechnung und einem Geschäftsbericht.

Unter hinter dem stehen ganze 273 Protokollseiten. Hierzu konnte ich einen bescheidenen Beitrag leisten, die Transkription mit KI zu machen. Das heisst nicht, dass wir nichts mehr zu tun haben, aber es erleichtert schon einiges.

Und weil ich bekanntlich ein KI-Fan bin, habe ich auch KI gesagt, er soll aus den Protokollen im aktuellen Jahr einige lustige Anekdoten herausnehmen. Da habe ich festgestellt, meine KI hat einen komischen Humor. Meistens habe ich den Witz gar nicht verstanden oder es war nicht lustig.

Ich habe mal gelesen, wenn deine nicht lustig ist, frag dich, wer damit angefangen hat.

„Willkommen im Casino Untermosen.“

Er hat die Finanzierung mit einem Casino verglichen und später noch gemeint, der Ratsweibel müsse bald einen Roulette Tisch statt Mikrofone aufstellen.

Ich sage jetzt nicht, wer das gesagt hat, aber ihr habt vielleicht eine Ahnung. Von daher möchte ich auch mitgeben, dass ihr trotz der politischen Arbeit den Humor nicht verliert.

Denn ich habe in diesem Jahr gesehen, wie viel Arbeit dahintersteckt. Und ich war ja nicht mal in den Kommissionen, kann also nur erraten, wie viel Zeit ihr im Gemeinderat investiert. Für eine bescheidene Entschädigung. Deshalb möchte ich hier nicht nur als Ratssekretär-Springer mich bei der GL bedanken, die Zusammenarbeit war sehr angenehm und ihr macht da wirklich einen super Job. Sondern als Wädenswiler Einwohner auch bei euch allen für Euren Einsatz für unsere Wohngemeinde. Vielen Dank.

1.2 Eingänge

Geschätzte Anwesende, wir sind jetzt beim Traktandenpunkt 1.2, Eingang von Vorstössen. Es taucht immer wieder die Frage auf, wann Vorstösse und Anträge gesendet werden müssen. Die Antwort liegt in Artikel 36 der Gemeindeordnung des Gemeinderats.

Vorstösse müssen per E-Mail an das Ratssekretariat gemeldet werden.

Das Ratssekretariat hat eine neue E-Mail-Adresse.

Diese lautet: ratssekretariat@waedenswil.ch.

Wir bitten ausdrücklich darum, dass Vorstösse nicht an einzelne Mitarbeitende geschickt werden, weil diese abwesend sein können oder es personelle Wechsel geben kann.

Für das Präsidium ist es zudem eine Hilfe, wenn der jeweilige Präsident oder die jeweilige Präsidentin im CC ist. Das macht die Koordination einfacher.

1.3 Weihnachtsgarten

Wir sind beim Traktandum 1.3, Weihnachtsgarten.

Ihr habt es vielleicht gemerkt, ihr habt einen Flyer erhalten. Das ist von einer Privatperson. Die Privatperson organisiert eine Glühweinbar. Der Erlös geht an das Kinderheim Grünau in Au. Vielleicht sehen wir uns ja dann mal dort.

1.4 Sitzungsorganisation

Die Geschäftsleitung hat für heute eine Doppelsitzung angeordnet.
Wir haben das letztes Mal bereits geübt.

1.5 Überweisungen

Punkt 1.5, Überweisungen.

Es sind keine Überweisungen eingegangen.

1.5 Eingänge

- GR-Protokoll vom 24. November 2025
 - Bericht und Antrag zum Budget 2026 der Politischen Gemeinde Wädenswil vom 1. Dezember 2025
 - Bericht und Antrag zur Weisung 28, vom 1. Dezember 2025, Gemeindeordnung der Stadt Wädenswil – Teilrevision in Bezug auf die Festlegung der Anzahl Wahlbüromitglieder und ihre Wahl
-

0.5.1

2. Abnahme des Protokolls vom 24. November 2025

(Das Protokoll vom 24. November 2025 wird genehmigt.)

6.0.4.2

3. Weisung 28 vom 12. Mai 2025, Gemeindeordnung der Stadt Wädenswil, Teilrevision in Bezug auf die Festsetzung der Anzahl der Wahlbüromitglieder und des Wahlorgans

(Auf eine Eintretensdebatte wird verzichtet.)

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Für die nachfolgende Beratung gehen wir wie folgt vor:

Zuerst führen wir die Detailberatung über die ganze Weisung 28.

Danach werden die jeweiligen Anträge behandelt, wobei die Anträge 1 und 2 der Sachkom-

mission aufgrund des thematischen Zusammenhangs gemeinsam behandelt und abgestimmt werden.

Anschliessend ist die Weisung bereinigt und es erfolgt eine Schlussabstimmung.

Gibt es Einwände gegen dieses Vorgehen?

Das ist nicht der Fall.

Dann starten wir mit der Detailberatung.

Ich habe noch ein kleines Hilfsmittel mitgenommen. Heute haben wir eine lange Sitzung. Wir haben unseren Timekeeper, den ich von der EVP erhalten habe.

Charlotte Baer, Präsidentin der Sachkommission, du hast das Wort:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Frauen und Männer. Erlauben Sie mir zuerst eine Vorbe-merkung.

Auf der Traktandenliste von heute steht zur Weisung 28 das Datum noch unbekannt.

Das sieht etwas unfertig aus und könnte den Eindruck erwecken, die Sachkommission sei im Verzug.

Ich möchte deshalb klarstellen, dass die Verabschiedung einer Weisung ein Stadtratsbeschluss ist und die Weisung dementsprechend richtigerweise auch das Datum des Stadtratsbeschlusses tragen muss.

Das ist vorliegend der 12. Mai 2025.

Jetzt zur Detailberatung beziehungsweise zur Weisung 28.

Die Weisung behandelt zwei Fragen.

Nämlich erstens: Wer wählt in Zukunft die Mitglieder des Wahlbüros? Also die Frage nach dem Wahlorgan.

Und zweitens: Wer bestimmt in Zukunft, mit wie vielen Mitgliedern das Wahlbüro bestückt werden soll? Also die Frage nach der Anzahl der Personen.

Das Wahlorgan darf der Gemeinderat weiterhin selber bestimmen.

Die Anzahl Personen hingegen darf in Zukunft nur noch vom Stadtrat definiert werden.

Es sei denn, die Gemeinde schreibe eine fixe Zahl direkt in die Gemeindeordnung.

Das wäre jetzt beispielsweise für Wädenswil 120 Personen, wie wir es bis jetzt hatten.

Die Sachkommission hat diese Variante diskutiert.

Das stärkste Argument dagegen ist die Ansicht, dass man dann im Fall einer Änderung dieser Zahl extra eine Teilrevision der Gemeindeordnung mit einer Weisung und einem Urnengang lancieren müsste, was nicht nur kostspielig, sondern eben auch unverhältnismässig wäre.

Wenn die Gemeinde nichts regelt, gilt automatisch der Minimalstandard von fünf Wahlbüromitgliedern.

Die Regelung gemäss dem übergeordnetem Recht ist entweder: Der Stadtrat ist zuständig oder es wird eine fixe Zahl festgelegt. Wenn nichts geregelt ist, gilt zwingend der Minimalstandard von fünf Wahlbüromitgliedern. Diese Regelung ist zwingend vorgeschrieben aufgrund des kantonalen Gesetzes über die politischen Rechte, welches übergeordnet ist. Da hat die Gemeinde keinen Spielraum.

Über diesen Punkt ist die Sachkommission zuerst gestolpert, indem sie übersehen hat, dass für die Stadt Wädenswil ein zwingender Handlungsbedarf besteht. Denn es würde wohl niemand behaupten, dass für eine Stadt mit fast 25'000 Einwohnerinnen und Einwohnern fünf

Wahlbüromitglieder genügen würden. Auch dann nicht, wenn die fünf stärksten Arbeitstiere der Stadt gewählt würden.

Die Sachkommission bedankt sich darum bei der GL für die heutige Traktandierung dieser Gemeindeordnungs-Revision. Das Geschäft ist sehr dringend, weil der Urnengang idealerweise am 8. März 2026 stattfinden muss. Warum der Stadtrat die Weisung allerdings verhältnismässig spät verabschiedet hat, ist nicht bekannt. Bekannt ist, dass der Handlungsbedarf der Gemeinden seit dem 1. Oktober 2022 publik ist. Es liegt der Sachkommission selbstverständlich fern, dies einem federführenden Stadtpräsidenten zuzuschreiben. Wir wissen, dass er eine sehr lange Abwesenheit in Kauf nehmen musste. Weil der Stadtrat jedoch ein ausgezeichnet organisiertes Gremium ist, das aus ausgesprochen eifrigen und kompetenten Mitgliedern besteht, gibt es für diese Verzögerung sicher ganz triftige Gründe. Darum wollen wir nicht weiter darüber diskutieren oder die Sitzung verlängern.

Weitere Ausführungen zur Sache werde ich dann bei der Behandlung der einzelnen Anträge machen. Ich habe vorläufig geschlossen.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke schön.

Wünschen weitere Mitglieder der Sachkommission das Wort?

Das Wort hat **Alexandra Gwerder-Fegble (FDP):**

Geschätzter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen in beiden Räten, werte Presse und Gäste.

Ich halte mein Votum kurz, da Charlotte schon alles gesagt hat. Danke dir für den hervorragenden Bericht und Antrag, wie immer.

Der FDP-Fraktion ist es wichtig, dass wir als Partei weiterhin die Wahlbüromitglieder selber bestimmen können und nicht der Stadtrat.

Es gibt viele Leute, die ihre politische Laufbahn im Wahlbüro gestartet haben. Der Einsatz im Wahlbüro ist eine ideale Gelegenheit, interessierten Mitbürgerinnen und Mitbürgern die Politik näherzubringen.

Die Auswahl der Wahlbüromitglieder soll deshalb nicht bürokratisch aus einer Amtsstube erfolgen, sondern weiterhin durch die Parteien.

Es soll weiterhin an der Zusammensetzung proportional nach Parteistärke im Gemeinderat festgehalten werden.

Angekommen ist Kritik, dass es mit der Disziplin der aufgegebenen Leute nicht immer zum Besten gestanden ist.

Der Stadtrat soll sich mit der IPK austauschen, um nach Lösungen zu suchen. Wir bezweifeln, dass die Parteien von diesem Problem überhaupt Kenntnis hatten.

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, wie man diesem Problem begegnen könnte: beispielsweise mit einer Wahl, begrenzt auf zwei Jahre oder auch durch das Unterschreiben einer Annahmeerklärung.

In der Fraktion haben wir diskutiert, ob die Anzahl der Mitglieder fest in die Gemeindeordnung geschrieben werden soll oder ob wir dem Stadtrat die Kompetenz übertragen sollen, diese Zahl selbst zu bestimmen.

Obwohl wir skeptisch sind, dem Stadtrat Kompetenzen abzugeben, haben wir uns aus Gründen der Flexibilität doch dafür entschieden.

Die FDP-Fraktion geht davon aus, dass der Stadtrat die angemessene Anzahl Wahlbüromitglieder in Abstimmung mit der IPK festlegt.

Die FDP stimmt allen Anträgen der Sachkommission einstimmig zu.

Abschliessend eine Bitte an den Stadtrat:

Kommen Sie doch bitte künftig früher mit solchen Weisungen und nicht auf den letzten Drücker.

Danke. Ich habe geschlossen.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke, Alexandra. Gibt es weitere Wortmeldungen von Mitgliedern der Sachkommission?

Joëlle Jäger (SP-EVP) hat das Wort:

Liebe Kolleginnen aus beiden Räten, liebe Gäste, liebe Presse, danke an Charlotte für den Bericht und den Antrag.

Die Teilrevision ist wichtig. Schliesslich wollen wir nicht, dass Wädenswil in Zukunft an jedem Abstimmungssonntag in den Medien ist, weil bei uns immer noch nicht fertig ausgezählt ist. Wenn es nicht an die Urne kommt, wäre aber genau das der Fall. Wir hätten dann nämlich ab der nächsten Legislatur nur noch fünf Wahlbüromitglieder.

Die Fraktion der SP-EVP ist einverstanden damit, dass in Zukunft der Stadtrat die Anzahl der Wahlbüromitglieder festlegt. Die andere Option wäre, dass die Anzahl in der Gemeindeordnung festgehalten wird.

Doch das lässt keinen Spielraum zu und braucht für jede Änderung einen Urnengang.

Die Wahl der Wahlbüromitglieder wollen aber auch wir nicht dem Stadtrat überlassen. Sie sollen weiterhin durch den Gemeinderat gewählt werden. Es ist besonders wichtig, dass Vertrauen ins Wahlbüro vorhanden ist. Darum sollen die Wahlen und auch die Auswahl der Wahlbüromitglieder möglichst transparent sein. Wie bisher soll die Stärke der Parteien und somit auch der Willen der Wählerinnen und Wähler abgebildet werden.

Die Teilrevision müssen wir vornehmen, weil sie vom übergeordneten Recht verlangt wird, aufgrund einer Änderung vom Mai 2022. Drei Jahre später kam die Weisung in die Sachkommission. Es wäre zu wünschen, dass der Stadtrat in solchen Fällen künftig früher mit solchen Geschäften kommen würde, damit die Sachkommission unter weniger Zeitdruck arbeiten kann. Auch eine klarere Erläuterung der Weisung hätte vermeiden können, dass wir uns heute noch vor der Besprechung des Budgets mit dieser Weisung auseinandersetzen müssen.

Die Fraktion der SP-EVP ist für den Antrag der Sachkommission. Ich habe geschlossen. Vielen Dank.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke, Joëlle Jäger.

Gibt es weitere Wortmeldungen aus der Sachkommission?

Das ist nicht der Fall.

Dann hat der **Stadtpräsident Philipp Kutter** das Wort:

Danke, Herr Präsident, geschätzte Mitglieder von beiden Räten, liebe Gäste, liebe Medienschaffende. Und heute darf ich sicher speziell erwähnen: Liebe Daniela Haag, du machst heute Abend deine letzte Berichterstattung aus dem Gemeinderat, nach vielen, vielen Jahren bei der Zürichsee-Zeitung. Danke vielmals an dieser Stelle für die immer treue Begleitung.

Gut, also wir reden heute über die Weisung 28.

Jawohl, wir wollen zum Thema Wahlbüro gewisse Sachen zu ändern. Sie haben das bereits gehört, die erste Änderung betrifft die Frage, wer die Anzahl der Wahlbüromitglieder festlegt. Wir sind ausserordentlich erfreut über das Vertrauen des Gemeinderats, dass er uns zutraut, die angemessene Anzahl Wahlbüromitglieder zu definieren, so wie wir das auch bisher schon gemacht haben.

Die zweite Änderung ist ein wenig umstrittener. Da geht es um die Frage, wer das Wahlbüro selber wählen soll. Darauf werden wir sicher später bei den Anträgen etwas genauer eingehen.

Der Stadtrat hat vorgeschlagen, dass das in Zukunft der Stadtrat sein soll, weil uns das etwas mehr Flexibilität gibt. Nämlich dann wenn jemand keine Zeit mehr hat, im Wahlbüro mitzuwirken, oder weil jemand aus Wädenswil wegzieht. Dann können wir in einer Stadtratssitzung unkompliziert eine Nachwahl veranlassen. Darum haben wir gedacht, das wäre eine gute Idee. Die Idee ist jedoch nicht auf ungeteilte Gegenliebe gestossen.

Ich denke, wir werden nachher bei den Anträgen noch ins Detail gehen.

Was mir ein Anliegen ist zu erklären – ich habe es vorhin in zwei Voten gehört – ist, warum diese Weisung erst im Jahr 2025 in die Sachkommission gekommen ist:

Die Weisung kam im Jahr 2025, weil wir versucht haben, möglichst viele Änderungen in der Gemeindeordnung zu bündeln. Das ist uns leider nicht gelungen, weil andere Projekte auf der Strecke geblieben sind. So ist es trotzdem eine relativ kleine Gemeindeordnungs-Revision geworden.

Wir haben sie am 12. Mai überwiesen, mit der Abschätzung, dass eine typische Weisung, wenn sie nicht allzu kompliziert ist – also nicht gerade eine BZU-Revision oder Ähnliches – etwa ein halbes Jahr braucht. Das ist der Erfahrungswert.

Wenn der Gemeinderat nun eher zum Schluss kommt, dass eine solche Weisung mehr als ein halbes Jahr braucht, dann müssen wir uns natürlich danach richten. Das war jedoch unsere Orientierungshilfe. Wir haben sie Anfang Mai überwiesen, damit sie sechs oder auch etwas mehr Monate später verabschiedet werden kann, wo wir jetzt auch stehen. Also von daher: Im letzten Moment war das nicht. Aber klar, wenn der Gemeinderat in Zukunft mehr Zeit braucht, dann orientieren wir uns danach. Offensichtlich war die Sachkommission sehr stark belastet, denn die Beratung dieser Weisung konnte erst Ende August stattfinden konnte. Das wären von meiner Seite ein paar Bemerkungen zum zeitlichen Ablauf.

Ich würde dann zum Thema Wahlorgan später noch etwas sagen.

Danke.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke, Philipp Kutter.

Gibt es weitere Mitglieder aus dem Rat, die sich dazu äussern möchten?

Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir jetzt zum Antrag der Sachkommission:

Die Anträge 1 und 2 betreffend Artikel 14 und 25 fassen wir zusammen. Ich lese den Antrag vor.

Einstimmiger Antrag der Sachkommission auf folgende Formulierung zu Artikel 14 der Geschäftsordnung:

Der Gemeinderat wählt – neu, anders als zur Weisung, Absatz 2 – die Mitglieder des Wahlbüros.

Der zweite Antrag betrifft Artikel 25 der Gemeindeordnung.

Der einstimmige Antrag der Sachkommission lautet auf folgende Formulierung:

Der Stadtrat, Absatz 2, ernennt und wählt in freier Wahl; die Litera c wird gestrichen, nämlich die Mitglieder des Wahlbüros.

Zur Begründung des Antrags hat **Charlotte Baer, Präsidentin der Sachkommission** das Wort:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Frauen und Männer.

Wir haben den Antrag der Sachkommission gehört. Der Stadtrat sieht das anders und will die Wahlkompetenz für die Wahlbüromitglieder vom Gemeinderat auf sich selber übertragen. Dies aus folgenden Gründen:

Erstens ist der Gemeinderat – beziehungsweise sind Gemeinden nach Auffassung des Stadtrats – in den meisten Gemeinden die Exekutive das Wahlorgan des Wahlbüros.

Zweitens ist der Stadtrat von Gesetzes wegen wahlleitende Behörde, und der Stadtpräsident hat den Vorsitz des Wahlbüros.

Drittens sagt der Stadtrat, die IPK, die heute Kandidatenvorschläge für das Wahlbüro unterbreitet, sei kein gesetzlich vorgeschriebenes Organ, sondern basiere auf Selbstregulierung. Demnach würden hauptsächlich Angehörige von politischen Parteien portiert, während sich bei einer öffentlichen Ausschreibung auch parteiunabhängige Personen melden könnten. Und viertens – und das ist ein triftiges Argument – stellt der Stadtrat Pflichtvergessenheit und mangelnde Disziplin fest, sowohl bei der IPK selber wie auch bei den einzelnen Wahlbüromitgliedern. So werden beispielsweise Einsatztermine nicht wahrgenommen, grundlos abgesagt, oder die betreffenden Personen wissen nicht einmal, dass sie ins Wahlbüro gewählt wurden.

Da könnte, sagt der Stadtrat, flexibel reagiert werden, indem beispielsweise Nachwahlen durchgeführt werden, um so einen Grundbestand sicherzustellen.

Die Sachkommission betrachtet dies differenziert. Ich will nur die beiden wichtigsten Gegenargumente nennen und verweise im Übrigen auf den schriftlichen Bericht.

Für die einstimmige Sachkommission wäre eine Übertragung der Wahlkompetenz an den Stadtrat ein Rückschritt. In einer direkten Demokratie ist das Vertrauen der Bevölkerung ins Wahlbüro eminent wichtig. Das Vertrauen ist am besten geschützt, wenn das Wahlbüro proportional zu den Parteienstärken im Gemeinderat zusammengesetzt ist.

Demgegenüber besteht bei einer öffentlichen Ausschreibung mindestens theoretisch ein Restrisiko, dass das Wahlbüro im stillen Kämmerlein aus völlig unbekannten Personen zusammengesetzt werden könnte.

Weiter ist anzunehmen, dass weder die IPK noch die Parteien über die vom Stadtrat monierten Unzulänglichkeiten Bescheid wussten.

Bevor aber das ganze Wahlsystem umgestellt wird und Kompetenzen an den Stadtrat abgetreten werden sollen, erteilt die Sachkommission dem Stadtrat den Auftrag, proaktiv auf die IPK zuzugehen, um gemeinsam Lösungen zu finden. Diese könnten beispielsweise in Abmahnungen, in Disziplinar massnahmen gegenüber fehlbaren Personen oder unter Umständen auch in Bussen bestehen.

Ich habe geschlossen. Danke.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke, Charlotte Baer.

Gibt es weitere Mitglieder der Sachkommission, die sich zu diesem Antrag äussern möchten?

Das ist nicht der Fall.

Dann hat das Wort der **Stadtpräsident Philipp Kutter:**

Danke vielmals, Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren.

Kurz zusammengefasst beantragen wir Ihnen, die Wahl des Wahlbüros an den Stadtrat zu delegieren, weil wir damit Abläufe vereinfachen und flexibler handeln können.

Die Sachkommission möchte die Kompetenz gerne beim Gemeinderat belassen. Ich verstehe das schon, weil man sich ja nicht gerne Kompetenzen wegnehmen lässt. Aber eines möchte ich doch festhalten, jetzt auch in den Voten sowie im Bericht und Antrag: Damit wird klar die Erwartung verbunden, dass weiterhin die Parteien ein Vorschlagsrecht für das Wahlbüro haben, nach ihrer Grösse.

Ich will einfach klar festhalten: Das ist eine bisherige Praxis, das ist aber so nirgends geregelt. Egal, wer heute oder in Zukunft die Kompetenz hat, das Wahlbüro zu wählen – der Stadtrat kann diese Praxis jederzeit beenden. Es ist also nicht so, dass, wenn Sie heute dem Antrag der GRPK folgen, das System auf ewige Zeit betoniert ist. Oder im Gegenzug, wenn Sie die Wahlkompetenz an den Stadtrat übertragen würden, dass wir diese Praxis beenden würden.

Es gibt schlicht keine rechtliche Grundlage, sondern es ist lediglich eine stetige Praxis, bei der wir – das habe ich auch der Sachkommission gesagt – nicht den unmittelbaren Eindruck haben, dass man daran etwas ändern müsste. Wir möchten die Ortsparteien weiterhin einbeziehen, sodass sie weiterhin abhängig von den Proporzten eine gewisse Anzahl Mitglieder melden können.

Ja, es ist richtig, es gab gewisse Schwächen in der Vergangenheit. Charlotte Baer hat ein paar Beispiele genannt. Das Schönste war – Sie müssen wissen, es gibt zwei Kriterien, um Wahlbüromitglied zu werden: man muss 18 Jahre alt sein und den Schweizer Pass haben. Und es wurden uns Personen gemeldet, die diese beiden Kriterien nicht erfüllen. Das ist aus unserer Sicht – ganz unabhängig von der Weisung – ein Punkt, den wir gemeinsam beheben müssen.

Dann gibt es noch ein staatspolitisches Argument, das ich ebenfalls anführen möchte und das ich auch in der Sachkommission erwähnt habe: Es besteht ein Vorfilter, dass eigentlich nur Leute aus dem Dunstkreis der Parteien ins Wahlbüro gewählt werden könnten. Das ist

staatspolitisch mindestens ein bisschen fragwürdig. Das Wahlbüro wäre an sich eine gute Gelegenheit, Menschen, die parteiungebunden sind – und davon gibt es bei den rund 26'000 Einwohnerinnen und Einwohnern in Wädenswil doch einige –, und sich dennoch für Politik interessieren, an das politische Geschehen heranzuführen.

Es gibt also zwei Gründe, die eher gegen diese Praxis sprechen. Aber wir werden diese wohl nicht sofort beenden, sondern den Auftrag der Sachkommission wahrnehmen und einmal mit den Parteien, die in der IPK versammelt sind, das Gespräch aufnehmen.

Dies gesagt: Wir würden weiterhin vorschlagen, die Wahlkompetenz dem Stadtrat zu übertragen. Wir könnten das durchaus auch. Dankeschön.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke, Philipp Kutter.

Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat?

Das ist nicht der Fall.

Gibt es weitere Anträge zu diesem Punkt?

Das ist auch nicht der Fall.

Dann kommen wir zu den Abstimmungen.

Wünscht jemand, dass ich die Anträge nochmals wiederhole?

Das ist nicht der Fall.

Wer für die beiden einstimmigen Anträge der Sachkommission ist, soll dies durch Handerheben bezeugen.

Abstimmung über Anträge 1 und 2 der Sachkommission, betreffend Artikel 14 und 25

Der Rat stimmt den Anträgen grossmehrheitlich zu.

Wir kommen nun zur Schlussabstimmung über die bereinigte Weisung.

Ich fasse noch einmal alle Anträge zusammen:

Erstens: die Anpassung der Artikel 14 und 25 der Gemeindeordnung, wonach die Kompetenz zur Wahl der Wahlbüromitglieder beim Gemeinderat liegt.

Zweitens: Der Stadtrat erhält die Kompetenz zur Festlegung der Anzahl der Wahlbüromitglieder.

Drittens: Der Stadtrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens der neuen Gemeindeordnung.

Viertens: Der Beschluss untersteht gemäss Artikel 11 Ziffer 1 der Gemeindeordnung dem obligatorischen Referendum und ist den Stimmberechtigten zur Urnenabstimmung vorzulegen.

Wer der **Weisung 28** zustimmen möchte, bezeugt dies durch Handerheben.

Schlussabstimmung über die bereinigte Weisung 28

Der Rat stimmt dieser Weisung **einstimmig** zu, für das Protokoll: **35 zu 0**.

0.10.5

4. Budget 2026 und Festsetzung des Steuerfusses

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

So, geschätzte Anwesende, jetzt kommen wir zu der Big Beautiful Bill, oder wie wir heute gehört haben, zum Casino. Oder wie es traktandarisch heisst: Wir sind jetzt bei Traktandum 4: Budget 2026 und Festlegung des Steuerfusses.

Gemäss Artikel 71 Absatz 2 der Geschäftsverordnung muss der Gemeinderat auf das Budget eintreten. Somit entfällt eine Eintretensdebatte. Für die nachfolgende Beratung und Beschlussfassung gehen wir wie immer vor, nämlich nach der Reihenfolge 8 bis 9 im Budget.

Zuerst beraten wir das Budget 2026 inklusive Leistungsaufträge und Globalkredite der FLAG-Abteilungen. Änderungsanträge werden behandelt und die Anträge respektive Abstimmungen bereinigt, wobei Änderungsanträge zur Investitionsrechnung am Schluss der Erfolgsrechnung behandelt werden.

Zur Beratung: Zu Beginn folgt nochmals eine Debatte über das ganze Budget im Allgemeinen. Danach gehen wir systematisch die gesamten Hauptabteilungen durch.

Jeder Änderungsantrag der GRPK oder der Fraktionen ist ein Änderungsantrag zur stadträtlichen Weisung beziehungsweise zum stadträtlichen Antrag, über welchen wir dann sogleich abstimmen. Findet der Antrag keine Mehrheit, gilt die Zustimmung zum jeweiligen Antrag des Stadtrats gemäss Budget 2026. Gibt es drei oder mehr gleichgeordnete Änderungsanträge, werden wir nach dem Cup-System vorgehen. Das wird sehr wahrscheinlich irgendwann der Fall sein. Ich werde das Vorgehen erklären, wenn wir so weit sind.

Das Budget ist danach bereinigt, und es erfolgt nochmals eine Debatte über das bereinigte Budget. Anschliessend beraten wir den Steuerfuss und stimmen über den Steuerfuss separat ab. Wenn wir sowohl über das Budget wie auch über den Steuerfuss beraten haben, folgt eine Schlussabstimmung über das bereinigte Budget zusammen mit dem Steuerfuss.

Gibt es dazu Einwände?

Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Detailberatung des Budgets 2026 im Allgemeinen.

Das Wort hat Ueli Reiter, Präsident GRPK:

Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen aus beiden Räten, werte Gäste, Presse.

Mit der Budgetdiskussion 2026 schliesst der Stadtrat einen wesentlichen Teil seiner laufenden Legislaturperiode ab und gibt auch einen Ausblick auf die kommenden Jahre mit weiteren anstehenden grossen Investitionen. An dieser Stelle ein grosses Dankeschön an alle Beteiligten für die geleistete Arbeit im Rückblick wie auch im Ausblick auf das, was kommt.

Erfreulich ist, dass das Budget 2026 wiederum – wie in den Vorjahren – von relevanten Ertragsüberschüssen ausgeht, die einerseits durch Sondereffekte gestützt werden und andererseits durch steigende Steuereinnahmen auf Basis einer steigenden Steuerkraft realisiert werden können. Die zusätzlichen Erträge werden dringend benötigt, um den weiterhin hohen Investitionsbedarf in die Infrastruktur zu finanzieren.

Viele dieser zusätzlichen Einnahmen werden jedoch auch benötigt, um den steigenden Nettoaufwand zu decken. In meinem Votum zum Budget im letzten Jahr hatte ich drei Punkte herausgegriffen, auf die ich auch in diesem Jahr wieder eingehen möchte. Damit wird klar, dass wir im letzten Jahr zwar Fortschritte erzielt haben, diese aber oft zu langsam vorangetrieben werden konnten.

Ich beziehe mich im Wesentlichen auf drei Aspekte, welche teilweise auch in den Legislaturzielen Eingang gefunden haben. Der erste Punkt ist die Reduktion des strukturellen Defizits beziehungsweise die Verbesserung des Cashflows. Der zweite Punkt betrifft die Verbesserung der Führungskennzahlen und als dritten Punkt die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Stadt und Gemeinderat.

Ich gehe davon aus, dass wir zu den ersten beiden Punkten in der kommenden Stunde noch verschiedene Voten hören werden. Darauf gehe ich hier nicht vertieft ein.

Diese Punkte sind weiterhin aktuell und müssen auch für die kommende Legislatur im Fokus bleiben. In diesem Jahr möchte ich jedoch den Fokus auf den letzten Aspekt legen, weil er vermutlich zu wenig Beachtung gefunden hat: die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Stadt und Gemeinderat.

Im letzten Jahr wurden verschiedene Projekte mit finanziellen Auswirkungen vom Stadtrat initiiert beziehungsweise bewilligt, welche aus Sicht der GRPK – aufgrund ihrer finanziellen Auswirkungen – im Gemeinderat hätten diskutiert werden müssen. Da diese Diskussion aus Sicht der GRPK nicht ausreichend stattgefunden hat, nutzt die Kommission die Möglichkeit, im Rahmen der Budgetberatung Anpassungen vorzuschlagen beziehungsweise die Diskussion zu forcieren.

Dass dies nicht immer ganz im Sinn des Stadtrats ist, ist uns bewusst. Und dass die Zusammenarbeit nicht immer so funktioniert, wie man es anstreben sollte, macht auch die Stellungnahme des Stadtrats, zum Beispiel zum Kürzungsantrag 3.3 deutlich.

Der Stadtrat verweist darauf, dass es sich um eine kompetenzgebundene Ausgabe handle, und empfiehlt den Antrag zur Ablehnung. Wie in der Ausführung beschrieben, geht er davon aus, dass eine Höherstufung des Stadthauses zu einem Knotenpunkt (Hub) stattfindet.

Diese Höherstufung, inklusive der damit verbundenen Aufgabenanpassungen oder auch Anpassungen der Infrastruktur, wurde jedoch nie breit diskutiert.

Ob also gebundene Ausgaben vorliegen, wie der Stadtrat dies darstellt, ist aus Sicht der GRPK zumindest in Frage zu stellen. Auch die Höhe der notwendigen Ausgaben von 440'000 Franken, die bei einer Erhöhung des Kredits nicht mehr im Kompetenzbereich des Stadtrats liegen würden, wäre breiter zu diskutieren.

Es reicht also nicht, vorgängig von der GRPK zu erwarten, dass Anträge mit der Verwaltung diskutiert werden, sondern wir müssen darüber hinausgehen und Diskussionen zu einzelnen Themen – insbesondere bei der Frage gebundener Ausgaben – früher führen.

Hier wird die GRPK im kommenden Jahr mehr Arbeit investieren müssen, um eine saubere Auslegeordnung vorzunehmen und bei Bedarf rechtzeitig intervenieren zu können.

Aus dieser Perspektive ergeben sich die Schlussbemerkungen der GRPK und verschiedene Anträge, welche als Aufruf verstanden werden sollen, mehr in eine frühzeitige Kommunikation zwischen den Gremien zu investieren.

Für das kommende Jahr regen wir daher an, weiter in diesen Austausch zu investieren, insbesondere dann, wenn die neue Legislatur gestartet hat und die Aufgaben neu verteilt sind. Das heisst, unsere wesentlichen Baustellen bleiben bestehen, wir arbeiten jedoch darauf hin, hier unseren Beitrag zu leisten.

Zum Abschluss noch kurz die Übersicht zum Bericht und Antrag zum Budget 2026. Bevor meine Kolleginnen und Kollegen aus der GRPK auf die einzelnen Abteilungen eingehen. Meinen Kolleginnen und Kollegen aus der GRPK möchte ich auch noch mein Dankeschön für die immer sehr spannenden Diskussionen, die wir führen können, aussprechen.

Das Budget 2026 rechnet mit einem Ertragsüberschuss von rund 14 Millionen Franken bei einem steigenden Aufwand von rund 6 %. Neu im Budget 2026 ist erstmals, dass die Frohmatt nicht mehr berücksichtigt wird, was dazu führt, dass einzelne Kennzahlen, die wir vielleicht aus dem letzten Jahr noch im Kopf haben, überdacht oder angepasst beziehungsweise neu berechnet werden müssen. Dadurch nimmt auch der städtische Gesamtaufwand im Budget und in der Rechnung entsprechend ab.

Ich komme zum Schluss meines einleitenden Votums. Ich wünsche allen Beteiligten eine befruchtende Debatte heute Abend und im kommenden Jahr viel Energie, die anstehenden Aufgaben gemeinsam anzugehen.

Danke, ich habe geschlossen.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke, Ueli Reiter.

Gibt es weitere Mitglieder der GRPK, die das Wort wünschen?

Beat Lüthi, FDP hat das Wort:

Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Mitglieder aus beiden Räten, werte Vertreter der Presse, liebe Gäste.

Ueli Reiter hat bereits ausführlich über das Budget berichtet, und ich werde mir Mühe geben, nicht zu viel zu wiederholen. Ich möchte aber an dieser Stelle den Dank, den er uns ausgerichtet hat, zurückgeben. Er hat einen absolut hervorragenden Job gemacht in dieser Legislatur als GRPK-Präsident. Das möchte ich einmal gesagt haben.

Wir anerkennen die Bemühungen des Stadtrats, den Budgetprozess und die Planungsgenauigkeit weiter zu verbessern. Ich meine das nicht nur in formaler, sondern auch in materieller Hinsicht. Der Dank dafür geht an den gesamten Stadtrat, insbesondere auch an den Stadtrat Finanzen, Christof Wolfer, und sein Team. Vielen Dank.

Die Tatsache ist aber – und jetzt lege ich meinen Finger einfach auf die Fakten –, dass das strukturelle Defizit, dessen Elimination eines der Hauptziele der Legislatur war, im Budget 2026 mit rund 4,7 Millionen Franken zwar etwas tiefer ausfällt, aber weiterhin hoch ist. Die moderate Verbesserung ist letztlich einzig und allein auf die über alle Massen gute Einnahmenseite zurückzuführen.

Die Ausgaben sind pro Kopf nominal und real weiter gestiegen – munter gestiegen. Es wurde also bisher gar nicht wirklich gespart, auch wenn gewisse politische Lager immer wieder behaupten, es werde übermässig gespart. Die Anstrengungen, bestehende Aufgaben effizienter zu erfüllen, müssen verstärkt werden. Das muss auch in die kommende Legislatur mitgenommen werden.

Bei der Übernahme immer neuer, kostspieliger Aufgaben und Umverteilungsmassnahmen, die vor allem im rot-grünen Lager immer wieder eindrücklich gefordert werden, ist grösste Zurückhaltung zu üben.

Zur Effizienz der Aufgabenerfüllung denkt man spontan an Digitalisierung. Wenn ich aber die Stadtschreiberin frage, was in der Verwaltung durch Digitalisierung eingespart worden ist – in der Vergangenheit oder im letzten Jahr –, ernte ich Stillschweigen als Reaktion. Ich habe bisher von keiner eingesparten Stelle Kenntnis erhalten. Und nicht nur das: In mehreren Abteilungen hören wir, dass aufgrund der Digitalisierung nicht nur der Aufwand steigt, was in einer Übergangsphase nachvollziehbar wäre, sondern dass auch mehr Stellen benötigt werden. Also nach der Digitalisierung mehr Personal eingestellt werden muss, als vorher.

Da würde ich mit Shakespeare sagen: Da ist etwas falsch im Staate Dänemark.

Insgesamt werden in der Stadtverwaltung gemäss Budget 2026 6,6 neue Stellen geschaffen. Das entspricht einem erneuten Wachstum von 2,4 %. Immerhin ist ein Teil davon befristet – so heisst es heute zumindest. Wir werden in zwei bis drei Jahren sehen, ob das auch wirklich so war.

Ein Teil wird zudem dem Seewasser-Wärmeverbund belastet. Um diese Faktoren korrigiert, ist es zwar ein tieferes Stellenwachstum als in den Vorjahren, aber immer noch ein Wachstum über dem Bevölkerungswachstum. Ich erinnere an unseren Vorstoss zu diesem Thema und an die Feststellung, dass die Bevölkerung in Wädenswil in den letzten fünf Jahren um rund 4 % gewachsen ist, die Stellen aber um 18 %.

Im aktuellen Budget stören wir uns im Vergleich zu früheren Jahren vor allem an zwei Eigenwirtschaftsbetrieben, die in früheren Budgetsitzungen nicht so im Vordergrund standen.

Beim Wasser müssen wir den fahrlässigen, massiven Schuldenaufbau stoppen – und zwar sofort. Beim Gas, wo die Umsetzung des Energiegesetzes hohe Investitionen bei Immobileneigentümern verursacht und auch Mieter belastet, dürfen nicht noch zusätzliche Belastungen durch Zwangsabgaben, für Zahlungen ins Ausland entstehen. Stattdessen müssen wir uns auf lokale Investitionen konzentrieren, um hier in Wädenswil bezüglich CO₂-Footprint besser zu werden.

Zum Schluss komme ich noch auf die Reaktion von Verwaltung und Stadtrat auf die Anträge der GRPK zu sprechen. Die GRPK hat sich wirklich viel Mühe gegeben, sich in das Budget zu vertiefen und – wie ich meine – insgesamt einen guten Job gemacht, Bereiche zu identifizieren, bei denen wir heute Abend Anpassungen diskutieren.

Die Abqualifizierung von GRPK-Anträgen mit dem Satz „*Dieser Antrag ist unzulässig*“ hat mich offen gestanden nicht nur schockiert, sondern auch geärgert. Den inflationären Gebrauch dieses Satzes in diesem Ausmass habe ich noch nie erlebt, und wir sollten uns im Gemeinderat heute Abend davon auch nicht beeindrucken lassen.

Die meisten Anträge stammen übrigens mit grosser Mehrheit aus der GRPK, wenn nicht gar einstimmig. Wenn der Gemeinderat diese Anträge heute Abend annimmt, macht er nichts Unzulässiges oder Verbotenes. Es ist dann vielleicht nur ein bisschen unbequem für den Stadtrat.

Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke, Beat Lüthi.

Gibt es weitere Mitglieder der GRPK, die das Wort wünschen?

Simon Bass, Die Mitte, hat das Wort:

Danke, Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen aus beiden Räten, geschätzte Gäste, liebe Presse. Als Erstes möchte ich Ueli Reiter danken für sein Engagement als Präsident der GRPK sowie für seine souveräne und effiziente Sitzungsführung, sowie für die Berichte und mittlerweile sogar die Protokolle, die aus seiner Feder entstehen.

Ich möchte mich anschliessen, dass wir das Ausgabenwachstum nach wie vor nicht wirklich im Griff haben und weiterhin eine Finanzierungslücke im Budget klafft. Die Mitte-Fraktion hat das Budget 2026 gründlich diskutiert. Das vorliegende Budget ist insgesamt in Ordnung. Die Sparsbemühungen sind teilweise sichtbar, aber klar weniger konsequent als im Vorjahr.

Finanziell können wir für 2026 mit noch höheren Steuererträgen rechnen, vor allem bei den Privatpersonen, leider auch in diesem Jahr nicht wirklich bei den juristischen Personen. Es zeichnet sich erneut ein Ertragsüberschuss von rund 14,5 Millionen Franken ab, vor allem wegen der ausserordentlich hohen Grundstückgewinnsteuer, die sich auch dieses Jahr wieder auf einem überdurchschnittlich hohen Niveau bewegt. Wie wir alle wissen, sind diese Erträge nicht wirklich nachhaltig.

Auch in diesem Budget soll der Personalaufwand erneut um satte 1,6 Millionen Franken steigen, und auch in der Primarschule werden 1,9 Millionen Franken mehr für mehrheitlich kantonale Löhne budgetiert. Die Zunahme ist gerade noch durch die ausserordentliche Grundstückgewinnsteuer zu decken. Es stellt sich die Frage, was passiert, wenn sich die Grundstückgewinnsteuer bald normalisiert. Dann klafft wieder ein noch grösseres Defizit im stetigen Personalaufwand.

Weiter haben wir nach wie vor sehr hohe Investitionen. Einerseits besteht ein gewisser Investitionsstau aus den letzten Jahrzehnten, andererseits speziell in diesem Jahr wegen des Energieverbunds Wädenswil. Die Investitionen in den Energieverbund sind wichtig und sollten sich langfristig amortisieren, führen aber dazu, dass die Schulden der Stadt wieder deutlich ansteigen.

Genau darum hat die GRPK einstimmig den Antrag gestellt, dass der Steuerfuss gleich bleibt – trotz eines erneuten Überschusses. Das ist richtig und wichtig, und darum werden auch wir als Mitte-Fraktion diesen Antrag unterstützen.

Was uns zudem Sorgen macht, ist das Projektmanagement in der Stadtverwaltung. Vor allem bei grösseren Vorhaben, wie zum Beispiel bei der Einführung einer neuen Gemein-desoftware oder bei grösseren Bauten wie dem Schulhaus Glärnisch, beziehungsweise dem Kindergarten des Schulhauses Glärnisch, haben wir immer wieder gesehen, dass es Unklarheiten, Verzögerungen oder gar Nachtragskredite braucht. Das ist nicht nur ärgerlich, sondern auch teuer.

Wenn man die Kosten im Griff haben will, braucht es ein besseres Projektmanagement, mehr Transparenz und während des gesamten Projektverlaufs mehr Austausch mit den Behörden und dem Gemeinderat. Gerade im Hinblick auf die neue Legislatur und die Neubesetzung von Schlüsselstellen in der Verwaltung ist es wichtig, dass dies funktioniert und sauber übergeben wird.

Ich habe geschlossen, danke.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke, Simon Bass.

Gibt es weitere Mitglieder der GRPK, die das Wort wünschen?

Das Wort hat Marco Kronauer, SVP:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Anwesende.

Das Budget 2026 bringt – wie jedes Jahr – für den einfachen Leser sehr viele Zahlen mit sich, und es ist nicht immer ganz einfach, hier den Überblick zu behalten. Eine gute Hilfe dazu ist das Cockpit oder auch die Kennzahlen zur Umsetzung der Finanzstrategie des Stadtrats, die er uns jeweils präsentiert. Dort werden die einzelnen Positionen jeweils mit grünen, orangen oder roten Ampeln versehen und geben somit eine gute, knappe Übersicht zur aktuellen Finanzsituation. Hier zeigt sich auch, dass sich die strukturellen Defizite in den letzten Jahren zwar verbessert haben, die Ampel aber immer noch auf Rot steht.

Die erfreulichste Entwicklung aus meiner Sicht zeigt der Punkt „Steuerkraft pro Einwohner“. Dieser steigt von rund 88 % des kantonalen Mittels im Jahr 2021 auf gut 97 % im Budget 2026.

Alle anderen Positionen – wie zum Beispiel Nettoinvestitionen Steuerhaushalt, Selbstfinanzierung Steuerhaushalt, Entwicklung Nettoausgaben Steuerhaushalt, Entwicklung Personalaufwand, wie wir bereits gehört haben – stehen weiterhin auf Rot.

Das heisst für mich: Alles, was der Stadtrat und auch der Gemeinderat in den Händen haben, hat sich in der letzten Legislatur nicht oder nur wenig verbessert. Ich spreche hier ganz bewusst alle Anspruchsgruppen in diesem Raum an. Schlussendlich hat es auch der Gemeinderat in der Hand, mit seinen Abstimmungen etwas an der finanziellen Situation zu ändern.

So wie der Stadtrat in jedem neuen Budget mit zusätzliche Personalaufstockungen die Aufwandseite treibt, gibt es von Seiten der Gemeinderäte Vorstösse oder Postulate, die zusätzliche Kosten in der laufenden Rechnung oder Investitionen zur Folge haben. Schlussendlich können wir alle von Glück sprechen, dass sich die Einnahmenseite in Wädenswil so gut entwickelt. Ansonsten müsste sich der Stadtrat eines Tages mit seiner versprochenen Leistungs- und Kostenüberprüfung doch noch etwas erreichen. Apropos Leistungs- und Kostenüberprüfung: Mir ist ein Punkt in den Budgetsitzungen der GRPK ziemlich sauer aufgestossen. Gefühlt jede Abteilung kommt mit neuen Ausgaben zum Thema Digitalisierung und Informatik. Neue Stellen werden geschaffen für etwas, das bis dahin nicht nötig gewesen ist.

Zu meiner Anfangszeit in der GRPK hat der Stadtrat bereits verkündet, mit der Digitalisierung könnten Einsparungen erreicht werden. Leider ist aus meiner Sicht genau das Gegenteil der Fall. Es wurde keine einzige Stelle eingespart in den letzten Jahren aufgrund der Digitalisierung. Man gibt Geld für etwas aus, bei dem man nicht weiss, wo es hinführt.

Als Letztes danke ich meinen Kolleginnen und Kollegen der GRPK für die konstruktiven Budgetsitzungen sowie dem Stadtrat und den entsprechenden Abteilungsleitungen für die Beantwortung unserer Fragen.
Besten Dank.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke, Marco Kronauer.

Gibt es weitere Wortmeldungen?

Peter Huber, SP hat das Wort:

Geschätzte Anwesende, das Budget 2026 zeigt, wie anspruchsvoll die finanzielle Lage unserer Stadt geblieben ist – auch mit einem Ertragsüberschuss. Das strukturelle Defizit konnte zwar etwas gesenkt werden. Genau darin liegt aber die Herausforderung: Das Defizit soll nicht auf Kosten öffentlicher Leistungen verschwinden.

Die SP-EVP-Fraktion begrüsst, dass der Stadtrat sein Ziel ernst nimmt und weiterhin versucht, das strukturelle Defizit zu reduzieren. Gleichzeitig muss man im Kopf behalten, dass es vor allem ausserordentliche Grundstückgewinnsteuern sind, die den Ertragsüberschuss ausmachen. Diese sind volatil und nicht planbar. Solide Finanzen entstehen nicht durch Glück, sondern durch eine klare Priorisierung öffentlicher Aufgaben und durch langfristige Investitionen, die sich am Ende auch auszahlen können.

Die Kostensteigerungen finden vor allem dort statt, wo die Bevölkerung wächst oder wo die Stadt gesetzlich verpflichtet ist zu handeln: in der Bildung, im Sozialbereich, bei der Pflegefinanzierung, bei der IT-Sicherheit. Ja, der Personalaufwand steigt nur moderat, und viele Kosten sind auf kantonale Vorgaben, Digitalisierung und mehr Schülerinnen und Schüler zurückzuführen. Das sind Bereiche, in denen Sparen weder sinnvoll noch effizient noch verantwortbar wäre.

Mit netto 19 Millionen Franken Investitionen im steuerfinanzierten Haushalt bewegen wir uns im Rahmen der Finanzstrategie. Das ist richtig. Wer heute in Schulraum, Infrastruktur, Energieverbünde, Sicherheit und soziale Angebote investiert, verhindert morgen marode Gebäude, Energieverschwendung und Kostenexplosionen. Insbesondere die Investitionen im Wärmeverbund sind für uns ein klares Bekenntnis zu den Klimazielen, zur Versorgungssicherheit und zur langfristigen Stabilität.

Ein wichtiger Punkt ist der Steuerfuss, der bei 86 % bleibt. Das ist angemessen. Eine Senkung wäre finanzpolitisch fahrlässig, gerade jetzt, wo die Investitionen steigen und das strukturelle Defizit nach wie vor besteht. Eine Erhöhung ist aber auch nicht nötig, weil die Einnahmen stabil und absehbar wachsen und die Stadt verantwortungsvoll budgetiert. Das muss auch einmal gesagt werden.

Budgetpolitik ist Gesellschaftspolitik. Ein Budget ist das Fundament für unsere öffentlichen Leistungen: gute Schulen, ein funktionierendes Sozialsystem, sichere Infrastruktur. Bei den erschwinglichen Wohnungen – auch im Alter – sind wir noch nicht dort, wo wir sein möchten. Hoffen wir, dass wir hier noch etwas weiterkommen. Und auch bei den Klimaschutzmassnahmen gilt: Wer dort spart, spart nicht fürs Portemonnaie, sondern auf Kosten unserer Lebensqualität.

Natürlich erwarten wir Effizienzsteigerungen, wo diese möglich sind. Sparmassnahmen jedoch, die zu einem Leistungsabbau führen, lehnen wir ab. Wir setzen auf eine vorausschauende, sozialverträgliche Politik. Darum unterstützen wir das Budget 2026. Es hält die Stadt handlungsfähig, packt Zukunftsaufgaben an und übernimmt soziale Verantwortung. Vielen Dank.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Peter Huber, wird das Wort schlussendlich von den Mitgliedern der GRPK gewünscht?

Andreas Muheim, EVP hat das Wort:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen aus beiden Räten, sehr geehrte Presse, sehr geehrte Gäste. Ich halte mich kurz, weil schon vieles von meinen Vorrednern gesagt worden ist. Wie bereits in den letzten Jahren budgetiert der Stadtrat auch 2026 ein strukturelles Defizit von 4,9 Millionen Franken. Zwar fällt dieses etwas geringer aus als in den Vorjahren, doch das Ziel eines ausgeglichenen Haushaltsbudgets liegt weiterhin weit entfernt.

Die Stadt lebt nach wie vor über ihre Verhältnisse – und das, obwohl für 2026 mit 12,8 Millionen Franken höheren Steuereinnahmen gerechnet wird. Besonders problematisch bleibt, dass die Ausgaben – wie bereits erwähnt – Jahr für Jahr deutlich über der Teuerung ansteigen. Als Hauptgrund verweist der Stadtrat auf höhere Kosten im Sozialbereich sowie in der Primarschule. Ein grosser Teil dieser Kosten sei kantonally vorgegeben, was sich einer direkten Steuerung durch unser Parlament entzieht. Genau deshalb braucht es auf kantonaler und nationaler Ebene Druck und klare politische Vorstösse unserer Wädenswiler Parlamentsvertreterinnen und -vertreter, damit die Gemeinden nicht immer neue finanzielle Lasten tragen müssen.

Auch der Stadtpräsident ist gefordert, über den Verband der Gemeindepräsidenten des Kantons Zürich entsprechenden Einfluss geltend zu machen. Gleichzeitig bleibt der Stadtrat angehalten, die Ausgaben laufend zu reflektieren, Prioritäten sozial gerecht zu setzen und Effizienz dort zu suchen, wo sie sinnvoll ist – ohne zentrale Leistungen zu schwächen. Sich Jahr für Jahr allein auf steigende Steuereinnahmen zu verlassen, ist keine verantwortungsvolle Finanzstrategie. Nachhaltige Finanzpolitik bedeutet, dass die Stadt ihre Aufgaben mit den vorhandenen Mitteln erfüllt.

Danke.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke, Andreas Muheim.

Gibt es weitere Wortmeldungen?

Clemens Schroedter (GLP) hat das Wort: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Räte, geschätzte Presse, geschätzte Anwesende. Auch im nächsten Jahr werden wir wieder ein strukturelles Defizit haben. Die GLP stellt jedoch fest, dass das budgetierte strukturelle Defizit rund 20 % tiefer ist als im letzten Jahr und begrüsst diese Richtung, auch wenn sie noch nicht genügt.

Auch in diesem Jahr haben wir in der GRPK einige Budgetposten identifiziert, bei denen wir der Meinung sind, dass Korrekturen nötig sind. Wie schon in den letzten Jahren bemängelt der Stadtrat bei gewissen Positionen jedoch erneut, dass diese im Rahmen des Budgets nicht korrigiert werden können. Wir von der GLP empfinden dieses Vorgehen als nicht zielführend. Einerseits vermissen wir vom Stadtrat eine kritische Auseinandersetzung mit den

Anträgen der GRPK, welche unter anderem Fehlentwicklungen und Sparpotenzial aufzeigen. Statt Ablenkung hätte der Stadtrat die Möglichkeit, diese Anliegen bestmöglich aufzunehmen.

Andererseits sind wir – und diesbezüglich ist dem Stadtrat zuzustimmen – der Meinung, dass viel stärker im Vorfeld mithilfe parlamentarischer Instrumente auf die Ausgaben eingewirkt werden muss, sodass neu gebundene Ausgaben nicht oder nicht in diesem Ausmass entstehen oder bestehende gebundene Ausgaben abgebaut werden können.

Es soll also vermehrt laufend auf das Budget eingewirkt werden und nicht nur anlässlich der Budgetdiskussion. Dabei ist zu beachten, dass dies bei der momentanen Organisationsstruktur schwierig ist. Eine Anpassung der Kommissionen dahingehend, dass es pro Abteilung eine Kommission gibt, würde hier sicher helfen. Die Arbeit der Abteilungen könnte so besser verfolgt werden, und mit entsprechenden Vorstössen könnte gezielter Einfluss auf die jeweiligen Budgets genommen werden.

Eine solche Anpassung der Kommissionen wurde in der GRPK bereits mehrfach diskutiert. Diesen Diskussionen müssten nun auch Taten folgen. Mittels einer Umorganisation der Kommissionen müsste dafür gesorgt werden, dass sich tatsächlich etwas an der Ausgabenpolitik des Stadtrats verändert, und wir könnten uns die heutigen Diskussionen grösstenteils sparen.

Weiter ist die Diskussion, ob eine Ausgabe gebunden ist oder nicht, oftmals kontrovers. Im Gemeindegesetz ist dies klar definiert: Als gebunden gelten Ausgaben, wenn die Gemeinde durch einen Rechtssatz, einen Entscheid eines Gerichts oder einer Aufsichtsbehörde oder durch einen früheren Beschluss verpflichtet ist und wenn die Gemeinde sachlich, zeitlich und örtlich keinen Entscheidungsspielraum hat. Damit es hier nicht immer wieder zu Kontroversen kommt, wäre es wünschenswert, dass bei gebundenen Ausgaben jeweils der entsprechende Rechtssatz beziehungsweise Entscheid sowie der eingeschränkte Entscheidungsspielraum explizit dargelegt werden. Ebenfalls könnte der Stadtrat explizit aufzeigen, wo er seiner Meinung nach Spielraum für den Gemeinderat sieht. Andernfalls wirkt es so, als ob das Budget zu 100 % aus gebundenen Ausgaben bestehen würde, was kaum zutreffend sein dürfte.

Grundsätzlich werden wir die Anträge der GRPK mit kleinen Abweichungen unterstützen. Wir werden uns zu den jeweiligen Anträgen jeweils kurz äussern.

Die GLP dankt dem Stadtrat und allen Mitwirkenden für das Budget und erhofft sich, dass in den nächsten Jahren die Kommissionen besser eingebunden werden und somit die GLP weniger genötigt ist, Anträge zu stellen, auf welche der Stadtrat dann pauschal mit „nicht zulässig“ antworten muss.

Ich habe geschlossen.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke, Clemens Schroedter.

Gibt es weitere Wortmeldungen aus der GRPK?

Das ist nicht der Fall.

Dann hat nun das Wort **Christof Wolfer, Stadtrat Finanzen:**

Herr Präsident, liebe Mitglieder aus beiden Räten, liebe Gäste, liebe Presse. Ich möchte mich zuerst bei der GRPK für die konstruktive Zusammenarbeit im Budgetprozess bedanken, sowohl in diesem Jahr wie auch in der vergangenen Legislatur. Auch wenn wir nicht immer der gleichen Meinung sind, ist es eine kritische und gute Auseinandersetzung.

Erlauben Sie mir, das Budget 2026 strategisch etwas einzuordnen. Ich glaube, man darf sagen: Im Moment geht es der Stadt Wädenswil in finanzieller Hinsicht gut. Das hat insbesondere zwei Treiber, die bereits genannt wurden. Der erste ist die Steuerkraft. Diese schätzen wir bei 97,5 %, sowohl in diesem wie auch im nächsten Jahr. Das bringt uns zusätzliche Mittel, zusätzliche Einnahmen, weil wir über den 95 % liegen, ab denen der Ressourcenausgleich greift. Diese Zahl ist allerdings sehr schwer einzuschätzen. Wir haben versucht, optimistisch zu budgetieren, müssen uns aber bewusst sein, dass diese Grösse nicht exakt prognostizierbar ist. Abweichungen nach oben wie nach unten sind möglich.

Etwas genauer können wir die Grundstückgewinnsteuer einschätzen. Dort gehen wir erneut von einer Steigerung aus. Im Budget 2026 rechnen wir mit 24 Millionen Franken, gegenüber 20 Millionen Franken im Budget des laufenden Jahres. Das hat zwei Gründe.

Erstens werden wir im laufenden Jahr das Budget nicht erreichen – nicht, weil weniger Fälle vorhanden wären, sondern weil wir personell nicht in der Lage waren, diese abzuarbeiten.

Aus diesem Grund werden wir dieses Jahr mit rund 17 Millionen Franken abschliessen statt mit den budgetierten 20 Millionen Franken. Die Differenz von rund 3 Millionen Franken verschiebt sich somit ins nächste Jahr. Das erklärt, weshalb wir für das kommende Jahr 24 Millionen Franken und nicht 20 Millionen Franken budgetiert haben. Aber keine Sorge: Der Abschluss 2025 wird trotzdem gut ausfallen, weil wir andere ausserordentliche Einnahmen haben, die dies kompensieren werden.

Gut, es gibt einen Wermutstropfen, auf den bereits hingewiesen wurde. Die Ausgaben steigen weiter. Es entspricht auch unserer Einschätzung, dass das ungesund ist und man das im Auge behalten muss. Wir vertreten eine andere Einschätzung als die GRPK, wie man darauf reagieren kann und sollte, und wie einfach es ist, darauf zu reagieren.

Die Diskussion um strukturelles Defizit werden wir noch im Detail führen, wenn es um die Beantwortung des Postulats zum Thema "Strukturelles Defizit" geht. Dann werde ich gerne darlegen, wieso der Stadtrat die Diskussion bezüglich des strukturellen Defizits und der ____ dahinter etwas anders einschätzt als die GRPK. So schlecht sind wir in Wädenswil nicht unterwegs.

Aber die Ausgaben steigen. Das ist so. Wie das in diesem Rat schon gesagt wurde, wenn wir nicht Einfluss nehmen, auf nationaler Ebene, werden uns dauernd Aufgaben delegiert, ohne dass wir mitreden können. Wir müssen das dann aber bezahlen. Früher sagte man einmal "wer zahlt, befiehlt". Meine neue Devise wäre: "wer befiehlt, soll zahlen". Kanton und Bund halten sich leider nicht daran. Darum müssen wir als Gemeinde aktiv werden und zum Beispiel einmal das Gemeindereferendum ergreifen, wenn der Kantonsrat und irgendwelche Aufgaben aufdrücken will, speziell im Bereich Schulen.

Zurück zum Budget: Wir haben eine Selbstfinanzierung von 24,1 Millionen Franken. Das heisst, wir finanzieren die ordentlichen Investitionen gut und können sogar noch bis zu 10

Millionen Franken in ausserordentliche Investitionen – konkret in den Wärmeverbund – zusätzlich mit Eigenkapital investieren und unterlegen. Von daher sind wir wirklich gut unterwegs.

Das Bild des Budgets 2026 deckt sich mit dem Bild der letzten drei Jahre. Das heisst: Wir in Wädenswil finanzieren unsere ordentlichen Investitionen selbst und brauchen dafür keinen Bankkredit. Ich spreche hier vom Steuerhaushalt und nicht vom Gebührenhaushalt.

Das ist nicht bei allen Gemeinden so. Wenn Sie die Zahlen der umliegenden Gemeinden studieren, sehen Sie, dass wir hier positiv hervorstechen. Wir sind fast Branchenprimus. Viele Gemeinden können ihre Investitionen nicht selbst finanzieren. Nur ein paar Beispiele: Selbstfinanzierungsgrad Wetzikon 26 %, Richterswil 21 %, Horgen 35 %, Adliswil 45 % – trotz einer Steuererhöhung von 4 %. Einzig Uster kommt auf einen vernünftigen Wert von 76 %.

Wir sind bei 91 %, inklusive der ausserordentlichen Investition in den Wärmeverbund. Ohne den Wärmeverbund wären wir deutlich über 100 %. Das müssen wir aber auch erreichen, denn wir gehören zu den rund 20 % der Gemeinden im Kanton Zürich, die Nettoschulden haben. 80 % verfügen über Nettovermögen und können Investitionen aus Reserven finanzieren. Wir hingegen müssen unsere neuen Investitionen aus eigener Kraft finanzieren. Und das gelingt uns.

Zum strukturellen Defizit habe ich bereits etwas gesagt.

Noch kurz zum Gebührenhaushalt: Der Selbstfinanzierungsgrad von insgesamt 72 % über alle Gebührenhaushalte ist zu relativieren. Im Jahr 2026 erfolgen Verkäufe unserer Wärmeverbünde Untermosen und Eidmatt an den Wärmeverbund Wädenswil. Das sind negative Investitionen und stellen den Selbstfinanzierungsgrad einmalig besser dar.

Es gibt grosse Unterschiede zwischen den einzelnen Gebührenhaushalten. Beim Abwasser – einem unserer Sorgenkinder – liegen wir nun immerhin bei 87 %, dank einer deutlichen Gebührenerhöhung. Dennoch müssten wir eigentlich über 100 % liegen, da die grosse Investition in die Kläranlage noch bevorsteht. Beim Wasser liegen wir bei 20 %. Das bleibt klar unser Sorgenbereich.

Noch kurz zum Steuerfuss: Eine Reduktion von 1–2 Steuerprozenten hat der Stimmbürger vor wenigen Wochen beschlossen, indem er den Eigenmietwert abgeschafft hat. Das kostet Wädenswil ab 2028 voraussichtlich 1–2 Steuerprocente. Das werden oder wollen wir ohne Steuererhöhung kompensieren.

Darum freut es mich, dass heute Abend zwei Dinge heute Abend hier nicht passieren werden: Einerseits wurden aufgrund des guten Abschlusses keine zusätzlichen Ausgaben beschlossen. Andererseits wurde kein tieferer Steuerfuss beantragt. Das ist ein guter Kompromiss, der zur Stabilität der Finanzlage von Wädenswil beiträgt.

Wenn wir diesen Weg weitergehen, werden wir das strukturelle Defizit im Griff behalten. Ich sage bewusst nicht, wir bringen es auf null – dieses Versprechen mache ich ganz sicher nie mehr.

Ich habe geschlossen.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Gibt es weitere Ratsmitglieder, die sich äussern wollen?

Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zu den **Kostenstellen Behörden, Konto 0 bis 091** beziehungsweise **Seiten 68 bis 71**.

Das Wort hat **Beat Lüthi, Mitglied der GRPK**:

Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Anwesende, Chris Tattersall und ich haben die Abteilung Behörden, die aus dem Präsidialen abgespalten worden ist, am 6. November besucht. Wir danken Philipp Kutter und Esther Ramirez für die Beantwortung unserer Fragen und Nachfragen.

Ich betrachte die Ausführungen der GRPK zum Budget 2026 zu dieser Abteilung als gelesen und habe im Sinne einer effizienten Abwicklung der heutigen Sitzung nichts hinzuzufügen.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke, Beat Lüthi.

Gibt es weitere Mitglieder der **GRPK**, die zu dieser Abteilung etwas sagen möchten?

Das ist nicht der Fall.

Philipp Kutter, wünschst du das Wort?

Das Wort hat **Philipp Kutter, Stadtpräsident**:

Ich bedanke mich bei der Delegation der **GRPK** für den guten Austausch und habe sonst keine Bemerkungen.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke, Philipp Kutter.

Gibt es weitere Mitglieder des Rates, die sich zu dieser Kostengruppe äussern wollen?

Das ist nicht der Fall. Vielen Dank.

Dann kommen wir jetzt zu den **zentralen Diensten und der allgemeinen Verwaltung, Konten 1 bis 113**, beziehungsweise **Seiten 71 bis 74**.

Das Wort hat wiederum **Beat Lüthi, Mitglied GRPK**:

Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Chris Tattersall und ich haben diese Abteilung ebenfalls besucht, und zwar am 6. November. Vielen Dank an Philipp Kutter und Esther Ramirez für die Beantwortung unserer Fragen und Nachfragen.

Zur Erinnerung an alle: In den zentralen Diensten und der allgemeinen Verwaltung sind alle zentralen Dienste sowie die allgemeine Verwaltung im engeren Sinn zusammengefasst, inklusive Querschnittsfunktionen wie die Informatik, welche von der Stadtschreiberin und ihrem Stellvertreter geführt werden, also die Abteilung Präsidiales.

Über dies hinaus betrachte ich auch die Ausführungen der GRPK zum BU 26 als gelesen und habe im Sinne einer effizienten Abwicklung, in dieser Abteilung nichts hinzuzufügen.

Danke.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke, Beat Lüthi.

Dann hat jetzt der **Stadtpräsident Philipp Kutter** das Wort:

Auch hier bedanke ich mich für den Austausch und möchte vielleicht eine Bemerkung zum Thema Informatik beziehungsweise Informatikprojekte machen, weil dies in verschiedenen Wortmeldungen angeklungen ist.

Es stimmt, hier können wir noch besser werden und insbesondere auch konsequenter die Abläufe hinterfragen. Es ist schon so, dass einem etablierte Abläufe oftmals lieb und teuer sind, und es spricht häufig einiges dafür, diese so beizubehalten, wie sie bisher waren. Dennoch ist dies ein Bereich, in dem wir genauer und konsequenter hinschauen müssen.

Dass man nicht mehr Geld oder Stellen einsparen kann, hat auch einen weiteren Grund: Wir investieren zurzeit parallel. Neben den Investitionen in die Digitalisierung sind die meisten Dienstleistungen weiterhin auch auf Papier erhältlich. Das hat damit zu tun, dass nicht alle Teile der Bevölkerung gleich gut mit digitalen Medien umgehen können.

Ein weiterer Punkt ist, dass ein Teil der Digitalisierung auch durch höhere Anforderungen konsumiert wird. Digitalisierung bringt nicht nur Effizienzgewinne, sondern auch eine Ausweitung der Dienstleistungen.

Ich habe geschlossen.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke, Philipp Kutter.

Gibt es weitere Ratsmitglieder, die sich zu dieser Abteilung äussern möchten?

Das ist nicht der Fall.

Zu dieser Abteilung liegt ein Antrag der **GRPK** vor, betreffend **Kostenstelle 111 – Zentrale Dienste und allgemeine Verwaltung**, Konto **111.4900.00**, *Interne Verrechnung von Material- und Warenbezügen*.

Der einstimmige **GRPK-Antrag** lautet wie folgt:

Der Ertrag im Konto **111.4900.00** wird um **CHF 17'350** reduziert.

Der Ertrag im Konto **201.71.4900.00** wird um **CHF 17'350** erhöht.

Es handelt sich somit um eine klassische Umbuchung.

Das Wort zur Begründung hat **Beat Lüthi, GRPK**.

Beat Lüthi, GRPK hat das Wort zur Begründung:

Geschätzte Anwesende, besten Dank.

Es handelt sich um die Korrektur eines Budgetfehlers, der auch von der Stadt eingestanden wurde. Darum verzichte ich auf ein Votum dazu. Vielen Dank.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke, Beat Lüthi.

Philipp Kutter, möchtest du eine Wortmeldung? (nicht gewünscht)

Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Antrag?

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer für den einstimmigen Antrag der GRPK ist, den Ertrag vom Hauptkonto 111 auf das Konto 217 umzubuchen, bezeugt dies durch Handerheben.

Gegenstimmen?

Enthaltungen?

Abstimmung über Antrag der GRPK:

Damit ist der Antrag einstimmig angenommen.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Wir haben noch einen zweiten, sehr ähnlichen Antrag, ebenfalls betreffend **Kostenstelle 111 – Zentrale Dienste und allgemeine Verwaltung**, Konto **111.4910.00**. Es ist im Wesentlichen das Gleiche, ich lese ihn dennoch vor.

Der einstimmige Antrag der **GRPK** lautet:

Der Ertrag im Konto **111.4910.00** wird um **CHF 82'700** reduziert.

Der Ertrag im Konto **217.4910.00** wird um **CHF 82'700** erhöht.

Zur Begründung hat das Wort **Beat Lüthi, GRPK**:

Geschätzte Anwesende, beim vorhergehenden Antrag ging es um die interne Verrechnung von Material- und Warenbezügen. Hier geht es um die interne Verrechnung von Dienstleistungen. Auch hier handelt es sich um einen Budgetfehler, den die Stadt als solchen anerkannt hat. Darum braucht es aus meiner Sicht keine weiteren Erläuterungen.

Besten Dank.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke, Beat Lüthi.

Philipp Kutter, wünschst du das Wort? (verzichtet)

Gibt es weitere Wortmeldungen?

Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer für den einstimmigen Antrag der GRPK ist, den Ertrag vom Hauptkonto 111 auf das Konto 217 umzubuchen, bezeugt dies durch Handerheben.

Gegenstimmen?

Enthaltungen?

Abstimmung über Antrag GRPK:

Auch dieser Antrag ist **einstimmig angenommen**.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Wir hatten ursprünglich festgelegt, dass die Investitionsrechnung nach der Erfolgsrechnung behandelt wird. Vor der Sitzung hat jedoch Philipp Kutter beantragt, den Antrag betreffend Notstromaggregat vorzuziehen, da er die Sitzung früher verlassen muss, um nach Bern zu reisen.

Wir behandeln somit den **Antrag 3.3**. Ich lese kurz vor, worum es geht:

Zentrale Dienste und allgemeine Verwaltung, Konto **112.5040.00 Hochbau**, Investitionen **INV 00017** und **INV 00769, Notstrom**.

Der einstimmige Antrag der **GRPK** lautet:

Der Investitionsbetrag wird um **CHF 440'000** reduziert.

Investition bisher: **CHF 440'000**.

Investition neu: **CHF 0**.

Zur Begründung hat das Wort **Chris Tattersall, Mitglied der GRPK**:

Es ist in der Begründung relativ klar, wo das Problem liegt. Die Annahme von zwölf Tagen ist sehr lang. Bis es so weit ist, kommt es bereits zu Plünderungen und Chaos auf der Strasse. Wir würden ein realistischeres Szenario bevorzugen, nämlich zwei bis drei Tage. Wenn das so ist, hätten wir gerne Diskussionen mit der Stadt, was eine vernünftige Lösung wäre. Ein grosser Kostenteil der CHF 440'000 entfällt auf einen Kamin, der durch den Liftschacht geführt werden muss. Ob es in einer Notfallsituation mit einem Blackout dann ein Abgasproblem gibt oder nicht, ist aus unserer Sicht ein kleineres Übel.

Ebenso ist es nicht entscheidend, ob eine Steuererklärung ein paar Tage später eingereicht wird oder nicht. Wichtiger sind Positionen, bei denen wir mit Militärpolizei, Feuerwehr und weiteren Organisationen koordinieren müssen.

Für uns ist der Betrag von CHF 440'000 übertrieben. Wir schlagen vor, eine kostengünstigere Option auszuarbeiten.

Ich habe geschlossen.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke.

Gibt es weitere Wortmeldungen aus der GRPK?

Clemens Schroedter, GRPK hat das Wort: Liebe Anwesende, hier fehlt es dem Stadtrat augenscheinlich an einem Konzept. Der Konzeptlosigkeit folgt eine massiv überteuerte Notstromvariante.

Nüchtern betrachtet ist der Schutz der kritischen Infrastruktur der Stadtverwaltung – Server, IT, Notbeleuchtung, Kommunikation – mit einem relativ geringen Energieverbrauch verbunden. Dieser könnte mit Batterien gelöst werden. Eine Batterielösung hätte zudem den Vorteil, dass sie auch ausserhalb eines seltenen Notfallereignisses Nutzen stiftet, indem sie den auf den Dächern der Verwaltung produzierten Solarstrom speichern könnte.

Das Geld wäre deutlich besser und nachhaltiger investiert als in ein dieselbetriebenes Aggregat. Wir unterstützen deshalb den Antrag der GRPK und fordern den Stadtrat auf, hier im Sinne unseres Votums nachzubessern.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke, Clemens Schroedter.

Gibt es weitere Mitglieder der GRPK, die das Wort wünschen?

Peter Huber, GRPK hat das Wort:

Ich schätze, ja. Die Mehrheit unserer Fraktion hat den Antrag abgelehnt. Ich kann mir aber vorstellen, das Geschäft zu verschieben, um Verbesserungen anzubringen.

Zuerst möchte ich betonen, dass ich keineswegs gegen eine Notstromlösung bin. Im Gegenteil: Eine funktionierende Kriseninfrastruktur ist wichtig. Und ein zentraler Bereich der Stadtverwaltung muss bei einem Stromunterbruch handlungsfähig bleiben.

Was mich – zusätzlich zu den bereits genannten Punkten – irritiert hat, ist Folgendes: Ich hatte den Eindruck, dass Abteilungen oder Arbeitsbereiche, die eigentlich keine Unterbruchstromversorgung benötigen, trotzdem in diese sehr umfangreiche Lösung einbezogen werden. Stattdessen könnte man für diese Bereiche allenfalls einfachere und kostengünstigere Varianten prüfen.

Die Notstromversorgung muss robust sein, das ist klar. Ich wünsche mir jedoch, dass Bedarf und Kosten sauber gegeneinander abgewogen werden und dass Bereiche mit minimalem Bedarf tatsächlich auch eine kostengünstige beziehungsweise kosteneffiziente Lösung erhalten. Vielen Dank.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke, Peter Huber.

Gibt es weitere Wortmeldungen aus der GRPK?

Ueli Reiter, GRPK hat das Wort:

Ja, geschätzte Kolleginnen und Kollegen aus beiden Räten.

Das ist das eingangs erwähnte Beispiel, bei dem ich anregen würde, Diskussionen früher zu führen.

Ich glaube, wir haben hier viele Informationen, die entweder zu spät, falsch oder unzureichend geflossen sind. Wenn man ein solches Geschäft in eine Weisung packt, hat man die Möglichkeit, die Ausgangslage sauber zu diskutieren.

In der Vorbereitung der Sitzung habe ich zwei Themen mitgenommen. Das eine ist die Frage, von welchem Szenario man für die Notstromsituation ausgeht. Wir haben dazu bereits verschiedene Wortmeldungen gehört.

Es wird aber weit mehr einbezogen als nur die Anwendungen, die heute bereits im Stadthaus umgesetzt sind. Es wird auch darüber gesprochen, dass Dienste wie Polizei, Schulverwaltung oder Soziales, die heute nicht im Stadthaus untergebracht sind, quasi in dieses Konzept einbezogen werden sollen.

Das wirft viele zusätzliche Fragen auf. Dann stellt sich auch die Frage, ob die CHF 440'000 überhaupt ausreichen, wenn weitere Massnahmen nötig sind, um das Notstromkonzept umzusetzen. Und plötzlich befindet man sich bei einem Kreditumfang, der deutlich höher ist als das, was der Stadtrat beschliessen kann.

Diese Diskussionen sollten aus meiner Sicht früher geführt werden. Wenn man dies über eine Weisung macht, kann man das sauber vorbereiten und anschliessend korrekt ins Budget integrieren.

Danke, ich habe geschlossen.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke, Ueli Reiter.

Gibt es weitere Wortmeldungen aus der GRPK?

Das ist – so wie es scheint – nicht der Fall.

Dann hat nun das Wort der Stadtpräsident Philipp Kutter.

Ich gehe davon aus, du möchtest etwas sagen?

Philipp Kutter, Stadtpräsident:

Danke, ja, sehr gerne.

Danke vielmals, Herr Präsident, geschätzte Anwesende – auch für die intensive Auseinandersetzung in der GRPK zu diesem Thema.

Grundsätzlich ist es so, dass auch der Stadtrat lieber in andere Bereiche investiert als in eine solche Notstromlösung. Aber Sie erinnern sich vielleicht: Es ist noch nicht allzu lange her, da stand ein Winter bevor, in dem vielerorts der Eindruck entstand, dass der Strom knapp werden könnte und kritische Infrastrukturen abgesichert werden müssen. Das war der Ausgangspunkt für dieses Projekt, das schliesslich in der Variante mit einem Dieselgenerator gemündet ist.

Wir haben verschiedene Varianten geprüft – selbstverständlich auch möglichst kostengünstige. Es ist nicht unser Lieblingsthema, aber es braucht irgendeine Lösung. Kostenintensiv an diesem Projekt ist übrigens nicht primär der Dieselgenerator selbst, sondern die baulichen Massnahmen.

Der Dieselgenerator muss unterirdisch eingebaut werden. Einen Generator einfach hinter das Haus zu stellen, kommt nicht infrage. Auch eine Einhausung würde von der Denkmalpflege nicht akzeptiert. Zweitens braucht es einen Kamin, der mindestens so hoch ist wie das Gebäude – unabhängig davon, ob der Generator zwei, drei oder zwölf Tage läuft. Dieser Kamin muss in jedem Fall gebaut werden.

Das erklärt die relativ hohen Kosten von CHF 440'000. Dieser Betrag liegt im Übrigen innerhalb der Kompetenz des Stadtrats, weshalb wir zu diesem Thema auf eine Weisung verzichtet haben.

Wenn Sie diesen Betrag aus dem Budget streichen, hat das eine klare Konsequenz: Wir werden auf absehbare Zeit keine Notstromlösung haben. Das muss man sich bewusst machen.

Ob eine alternative Lösung wesentlich günstiger wäre, ist fraglich. Wir haben verschiedene Szenarien geprüft und sind der Ansicht, dass dies die effizienteste Variante ist. Eine Batterielösung haben wir ebenfalls geprüft – diese funktioniert nicht.

Darum bitte ich Sie, dem Antrag des Stadtrats zu folgen und den Betrag in der Investitionsrechnung zu belassen.

Zum Schluss noch: Danke für die Flexibilität, dass wir diesen Antrag vorziehen konnten. Ich reise nach Bern, um mich dafür einzusetzen, dass der Bund nicht weitere Aufgaben und Kosten an die Gemeinden delegiert.

Ich habe geschlossen. Danke.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke, Philipp Kutter.

Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat?

Beat Lüthi, FDP hat das Wort: Vielleicht noch ergänzend, Philipp. Du hast erwähnt, dass ein grosser Teil der Kosten wegen des Kamins anfällt. Als ich das gelesen habe, habe ich mich gefragt – ich weiss, es ist zugespitzt formuliert –, ob wir wirklich das Problem haben, dass, wenn in zwanzig Jahren das Aggregat einmal in einer Notlage läuft, ein paar Dieselabgase ins Gebäude gelangen könnten.

Das ist für mich ein weiteres Beispiel für den Gaht's na-Priis. Wenn der Kamin und die Einhausung derart teuer sind, liegt eine relativ naheliegende Lösung auf der Hand: ein mobiles Gerät, das an einem sicheren Ort – etwa beim Werkhof – gelagert wird und im Ereignisfall mit einem Lastwagen herangeführt werden kann. Dann interessiert es den Heimatschutz auch nicht, ob das Gerät für ein paar Tage unschön aussieht.

Besten Dank.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke, Beat Lüthi.

Gibt es weitere Wortmeldungen?

Das Wort hat **Christoph Mahler, EVP**: Geschätzte Anwesende, wir erinnern uns noch alle an den Bergsturz in Blatten. Dort haben die Swisscom-Antennen genau vier Stunden gehalten. Der Bundesrat fand, das sei zu kurz – 72 Stunden müssten es schon sein. Man einigte sich schliesslich auf 48 Stunden.

Wir sprechen hier aber von fast zwei Wochen, wenn wir das Stadthaus betreiben. Ich denke, es gibt auch noch Möglichkeiten, wie man eine solche Kaminlösung umgehen kann. Ich weiss nicht, ob der Stadtrat das bereits geprüft oder abgelehnt hat.

Es gibt auch Generatoren mit Brennstoffzellen und Methanol. Das müsste man abklären. Das wäre vielleicht ebenfalls eine Variante. Und vielleicht würde der Stadtrat damit sogar seinen eigenen Klimapreis gewinnen.

Danke.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke, Christoph Mahler.

Gibt es weitere Wortmeldungen?

Philipp Kutter, wünschst du nochmals das Wort? (verzichtet)

Gut, dann sind wir wieder alle auf unseren Plätzen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lese den Antrag zusammen mit der Frage vor:

Wer dem einstimmigen Antrag der GRPK zustimmt, den Investitionsbetrag von CHF 440'000 auf CHF 0 zu reduzieren, bezeuge dies durch Handerheben.

Gegenstimmen?

Enthaltungen?

Abstimmung über den Antrag der GRPK

Der Rat unterstützt den Antrag grossmehrheitlich.

Gibt es zu dieser Abteilung noch weitere Anträge?
Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir nun zur **Kostenstelle Präsidiales, Konten 2 bis 291**, respektive **Seiten 74 bis 79**.

Das Wort hat **Beat Lüthi**, Mitglied **GRPK**:

Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Anwesende.

Chris Tattersall und ich haben auch diese Abteilung am 6. November besucht und danken Philipp Kutter und Esther Ramirez ganz herzlich für die Beantwortung unserer Fragen und Nachfragen.

Ich kann es relativ kurz fassen. Gegenüber dem Budget 2025 ist im Budget 2026 der Nettoaufwand um 0,1 Millionen Franken, respektive rund 5 %, höher. Dies ist hauptsächlich auf eine temporäre Stellvertretung im Zivilstandswesen sowie auf eine offenbar aus Kapazitätsgründen dringend nötige Erhöhung des Pensums im Bestattungswesen zurückzuführen. Diese beiden Positionen sind für uns nachvollziehbar. Wir kritisieren jedoch die geplante Stellenerhöhung in der Stadtbibliothek, zu der wir anschliessend einen Kürzungsantrag diskutieren werden.

Überdies betrachte ich die Ausführungen der GRPK zum Budgetbericht und Antrag 2026 dieser Abteilung als gelesen und habe nichts Weiteres beizufügen.

Danke.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke, Beat Lüthi.

Gibt es weitere Mitglieder der GRPK, die sich zu dieser Abteilung äussern möchten?

Das ist nicht der Fall.

Stadtpräsident Philipp Kutter, möchtest du etwas sagen? (verzichtet)

Dann kommen wir nun zum bereits angekündigten Antrag der GRPK betreffend Präsidiales.

Konto 214 – Stadtbibliothek, Kontonummer 214.3010.00.

Die **Mehrheit der GRPK** beantragt:

Der Aufwand wird auf dem genannten Konto um **CHF 25'000** reduziert.

Aufwand bisher: **CHF 268'070**

Aufwand neu: **CHF 243'070**

Das Wort zur Begründung hat **Beat Lüthi, GRPK**.

Beat Lüthi, GRPK: Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Anwesende.

Die Stadtbibliothek ist eine wichtige Institution, hinter der mindestens alle in der GRPK – und auch wir als FDP – vollumfänglich und uneingeschränkt stehen.

Der hier vorgeschlagene Stellenausbau steht aus unserer Sicht jedoch quer in der Landschaft. Im Gegensatz zur Stellungnahme des Stadtrats, der sagt, die Nutzung der Bibliothek sei seit 2022 gestiegen, vergleichen wir das Jahr 2024 bewusst mit 2019, also mit dem letzten Jahr vor Corona. Corona hat vieles verzerrt.

Vergleicht man die Jahre 2019 bis 2024, also ohne die Coronajahre, ergibt sich lediglich eine Besucherfrequenzsteigerung von rund 7 %. In der Zwischenzeit wurde zudem eine Selbstverbuchungsanlage eingeführt, die zwingend zu Effizienzgewinnen führen muss, wenn sie dies nicht bereits getan hat.

Dass der beantragte Stellenausbau eine gebundene Ausgabe sein soll, ist für uns nicht nachvollziehbar und aus meiner Sicht sachlich nicht korrekt und nicht akzeptabel.

Die FDP-Fraktion sowie die Mehrheit der GRPK, welche den Antrag unterstützt, begrüssen es grundsätzlich, dass sich die Stadtbibliothek – ich zitiere – *«in Richtung Treffpunkt und Veranstaltungsort, zu einem Ort der Begegnung, Partizipation, Integration und Inklusion»* weiterentwickeln soll.

Nicht alle wünschbaren Aufgaben in einer Stadt müssen jedoch durch städtische Angestellte erbracht werden, die immer mit hohen Kostenfolgen verbunden sind. Das aktive Vereinsleben in Wädenswil beweist das tagtäglich.

Eine Erweiterung der Stadtbibliothek zu einem Treffpunkt und Veranstaltungsort könnte sehr gut durch einen Förderverein also durch sich mit der Bibliothek verbundenen Freiwillige geleistet werden. Häufig geschieht dies mit noch mehr Herzblut als durch Angestellte.

Immer wieder hören wir, dass Freiwillige bei verschiedenen städtischen Aufgaben nicht helfen dürfen, weil gewisse fachliche Anforderungen nicht erfüllt würden. Hier wäre nun eine Gelegenheit, bewusst auf die Hilfe eines Fördervereins oder von Freunden der Stadtbibliothek zu setzen, ohne dass übermässige Ausbildungs- oder Zulassungskriterien im Weg stehen.

Ich bin überzeugt, dass es viele Menschen – insbesondere im Rentenalter – gäbe, die sich hier engagieren würden.

Bei den CHF 25'000 zusätzlichen Personalkosten ist zudem zu beachten, dass bei neuen Stellen im ersten Jahr jeweils nur ein halbes Jahr budgetiert wird. Effektiv sprechen wir somit ab 2027 von CHF 50'000 zusätzlichen jährlichen Personalkosten.

Die klare Mehrheit der GRPK sowie die einstimmige FDP-Fraktion lehnen deshalb den von der Stadtbibliothek beantragten Stellenausbau ab und unterstützen den Kürzungsantrag über CHF 25'000.

Besten Dank.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke, Beat Lüthi.

Gibt es weitere Mitglieder der **GRPK**, die sich äussern wollen?

Peter Huber, SP hat das Wort:

Geschätzte Anwesende, die Selbstverbuchungsanlage reduziert vor allem den administrativen Aufwand – zugunsten von Aufgaben, die die Bibliothek überhaupt zu einem sozialen und kulturellen Treffpunkt machen: Beratung, Veranstaltungsorganisation, Betreuung von Gruppen, Zusammenarbeit mit den Schulen.

Die Bevölkerung wächst, vor allem auch im Bereich von Familien und älteren Menschen. Und genau diese gehören zu den Hauptnutzenden der Bibliothek – inklusive Kinderveranstaltungen, Leseförderung und anderer Begegnungsformate.

Mehr Nachfrage nach diesen Funktionen braucht auch mehr Personal. Ich habe gerne gehört, dass der Leistungsausbau gewünscht ist. Weniger gern habe ich gehört, dass dies nun plötzlich durch Freiwillige passieren soll. Ich fürchte, das kostet einfach.

Der Stadtrat bezeichnet die Bibliothek zu Recht als Ort der Begegnung und der Partizipation. Viele Bibliotheken in der Schweiz arbeiten mit Freiwilligen – aber immer ergänzend zu qualifiziertem Personal. Freiwillige sind wertvoll, klar. Aber sie stossen an Grenzen, wenn pädagogische oder rechtliche Anforderungen Fachpersonal verlangen.

Wenn man leistungsfähiger wird, braucht es Ressourcen. Eine Budgetreduktion widerspricht den stadträtlichen Zielen der Förderung von Teilhabe und Interaktion, von niederschwelligen Begegnungsorten und der Stärkung der kulturellen Identität in dieser Stadt.

Gerade die Bibliothek ist eines der effizientesten Instrumente, die wir dafür haben. Und last but not least: CHF 22'000, später CHF 50'000, sind aus meiner Sicht strategisch schädlich und finanziell unbedeutend.

Danke.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke, Herr Peter Huber.

Gibt es weitere Mitglieder der GRPK, die das Wort wünschen?

Das Wort hat **Clemens Schroedter, GRPK:**

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Anwesende.

Aus Sicht der GLP ist eine lebendige und breit genutzte Stadtbibliothek sehr zu begrüßen. Es ist im Interesse der Stadt, dass die Bibliothek nicht nur zum Ausleihen genutzt wird, sondern sich zu einem Treffpunkt entwickelt – und dies auch bereits tut.

Wir von der GLP wünschen uns eine lebendige Stadt, die – wie in der hoffentlich bald in Kraft tretenden BZO – einen Verweilcharakter hat. Eine Bibliothek, die einladend ist und zusätzliche Aktivitäten bietet, ist aus unserer Sicht ein äusserst günstiges Mittel, um den Wissensdurst der Bevölkerung zu wecken und zu stillen.

Aus diesen Gründen ist die GLP klar der Meinung, dass bei der Bibliothek nicht gespart werden soll. Wir lehnen den Antrag ab.

Danke.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke, Herr Clemens Schroedter.

Gibt es weitere Mitglieder der GRPK, die sich äussern wollen?

Ueli Reiter, GRPK:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen aus beiden Räten, ich schliesse mich den beiden Vorrednern an und möchte dies gerne ergänzen.

Am letzten Wochenende fand im Mewa-Areal eine grosse Abschiedsveranstaltung statt. Mehrere hundert Personen haben diese besucht, weil das Areal abgerissen wird und eine neue grössere Überbauung entsteht. Die Initianten nutzten die Gelegenheit, um eine Umfrage zu machen, welche Bedürfnisse die Menschen an einem solchen Ort haben und was ihnen fehlt.

Ohne dies statistisch belegen zu können, kam eine Forderung immer wieder: Es braucht mehr Raum für Austausch, für kulturellen Austausch, für niederschwellige Begegnungsorte, für Möglichkeiten, sich zu treffen.

Wir sehen dies in der Stadtbibliothek als gegeben an. Deshalb lehnen wir den Antrag ab. Danke.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Gibt es weitere Wortmeldungen aus der GRPK?

Dann hat das Wort Philipp Kutter, Stadtpräsident:

Danke, Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren.

Im Gegensatz zum Notstromaggregat geht es hier tatsächlich um eine Kerndienstleistung, von der die gesamte Bevölkerung profitiert – und zwar täglich.

Die Stadt Wädenswil führt die Stadtbibliothek seit 2011. Das Team der Bibliothek umfasst 2,5 Stellen. Mit diesen Stellen erbringen – es sind ausschliesslich Frauen – eine grossartige Dienstleistung.

Erstens in ihrem Kerngeschäft: dem Ankauf, dem Angebot und der Ausleihe von Büchern und anderen Medien. Und das mit Erfolg, wie die Zahlen zeigen. Der Umsatz hat in den letzten Jahren stetig zugenommen.

Zweitens sind zahlreiche zusätzliche Dienstleistungen dazugekommen. Die verschiedenen Primarschulhäuser nutzen die Bibliothek heute so intensiv wie noch nie für die Leseförderung. Das ist grundsätzlich sehr erfreulich – wir machen das gerne für Pierre und sein Team –, aber es ist nicht gratis.

Was am Anfang mit einem halben Tag oder ein paar Stunden begonnen hat, beläuft sich heute auf eineinhalb bis zwei Tage pro Woche.

Der dritte Bereich – und das ist ein eher neuerer – ist, dass Bibliotheken mehr und mehr zu Veranstaltungsorten und Treffpunkten werden. Das ist nicht etwas, das auf Wädenswil beschränkt ist, sondern eine allgemeine Entwicklung der Bibliotheken. Das ist grundsätzlich sehr erfreulich, denn Treffpunkte sind gesucht.

Diese werden insbesondere von jungen Familien sowie von Seniorinnen und Senioren sehr rege genutzt. Diese Entwicklung wird weitergehen und sie wird auch einen Beitrag dazu leisten, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.

Für all das, was ich Ihnen jetzt geschildert habe, bitte ich Sie für das Team um eine halbe Stelle – damit das Team nicht ausbrennt.

Um eine halbe Stelle.

Beziehungsweise: Wir kündigen Ihnen an, dass wir diese halbe Stelle benötigen. Ohne sie können wir die Dienstleistungen nicht erfüllen oder wir können es als Arbeitgeber nicht verantworten, dass über längere Zeit über die Belastungsgrenze hinaus gearbeitet wird.

Darum bitte ich Sie inständig: Geben Sie uns diese halbe Stelle, damit wir die Bibliothek erstens so weiterführen können, wie sie heute funktioniert, und damit sie ihre Verantwortung und Aufgaben wahrnehmen kann.

Und selbstverständlich – das möchte ich ausdrücklich sagen – arbeitet die Bibliothek mit Freiwilligen zusammen. Sie wird kein Eventmanagement betreiben, abgesehen von punktuellen Veranstaltungen, insbesondere im Bereich Leseförderung.

Wir haben Organisationen, die sich sehr gerne in der Bibliothek treffen und engagieren, zum Beispiel unsere langjährige Lesegesellschaft. Aber auch das Begleiten dieser Veranstaltungen, das Bereitstellen der Infrastruktur, das Öffnen, Schliessen und Betreuen – all das braucht personelle Ressourcen.

Darum benötigt das Team eine minimale Dotation. Mit drei ganzen Stellen ist das nicht übertrieben.

Ich danke Ihnen. Vielleicht gönnen Sie sich einen Moment der Reflexion und folgen ausnahmsweise dem Antrag des Stadtrats, indem Sie den Betrag im Budget stehen lassen. Besten Dank.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke, Philipp Kutter.

Gibt es weitere Ratsmitglieder, die sich dazu äussern möchten?

Das Wort geht an **Corina Martinelli, SP:**

Liebe Ratsmitglieder, liebe Besucherinnen und Besucher, liebe Presse.

Wer die Stadtbibliothek kennt und nutzt, freut sich über die Veränderungen der letzten Jahre. Sie hat sich zu einem spannenden, lebendigen Ort entwickelt und sich selbst neu erfunden. Vor wenigen Jahren wäre das noch undenkbar gewesen. Diese Entwicklung ist nur dank des unermüdlichen Einsatzes der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter möglich gewesen, die sich den neuen Herausforderungen gestellt haben.

Die Stadtbibliothek hat sich zum heimlichen Star von Wädenswil gemausert und im November mit über 5'000 Besucherinnen und Besuchern in einem Monat einen neuen Rekord aufgestellt.

Sie ist Ort für einen Buchclub, ein Stricktreffen, ein Adventssingen, gemeinsames Basteln. Sie ist Schulbibliothek der Schule Eidmatt. Mit Hilfe von Freiwilligen bietet sie Lesetandems für Kinder mit Leseschwierigkeiten und für Migrantinnen an. Sie engagiert sich in der Frühförderung von Kleinkindern.

Vor allem aber bietet sie allen Bewohnerinnen und Bewohnern von Wädenswil bezahlbaren und wertvollen Zugang zu Büchern, Zeitschriften und digitalen Medien.

Der grosse Einsatz der Mitarbeitenden ist beeindruckend. Dass selbst eine halbe Vollzeitstelle infrage gestellt wird, gibt zu denken.

Ich habe geschlossen.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke, Frau Corina Martinelli.

Gibt es weitere Wortmeldungen?

Das scheint nicht der Fall zu sein.

Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer dem **mehrheitlichen Antrag der GRPK** zustimmt, den Nettoaufwand auf dem **Konto 214 Stadtbibliothek** um **CHF 25'000** zu reduzieren, bezeuge dies durch Handerheben.

(Stimmenzählung)

Wir wiederholen die Abstimmung.

Wer dem Antrag der GRPK zustimmt, den Nettoaufwand auf Konto 214 um **CHF 25'000** zu reduzieren?

Wer lehnt den Antrag ab?

Abstimmung über mehrheitlichen Antrag der GRPK

Der Rat lehnt den Antrag **mehrheitlich ab**.

Abstimmungsergebnis:

Zugestimmt: **16**

Abgelehnt: **19**

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Gibt es zur Abteilung **Präsidiales** weitere Anträge?

Das ist nicht der Fall.

Wir kommen nun zur **Kostenstelle Finanzen**, Konten **3 bis 323**, Seiten **80 bis 90**, inklusive **Globalbudget Finanzen / Immobilien**.

Das Wort hat **Andreas Muheim, GRPK**:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen aus beiden Räten, sehr geehrte Gäste, sehr geehrte Presse. Simon Bass und ich haben die Abteilung Finanzen am 4. November besucht. Wir danken Christof Wolfer, Stefan Müller, der heute ebenfalls anwesend ist, sowie Frank Seboldt für die Beantwortung unserer Fragen und insbesondere unserer Nachfragen.

Der für 2026 budgetierte Ertrag der Abteilung Finanzen und Immobilien beträgt CHF 149,6 Millionen und liegt damit rund CHF 9,3 Millionen über dem Budget 2025. Der erwartete Aufwand beläuft sich auf CHF 23,1 Millionen, was einer Reduktion von rund CHF 1 Million gegenüber dem Vorjahr entspricht. Diese Abnahme ist hauptsächlich auf weiter sinkende Zinsaufwände zurückzuführen.

Der Steuerertrag wird für 2026 optimistischer budgetiert. So belaufen sich die Schätzungen auf CHF 125 Millionen, was einer Steigerung von CHF 10 Millionen gegenüber dem Budget 2025 entspricht.

Auffällig ist insbesondere der deutliche Anstieg bei den ordentlichen Steuern II, also bei Steuern aus früheren Jahren sowie bei der Quellensteuer. Auch bei den Grundstückgewinnsteuern wird 2026 mit einem einmalig höheren Ertrag von CHF 24 Millionen gerechnet, also rund CHF 4 Millionen mehr als der langfristige Durchschnitt von CHF 20 Millionen.

Beim kantonalen Ressourcenausgleich werden wir erstmals weder Aufwände noch Erträge budgetieren müssen, da die Steuerkraft pro Einwohnerin und Einwohner weiter auf 97,4 % des kantonalen Mittels ansteigt.

Im Steueramt wird eine zusätzliche Vollzeitstelle geschaffen, um insbesondere den Bedarf an temporären Springerkräften weiter zu reduzieren.

Die vollständige Implementierung der Gemeindesoftware ist weiterhin etwas verzögert, obwohl bis Ende 2026 sämtliche von der Stadt bewirtschafteten Immobilien vollständig erfasst sein sollten. Dies sollte in der Folge zu weiteren Effizienzgewinnen in der Bewirtschaftung führen.

Demgegenüber ist der Kreditorenworkflow weiterhin noch nicht vollständig implementiert. Darum wird auch 2026 mit einem erhöhten Arbeitsaufwand gerechnet. Der aktuelle Automatisierungsgrad von 70 % soll schrittweise auf das Zielniveau von 95 % gesteigert werden.

Die Zuweisung der korrekten Mehrwertsteuersätze erfolgt nach wie vor manuell. Bei jährlich rund 20'000 Rechnungen ist dies ein erheblicher Aufwand. Digitalisierung und Automatisierung müssen hier zwingend weiter vorangetrieben werden. Dies gilt insbesondere im Hinblick darauf, dass die Informatik der Abteilung Präsidiales für das nächste Jahr eine weitere zusätzliche Vollzeitstelle budgetiert hat.

Ich habe geschlossen.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke, Andreas Muheim.

Gibt es weitere Wortmeldungen aus der GRPK?

Das ist nicht der Fall.

Dann hat das Wort **Christof Wolfer, Stadtrat Finanzen:**

Besten Dank, ich verzichte.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat?

Das ist nicht der Fall.

Liegt ein Antrag zu dieser Abteilung vor?

Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zu den **Kostenstellen Planen und Bauen**, Konten **4 bis 461**, Seiten **91 bis 104**. Das Globalbudget Planen und Bauen beinhaltet die Bereiche Raumplanung und Landwirtschaftsentwicklung, Vermessung und GIS, Strassenwesen, öffentliche Grünanlagen, Friedhofsbetrieb, Kanäle und Kläranlagen, Wärmeverbund Rietliu sowie öffentlicher Verkehr.

Das Wort hat **Simon Bass, GRPK:**

Geschätzter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen aus beiden Räten, geschätzte Gäste, liebe Presse. Marco Kronauer und ich durften am 4. November dieses Jahres die Abteilung Planen und Bauen besuchen und uns im Rahmen des Abteilungsbesuchs vertieft über das Budget 2026 austauschen.

Ich danke an dieser Stelle Stadträtin Astrid Furrer, dem Abteilungsleiter Dirk Goebbels sowie seinem Stellvertreter Bruno Haagmans für den offenen und unkomplizierten Austausch.

Die Abteilung Planen und Bauen budgetiert für das Jahr 2026 einen Aufwand von CHF 23,4 Millionen und einen Ertrag von CHF 11,1 Millionen. Daraus resultiert ein Nettoaufwand von CHF 12,3 Millionen. Gegenüber dem Budget 2025 entspricht dies einer Erhöhung um CHF 1,4 Millionen.

Diese Aufwandssteigerung ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass im Budget 2025 erhebliche Kürzungen – vor allem im Strassenunterhalt – vorgenommen worden sind. Das aktuelle Budget bewegt sich wieder auf dem Niveau der vergangenen Jahre.

Im Globalkredit Strassenwesen steigt der Aufwand um CHF 0,6 Millionen. Aufgrund der neu zu verlegenden Fernwärmeleitungen wird versucht, Synergien zu nutzen und dort, wo es im Hinblick auf die Lebensdauer der Strassen sinnvoll ist, diese gleichzeitig zu sanieren. Dies führt zu höheren Investitionen und Aufwänden.

Im Globalkredit Abwasseranlagen, Kanal- und Kläranlagen werden CHF 0,7 Millionen weniger budgetiert für die Einlage in die Spezialfinanzierung für den Ausbau der ARA. Dies ist auf ausserordentlich höhere Abschreibungen sowie auf einen Grosskunden zurückzuführen, der nur noch 10 % seines ursprünglichen Volumens in die ARA einbringt.

Im Globalkredit öffentlicher Verkehr steigen die Beiträge an den ZVV gegenüber dem Budget 2025 um CHF 0,4 Millionen. Der Beitrag pro Einwohnerin und Einwohner steigt im Budget somit von CHF 134 auf CHF 145.40. Dies deshalb, weil nach wie vor eine Unterdeckung beim ZVV erwartet wird. Ich habe geschlossen.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke, Simon Bass.

Gibt es weitere Mitglieder der GRPK, die sich zu dieser Abteilung äussern möchten?
Das ist nicht der Fall.

Dann hat das Wort die **Stadträtin Planen und Bauen, Astrid Furrer**.

Ich möchte einzig den Dank aussprechen. Danke für das Interesse. Die Gespräche sind immer gut und zeugen auch von einer hohen Fachkenntnis. Wir haben eine sehr vielfältige Abteilung, und der Bericht ist sehr prägnant verfasst.
Merci.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke, Astrid Furrer.

Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat zu dieser Abteilung?
Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zu den Anträgen der GRPK.

Erster Antrag – Kostenstelle Planen und Bauen

Konto 411 – Raumplanung und Landschaftsentwicklung, Kontonummer 411.30.00.

Der einstimmige Antrag der GRPK lautet:

Der Aufwand auf dem oben genannten Konto wird um CHF 35'000 reduziert.

Aufwand bisher: CHF 403'220

Aufwand neu: CHF 368'220

Das Wort zur Begründung hat Simon Bass.

Simon Bass, GRPK:

Geschätzter Herr Präsident, vielen Dank.

Dabei handelt es sich um Personalkosten, die für unseren Ackerbaumeister fälschlicherweise doppelt verbucht worden sind. Dies ist auch vom Stadtrat in der Stellungnahme so bestätigt worden. Danke.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke, Simon Bass.

Astrid Furrer, wünschst du das Wort?

Astrid Furrer, Stadträtin Planen und Bauen,:

Nein, nur zur Klarstellung: Er sitzt hier oben, und er hat es selbstverständlich nicht doppelt ausbezahlt bekommen.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke.

Gibt es weitere Wortmeldungen?

Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer dem **einstimmigen Antrag der GRPK** zustimmt, den Aufwand auf **Konto 411 Raumplanung und Landschaftsentwicklung** um **CHF 35'000** zu reduzieren, bezeuge dies durch Handerheben.

Gegenstimmen?

Enthaltungen?

Abstimmung über den Antrag der GRPK:

Der Rat stimmt dem Antrag einstimmig zu.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Dann behandeln wir noch den letzten Antrag zu dieser Abteilung, danach machen wir eine kurze Pause.

Zweiter Antrag – Kostenstelle Planen und Bauen

Konto 421 – Amtliche Vermessung / GIS, Globalbudget.

Der **einstimmige Antrag der GRPK** lautet:

Der **Nettoaufwand** wird um **CHF 50'000** reduziert.

Aufwand bisher: **CHF 330'912.03**

Aufwand neu: **CHF 283'912.03**

Das Wort zur Begründung hat **Marco Kronauer, GRPK:**

Besten Dank. Hier liegt ein **Budgetierungsfehler** vor. Während der Budgetierungsphase wurden die **CHF 50'000** für die beantragten **0,5 Vollzeitstellen**, die neu in der **Vermessung und im GIS** dazukommen, fälschlicherweise zu hoch budgetiert.
Danke.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:
Danke.

Astrid Furrer, wünschst du das Wort? (nicht gewünscht)

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:
Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat?

René Neumeyer, SP:
(Wortmeldung wurde nicht aufgezeichnet); sinngemäss: "Bitte bei Budgetpositionen generell auf Rappen verzichten".

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:
Danke. Ich habe es kontrolliert, das ist so im Budget gestanden.
Gibt es weitere Wortmeldungen?
Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer dem **einstimmigen Antrag der GRPK** zustimmt, den Aufwand auf **Konto 421 Amtliche Vermessung / GIS** um **CHF 50'000** zu reduzieren, bezeuge dies durch Handerheben.
Gegenstimmen?
Enthaltungen?

Abstimmung über den Antrag der GRPK:

Der Rat stimmt dem Antrag einstimmig zu.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:
Wir haben nun **21:00 Uhr**. Die ordentliche Sitzungsdauer beträgt zwei Stunden, wir haben jedoch eine **Doppelsitzung** angesetzt.
Wir machen jetzt eine **Pause von 10 Minuten**, damit sich alle kurz stärken und frisch machen können.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:
Gut, wir kommen zu den **Kostenstellen Werke**, Konten **5 bis 551**, beziehungsweise **Seiten 104 bis 117**, mit den Globalkrediten **Gasversorgung und Wärme, Gasversorgung, Entsorgung und Recycling, Mobilität** sowie **Energie und Umwelt**.
Das Wort hat **Clemens Schroedter**, Mitglied **GRPK**.

Clemens Schroedter, GRPK:

Vielen Dank, sehr geehrter Herr Präsident, liebe Anwesende.

Am 5. November waren Roman Herrmann und ich bei den Werken zu Besuch. Wir wurden von Jonas Erni und Rolf Baumbach empfangen. Vielen Dank dafür.

Wie immer begann das Treffen mit der Frage, was die Werke als grösste Herausforderung im kommenden Jahr sehen. Diese Frage wurde klar beantwortet: mit dem Aufbau des Energieverbunds Wädenswil und den damit verbundenen zahlreichen Baustellen.

Bei den Baustellen handelt es sich nicht nur um die für uns sichtbaren Projekte wie Mewa-Areal, Coop, Energieverbund Wädenswil oder Alte Fabrik. Wenn die Strassen bereits geöffnet sind, werden auch Erneuerungen, die ohnehin geplant waren, gleich mit umgesetzt. Dies geschieht einerseits zur Nutzung von Kostensynergien und andererseits, um den Impact auf die Anwohnerinnen und Anwohner möglichst gering zu halten.

Im weiteren Verlauf des Gesprächs sind wir auf das Auseinanderlaufen von Kosten und Tarifeinnahmen in der Wasserversorgung zu sprechen gekommen. Dazu werde ich mich später im Zusammenhang mit den Anträgen noch äussern.

Ansonsten kann man festhalten, dass sich das Budget im Rahmen der Vorjahre bewegt.

Ich danke den Werken für die solide Arbeit und verweise für weitere Details auf den schriftlichen Bericht.

Danke.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke, Clemens Schroedter.

Gibt es weitere Mitglieder der GRPK, die sich zu dieser Kontogruppe äussern möchten?

Das ist nicht der Fall.

Dann hat nun das Wort der **Stadtrat Werke, Jonas Erni**.

Jonas Erni, Stadtrat Werke:

Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, liebe Gäste.

Besten Dank den zuständigen Mitgliedern der GRPK für den konstruktiven Austausch anlässlich der Abteilungsgespräche.

Gleichzeitig möchte ich mein Bedauern zum Ausdruck bringen bezüglich der verschiedenen Anträge, die wir nun behandeln werden. Ich glaube, es wäre zielführend gewesen – und ich zitiere hier sinngemäss den GRPK-Präsidenten – für einen guten Austausch zwischen Gemeinderat und Stadtrat, zwischen Exekutive und Legislative, die Anträge vorgängig gemeinsam anzuschauen. Dann hätten wir gewisse Punkte bereits bereinigen und klarstellen können.

Natürlich können wir das auch heute Abend tun, aber aus unserer Sicht wäre das vorgängige Vorgehen wünschenswert gewesen.

Zudem erinnere ich mich an meine Zeit als GRPK-Mitglied und möchte nochmals darauf hinweisen – wie auch schon im letzten Jahr –, dass es sich bei den Werken um ein Globalbudget handelt. Einzelkürzungen oder Einzelaufstockungen sind darin nicht vorgesehen.

Eine Kürzung oder Erhöhung betrifft immer den Gesamtkredit, und die Werke beziehungsweise der Stadtrat entscheiden anschliessend, wo der Betrag konkret angepasst wird.

Das einfach einleitend. Zu den einzelnen Anträgen nehme ich anschliessend gerne Stellung. Besten Dank.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke, Jonas Erni.

Gibt es weitere Ratsmitglieder, die sich zu den Werken äussern möchten?

Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zu den Anträgen. Es liegen mehrere Anträge vor. Die ersten zwei betreffen die Wasserversorgung. Diese werden wir gemeinsam debattieren und – sofern kein Einspruch erhoben wird – auch gemeinsam zur Abstimmung bringen, da sie inhaltlich zusammengehören.

Gibt es Einwände dagegen?

Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zum ersten Antrag.

Antrag GRPK – Kostenstelle Werke / Wasserversorgung

Kostenstelle 521 – Wasserversorgung, Globalkredit

Der einstimmige Antrag der GRPK lautet:

Die Zuführung in die Spezialfinanzierung wird um CHF 1,7 Millionen erhöht.

- Zuführung Spezialfinanzierung bisher: CHF 15'263
- Zuführung Spezialfinanzierung neu: CHF 1'057'273

Zur Begründung hat das Wort Beat Lüthi, GRPK.

Beat Lüthi, GRPK:

Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Anwesende.

Der Eigenwirtschaftsbetrieb Wasserversorgung ist finanziell – ich sage das bewusst so – stark ausgezehrt. Nur finanziell, wohlgemerkt, aber das muss man klar festhalten.

Darum unterstützt die GRPK einstimmig, ebenso die FDP-Fraktion einstimmig, diesen Antrag. Ziel ist es, so rasch wie möglich und ohne weitere Verzögerung eine wirtschaftliche Sanierung dieses Eigenwirtschaftsbetriebs in die Wege zu leiten.

Wir unterstützen in diesem Zusammenhang auch den Antrag von Chris Tattersall, der im Grundsatz denselben Missstand adressiert.

Wo liegt das Problem?

Offenbar ist es aufgrund des überproportional gewachsenen Wasserleitungsnetzes – insbesondere nach der Eingemeindung von Schönenberg und Hütten – zu einer massiven Belastung gekommen. Bekanntlich waren viele Leitungen in Schönenberg sanierungsbedürftig. In der Summe hat sich dadurch die Eigenfinanzierung stark reduziert.

Die Wassertarife sind über sehr lange Zeit unverändert geblieben, während der Aufwand gestiegen und die Investitionen hoch waren. Faktisch führte dies zu einem immer tieferen Selbstfinanzierungsgrad.

Der jährliche Ertrag aus Wassergebühren beträgt rund CHF 1,2 Millionen, zusammen mit weiteren Gebühren ergibt sich ein Gesamtertrag von rund CHF 5 Millionen pro Jahr. Der Selbstfinanzierungsgrad – also die Fähigkeit, Investitionen aus dem operativen Cashflow zu finanzieren – ist in den letzten vier bis fünf Jahren massiv gesunken und liegt aktuell bei rund 20 %.

Wenn man über längere Zeit nur 20 % selbst finanzieren kann, werden die restlichen 80 % fremdfinanziert. Dass diese Schulden bei der Stadt liegen, ändert nichts daran, da auch die Stadt sich am Geld- und Kapitalmarkt refinanzieren muss.

Ein paar Zahlen zur Verdeutlichung:

Im Jahr 2022 verfügte die Wasserversorgung noch über mehr als 100 % Eigenkapital, also über Reserven. Heute hat sich die Situation so stark verschlechtert, dass wir mit dem Budget 2026, sofern nichts unternommen wird, auf eine Verschuldungsquote von rund 50 % kommen würden – bei einem Selbstfinanzierungsgrad von unter 20 %.

In Franken ausgedrückt bedeutet das:

Der Eigenwirtschaftsbetrieb Wasser, der früher noch einen Eigenkapitalüberschuss von rund CHF 0,5 Millionen hatte, weist im Jahr 2024 bereits Schulden von CHF 6,1 Millionen aus und wird gemäss Budget 2026 auf CHF 9,8 Millionen Schulden anwachsen.

Der Investitionsplan zeigt, dass sich diese Verschuldung ab 2027 weiter stark erhöhen würde, wenn jetzt nicht gegengesteuert wird. Die jährlichen Investitionen und Betriebsausgaben liegen bei rund CHF 7 bis 7,5 Millionen, während die Einnahmen bei etwa CHF 5 Millionen liegen. Das ergibt eine strukturelle Lücke von CHF 2 bis 2,5 Millionen pro Jahr.

Es ist nicht so, dass die Werke oder der zuständige Stadtrat diese Situation nicht erkennen würden. Seit dem Budget 2023 weist der zuständige Stadtrat Jahr für Jahr in den FLAG-Zielen darauf hin, dass eine Tarifierhöhung von rund 30 % notwendig wäre – allerdings jeweils nicht im nächsten Jahr, sondern im übernächsten.

Im Jahr 2023 hiess es: 2025.

Im Jahr 2024 hiess es: 2026.

Im Jahr 2025 heisst es nun: 2027.

Und in jedem dieser drei Fälle war jeweils der Zusatz enthalten, dass drei Jahre später nochmals eine Erhöhung um rund 25 % erfolgen müsste. Das sieht auch die Abteilung so.

Und nun frage ich den Stadtrat Jonas Erni ganz direkt: *Warum tun wir denn nichts?*

Jonas, ich frage dich: Auf was wartet ihr in der Abteilung? Wartet ihr auf die nächsten Stadtratswahlen?

In der Zwischenzeit läuft die Wasserversorgung in eine übermässige Verschuldung hinein, und wir verschieben die Bezahlung unserer Wasserinfrastruktur auf unsere Kinder und Kindeskiner.

Selbstverständlich können und müssen Effizienzgewinne in der Leistungserstellung Wasser und bei den vielen Tiefbauaktivitäten erzielt werden, und wir fordern das auch explizit ein. Aber das vorliegende Problem ist zu gross, als dass Sparmassnahmen allein genügen würden.

Niemand zahlt gern mehr als nötig für städtische Leistungen. Aber eine solide Wasserversorgung ist eine der wichtigsten Aufgaben jeder Gemeinde.

Wenn wir jetzt nochmals ein oder mehrere Jahre mit der Preisanpassung zuwarten, müssen die Preise später umso stärker steigen, weil die Verschuldung weiter zunimmt.

Mit einer Tarifierhöhung um 30 bis 35 %, wie sie die GRPK vorerst fordert, können zwar noch keine Schulden abgebaut werden. Aber der Selbstfinanzierungsgrad steigt so stark an, dass die Neuverschuldung massiv reduziert und damit die Gesamtverschuldung stabilisiert wird.

In drei Jahren kann dann überprüft werden, wie stark die Tarife weiter angepasst werden müssen, um die Verschuldung mittelfristig tatsächlich zu reduzieren. Ziel muss letztlich eine vollständige Kostendeckung der Wasserversorgung, also 100 %, sein.

Wir fordern den Stadtrat deshalb auf, die Selbstfinanzierung per sofort um CHF 1,7 Millionen zu verbessern. Das ist nur über die Preise möglich. Das bedeutet eine Tarifierhöhung von 30 bis 35 %. Diese Erhöhung ist einschneidend, aber unumgänglich.

Eine vierköpfige Wädenswiler Familie verbraucht durchschnittlich 237 Kubikmeter Wasser pro Jahr. Das kostet aktuell CHF 284 an Verbrauchsgebühren. Eine Erhöhung um 35 % entspricht rund CHF 100 pro Jahr.

Das bisherige FLAG-Ziel, wonach die Wassergebühren unter 100 % des nationalen Durchschnitts liegen sollen, ist aufgrund dieses Zielkonflikts vorübergehend auszusetzen. Als Kennzahl (KPI) soll dieser Wert weiterhin ausgewiesen werden, langfristig bleibt er ein Ziel – aber nicht auf Kosten eines wachsenden Schuldenbergs.

Die GRPK und die FDP-Fraktion unterstützen diese Anträge und deren Bestandteile einstimmig.

Besten Dank.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke, Beat Lüthi.

Antrag – FLAG-Ziele Wasserversorgung

Kostenstelle 521 – Wasserversorgung, Globalbudget

Die **einstimmige Antrag der GRPK** lautet:

Das FLAG-Ziel im Konto **521 Wasserversorgung** zur Aufgabe „*finanziell gesunde Betriebe mit ausreichender Flexibilität zur Tragung technischer, wetterbedingter Risiken und Investitionen*“ wird wie folgt angepasst:

Der **Selbstfinanzierungsgrad** soll im **Fünfhahresschnitt** bei rund **100 %** liegen.

Das Ziel soll durch eine **Erhöhung der Tarife um 30 % im Jahr 2026** angestrebt werden.

Weitere Tarifierhöhungen erfolgen **bei Bedarf**.

Zur Begründung hat Chris Tattersall, Mitglied GRPK, das Wort.

Chris Tattersall, GRPK:

Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren.

Zur finanziellen Lage habe ich nichts mehr zu ergänzen – Beat Lüthi hat das bereits umfassend dargelegt.

Es geht mir hier um die FLAG-Ziele. Man findet sie auf Seite 47 des grossen Budgetdossiers. Dort steht aktuell, dass der Selbstfinanzierungsgrad mindestens 50 % betragen soll. Das ist klar zu wenig.

Gleichzeitig wird dort festgehalten – und das wurde heute bereits erwähnt –, dass die Tarife 2027 um 30 % und 2030 um weitere 25 % erhöht werden sollen.

Es ist aber bereits heute klar, dass wir diese 30 % eigentlich jetzt brauchen. Also stellt sich die Frage: Warum warten? Wir können das bereits für 2026 umsetzen und dann beobachten, wie sich die Situation entwickelt.

Ein Ziel von 50 % Selbstfinanzierung reicht nicht. Mit dem vorgeschlagenen Fünfhahresschnitt von rund 100 % tragen wir dem Umstand Rechnung, dass es Jahre mit etwas höheren oder tieferen Werten geben kann. Über eine mittelfristige Zeitspanne muss der Wert aber um 100 % liegen.

Ob nach der Tarifierhöhung von 30 % später nochmals eine Anpassung notwendig wird, ist heute noch nicht abschliessend zu beurteilen. Das hängt davon ab, wie sich die Finanzlage der Wasserwerke entwickelt.

Darum sind wir bewusst nicht präzise, was Zeitpunkt und Höhe allfälliger weiterer Tarifierhöhungen betrifft.

Danke.

Wir sagen lediglich: weitere Erhöhungen der Tarife erfolgen bei Bedarf, auch darüber hinaus. Vielen Dank. Ich habe geschlossen.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke, Chris Tattersall. Gibt es weitere Mitglieder der GRPK, die sich zu diesen Anträgen äussern möchten?

Ueli Reiter (GRPK):

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen beider Räte, vielleicht noch zum Hintergrund, weshalb wir mit diesen zwei Anträgen kommen. Wir haben das diskutiert – ob ein Antrag genügt oder ob es zwei braucht – und sind zum Schluss gekommen, dass es beide braucht, um das Ziel der GRPK klar zu machen.

Man kann den Tarif erhöhen, dann steht mehr Geld zur Verfügung. Dieses Geld fliesst aber nicht automatisch in die Spezialfinanzierung. Dann hätten wir zwar den Tarif erhöht, die Spezialfinanzierung aber nicht sichergestellt.

Die andere Variante ist, explizit zu sagen, die Spezialfinanzierung soll erhöht werden. Dass wir das handwerklich nicht über das Globalkonto, sondern direkt über ein Unterkonto gemacht haben, nehme ich als meinen Fehler mit. Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass wir damit die Spezialfinanzierung sicherstellen wollen, damit danach genügend Mittel zur Verfügung stehen.

Das Ziel kann man grundsätzlich auf zwei Arten erreichen: Entweder man erhöht die Tarife oder man versucht, das Ziel anderweitig zu erreichen, indem man irgendwo Leistungen reduziert, weniger Arbeiten ausführt oder günstigere Lösungen sucht. Gerade deshalb ist die Kombination entscheidend. Wir brauchen beides, um die Ziele der GRPK auch tatsächlich umzusetzen.

Wir haben das bewusst nicht vorgängig mit dem Stadtrat diskutiert, weil wir die Relevanz als zu hoch erachten. Wir haben in den vergangenen Jahren die Entwicklung gesehen. Die Vorredner haben das ausführlich dargelegt. Diese Entwicklung können wir auch als GRPK nicht weiter unterstützen.

Darum sehen wir hier dringenden Handlungsbedarf und fordern mit diesen beiden Anträgen, die entsprechenden Massnahmen zu ergreifen und umzusetzen. Danke.

Clemens Schröter (GLP):

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Anwesende, seit ich im Gemeinderat und in der GRPK für die Werke zuständig bin, wird im Budget der Wasserversorgung davon gesprochen, im nächsten Jahr die Tarife um 30 Prozent zu erhöhen. Im gleichen Zeitraum ist die Selbstfinanzierung kontinuierlich gesunken. Mittlerweile liegen wir bei rund 20 Prozent.

Durch die Gemeindefusion mit Hütten und Schönenberg ist unser Wasserversorgungsgebiet deutlich grösser geworden. Dazu benötigen wir nun drei Druckstufen. Es ist daher klar, dass die Preise aufgrund der Topografie im oberen Segment liegen müssen. Hinzu kommt, dass die Wasserleitungen in Schönenberg zum Zeitpunkt der Fusion in problematischem Zustand waren.

Es ist deshalb allen klar, dass die Tarife erhöht werden müssen. Wie erwähnt, wird dies auch von der Abteilung seit drei Jahren so deklariert. Wir von der GLP sind der Meinung, dass es keinen Sinn macht, nochmals ein Jahr abzuwarten, insbesondere da auch seitens der Abteilung keine Hinweise bestehen, dass man um die geplanten rund 30 Prozent herumkommt.

Ein weiterer positiver Aspekt einer Tarifierhöhung ist, dass sie einen zusätzlichen Anreiz schafft, mit Wasser haushälterischer umzugehen.

Die GLP stimmt den Anträgen, welche diese Tarifkorrektur fordern, zu. Uns ist bewusst, dass diese Anträge rechtlich nicht bindend für den Stadtrat sind. Sie sind jedoch gemäss Gemeindeamt zulässig und zeigen klar auf, was sich der Gemeinderat wünscht. Ich habe geschlossen.

Peter Huber:

Werte Anwesende, die Wasserversorgung ist ein Eigenwirtschaftsbetrieb, sie muss sich selbst finanzieren. Der Selbstfinanzierungsgrad ist tatsächlich sehr tief. Ich will nicht alles wiederholen, aber ich teile die Meinung, dass man dieses Problem angehen muss – und letztlich auch mit einer Preiserhöhung.

Ich habe jedoch meine Meinung zur Unterstützung dieser Anträge geändert. Der Grund ist folgender: Ich habe Rücksprache mit dem Gemeindeamt gehalten. Die Anträge sind zulässig, das ist korrekt. Sie sind jedoch in dieser Zeit nicht umsetzbar.

Man kann darüber abstimmen, aber ich persönlich muss nicht über etwas abstimmen, das man faktisch nicht im kommenden Jahr umsetzen kann. Ich möchte betonen: Eine Umsetzung ein Jahr später ist aus meiner Sicht zwingend.

Der Preisüberwacher benötigt bis zu vier Monate für eine Vorprüfung und gegebenenfalls eine vertiefte Untersuchung. Eine sofortige Umsetzung Anfang nächsten Jahres wäre deshalb nicht seriös und könnte rechtlich angefochten oder rückgängig gemacht werden.

Inhaltlich teile ich die Zielrichtung – insbesondere die genannten Grössenordnungen von 30 Prozent und später weiteren Anpassungen. Aufgrund der fehlenden kurzfristigen Umsetzbarkeit lehne ich die Anträge in diesem Jahr ab. Danke.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Weitere Personen der GRPK, die sich äussern wollen?

Nicht der Fall,

dann hat jetzt Jonas Erni, Stadtrat Werke das Wort

Jonas Erni, Stadtrat Werke:

Besten Dank, Herr Präsident, geschätzte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte.

Ich muss etwas ausholen. Vor allem im Votum von Beat Lüthi wurden viele Punkte angesprochen, die so nur die halbe Wahrheit darstellen.

Zunächst: Der Stadtrat erkennt den Handlungsbedarf. Themen wie Spezialfinanzierung und Selbstfinanzierungsgrad sind uns bewusst. Eine Tarifierhöhung ist als Instrument grundsätzlich erkannt. Der dargestellte Alarmismus ist jedoch fehl am Platz, und dem muss ich klar widersprechen. Die Situation ist nicht desolat, wie dargestellt.

Ein wesentlicher Teil der Kennzahlenentwicklung ist buchhalterisch begründet, insbesondere durch den Wechsel auf HRM2. Selbstverständlich spielen auch weitere Faktoren eine Rolle. Wir wollen das Thema seriös prüfen und haben dafür vorgesehen, externe Partner beizuziehen.

Dabei geht es auch um die soziale Verträglichkeit für die Bevölkerung. Neben Wassergebühren steigen auch Abwassergebühren, Krankenkassenprämien und Mieten. Gebühren wirken weniger sozial als Steuern, da sie einkommensunabhängig sind und Haushalte mit tieferem Einkommen überproportional belasten. Das wollen wir sauber abklären: wann welche Erhöhung und nur so viel wie notwendig.

Zum Preisüberwacher: Dieser akzeptiert Gebührenerhöhungen in der Regel bis maximal 20 bis 30 Prozent. Darüber hinausgehende Erhöhungen werden überprüft und können beanstandet oder rückgängig gemacht werden.

Die beiden Anträge widersprechen sich: Die geforderte Erhöhung der Spezialfinanzierung um 1,7 Millionen Franken müsste durch eine Gebührenerhöhung finanziert werden. Unsere Berechnungen zeigen, dass dies einer Erhöhung von über 70 Prozent entsprechen würde. Das wären mehrere hundert Franken pro Haushalt. Eine solche Erhöhung ist nicht zulässig und nicht seriös. Wir sehen den Handlungsbedarf und wollen Tarifierungen in mehreren Schritten vornehmen, seriös geprüft und begleitet. Der Selbstfinanzierungsgrad wurde zudem über einen sehr kurzen Zeitraum betrachtet. In anderen Städten werden solche Kennzahlen über Zeiträume von 15 Jahren analysiert, was das Bild deutlich relativiert.

Zusammenfassend:

Die Anträge sind nicht zielführend, sie belasten die Bevölkerung übermässig, sie sind rechtlich und praktisch problematisch, und die finanzielle Stabilität des Bereichs ist insgesamt nicht gefährdet.

Ich bitte Sie deshalb, die beiden Anträge abzulehnen. Vielen Dank.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke, Jonas. Gibt es Wortmeldungen aus dem Rat? Simon Bass.

Simon Bass:

Vielen Dank, Herr geschätzter Präsident.

Lieber Jonas, drei Fragen zu deinem Votum.

Erstens: Wenn die 30 Prozent nicht zulässig sind, wieso steht dann im Budget ein Zielwert von 1.60 Franken gegenüber einem heutigen Wert von 1.20 Franken? Dort, wo ich zur Schule gegangen bin – in Wädenswil bei der PSW und OSW – sind das 30 Prozent. Oder? Zweitens: Wieso steht das, was du jetzt ausgeführt hast, nicht in der Begründung, die wir vom Stadtrat erhalten haben?

Und drittens: Wieso kann die Stadt das nicht selber ausrechnen und muss dafür externe Beratung beiziehen?

Vielen Dank.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Gut. Das Wort ist gewünscht.

Jonas Erni, Stadtrat Werke:

Ja, ich beantworte das sehr gerne. Vielen Dank.

Zur ersten Frage:

Die Erhöhung der Spezialfinanzierung um 1,7 Millionen Franken würde bedeuten, dass die Tarife um rund 70 Prozent erhöht werden müssten. Das ist nicht zulässig. Der Preisüberwacher akzeptiert Erhöhungen im Bereich von 20 bis maximal 30 Prozent.

Zur zweiten Frage:

Warum das nicht in der Begründung stand: Wir hatten nur einen Tag Zeit, um alle Antworten zu verfassen, weil die Anfrage sehr kurzfristig beim Stadtrat eingegangen ist.

Zur dritten Frage – warum externe Beratung:

Weil das Thema sehr komplex ist. Es geht darum, welche Kennzahlen beigezogen werden sollen: über fünf, zehn, fünfzehn oder zwanzig Jahre. Es geht um die Frage, was der Preisüberwacher akzeptiert. Und es geht darum, wie wir mit den verschiedenen Zielkonflikten umgehen, die wir haben.

Wir haben im Budget auch das Ziel, national im Durchschnitt zu liegen. Das sind wir aktuell knapp. Mit einer Erhöhung wären wir deutlich darüber. Diese Ziele widersprechen sich teilweise.

Zusätzlich müssen wir berücksichtigen, dass wir die Bevölkerung nicht übermässig belasten wollen – im Kontext steigender Gebühren, steigender Krankenkassenprämien und sinkender Kaufkraft.

All diese Faktoren zusammengenommen sprechen dafür, das Thema fundiert und seriös zu prüfen, damit wir im nächsten Budget bereit sind. Eine Tarifierhöhung ist unumgänglich, da gebe ich euch recht. Aber nicht jetzt, nicht in dieser Höhe und nicht in dieser widersprüchlichen Kombination aus 1,7 Millionen Spezialfinanzierung und 30 Prozent Tarifierhöhung, die faktisch 70 Prozent bedeuten würde.

Ich hoffe, die Fragen damit beantwortet zu haben.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Gibt es weitere Wortmeldungen?

Beat Lüthi:

Geschätzte Anwesende, ich muss jetzt doch nachfragen.

Wir haben einen Ertrag von rund 5 Millionen Franken. 1,7 Millionen von 5 Millionen sind nach meiner Rechnung gut 30 Prozent. Natürlich ist das nicht alles Volumentarif, aber niemand hat gesagt, dass nur der Volumentarif angepasst werden muss. Man kann alle Tarife anpassen.

Wir verkaufen Wasser auch an Nachbargemeinden. Es kann nicht sein, dass diese das Wasser weiterhin günstiger beziehen als die Stadt Wädenswil selbst. Ich sehe nicht ein, warum man nicht auf dem gesamten Umsatz von rund 5 Millionen eine Erhöhung von 30 bis 35 Prozent vornehmen kann. Das ergibt nach meiner Rechnung ziemlich genau diese 1,5 bis 1,7 Millionen Franken.

Zweitens: Wenn du sagst, das brauche alles Zeit und externe Beratung – warum steht dann seit dem Budget 2023, also nun zum dritten Mal im Budget, dass nicht im Budgetjahr, sondern im Folgejahr eine Tarifierhöhung von 30 Prozent erfolgen soll und drei Jahre später nochmals 25 Prozent? Das steht jetzt das dritte Jahr in Folge im Budget – und was ist passiert? Nichts.

Drittens: Du sagst, wir hätten keinen Zeitdruck. Fakt ist aber, dass wir jährlich 2 bis 2,5 Millionen Franken zusätzliche Schulden aufbauen. Diese Schulden mögen intern sein, aber am Schluss sind es Schulden der Stadt, und die Stadt muss sich ebenfalls finanzieren.

Zum FLAG-Ziel mit den Gebühren auf nationalem Durchschnittsniveau: Dieses Ziel kann man aushebeln. Das habe ich auch in meinem Votum gesagt. Ich glaube, das sieht jeder ein. Das ist das unwichtigste Ziel in dieser Situation.

Wir haben ja beim Gasbereich die Chance, die Bevölkerung zu entlasten. Diese Entlastung könnte man praktisch sofort umsetzen. Damit müsste man umgehen.

Ja, wir brauchen vier Monate für den Preisüberwacher. Aber wenn wir jetzt wieder ein Jahr warten, dann hören wir nächstes Jahr wieder dasselbe – und dann geht es wieder nicht. Darum beantrage ich, diesen Anträgen zuzustimmen. Danke.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke, Beat Lüthi. Gibt es weitere Wortmeldungen?

Ursula Gall hat das Wort.

Ursula Gall:

Geschätzte Anwesende, entschuldigt bitte, noch vor der Abstimmung.

Der Grund, weshalb diese Tarifierhöhung seit über drei Jahren im Budget aufgeführt ist, ist mir nach wie vor nicht klar. Schon als ich damals dabei war – und auch schon davor in der GRPK – stand dieser Punkt im Budget. Ich bin immer davon ausgegangen, dass dafür ähnliche Argumente gegolten haben wie jene, die du heute vorgebracht hast.

Gleichzeitig sagst du jetzt, für diese Argumente habe man nur einen Tag Zeit gehabt, weshalb sie nicht in der Begründung standen. Für mich geht das so nicht ganz auf.

Ich habe geschlossen. Du möchtest dich nochmals zu den letzten drei Jahren äussern.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke, Ursula. Ich würde aber zuerst Ueli Reiter das Wort geben, der sich vorher ebenfalls gemeldet hat.

Ueli Reiter:

Danke.

Zwei ergänzende Anmerkungen:

Erstens zum Stichwort HRM2. Die Zahlen, die vom Stadtrat präsentiert wurden, beziehen sich auf das Jahr 2022. HRM2 wurde jedoch per 1. Januar 2019 eingeführt. Hier gibt es für mich eine Diskrepanz, die ich im Moment nicht nachvollziehen kann. Dieser Punkt muss genauer angeschaut werden.

Zweitens zum Preisüberwacher: Aus meiner Sicht erhält dieser in der Diskussion ein zu grosses Gewicht. Ich bin auch beim Energieversorger tätig, dort kommt dieses Thema ebenfalls regelmässig auf.

Ja, man braucht Zeit. Aber wir sprechen hier nicht von zwölf Monaten, sondern vielleicht von vier Monaten. Wenn wir es jetzt nicht angehen, verlieren wir ein ganzes Jahr. Je früher man das Verfahren startet und mit dem Preisüberwacher in den Dialog tritt, desto einfacher wird es.

Mit guten Argumenten kann man den Preisüberwacher auch davon überzeugen, dass eine Tarifanpassung – so wie sie seit Jahren vorgesehen ist – gerechtfertigt ist.

Danke.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke, Ueli Reiter.

Jonas Erni, du hast nochmals das Wort gewünscht.

Jonas Erni, Stadtrat Werke:

Danke, geschätzte Damen und Herren. Ich versuche nochmals, kurz auf einige Punkte einzugehen – mit dem Risiko, mich zu wiederholen.

Zum Thema HRM2:

Das ist tatsächlich sehr komplex. Es handelt sich um eine buchhalterische und rechnerische Thematik, bei der unterschiedliche Modelle angewendet werden können. Wir verfügen in der Stadt über ausgewiesene Fachpersonen, insbesondere mit Stefan Müller und auch mit dem neuen Stadtschreiber, der in dieser Materie federführend war. Diese Fragen können und sollen in den zuständigen Gremien weiter vertieft werden.

Zur Frage, weshalb wir jetzt eine detaillierte Analyse vornehmen:

Es hat sich gezeigt, dass die Situation weniger gravierend ist, als sie teilweise dargestellt wurde. Zudem ist auch im kommenden Jahr weiterhin eine Einlage in die Spezialfinanzierung vorgesehen. Vor diesem Hintergrund wollen wir die Thematik seriös und fundiert klären.

Ich möchte nochmals betonen: Für uns ist klar, dass wir dieses Thema im nächsten Jahr weiterverfolgen und umsetzen wollen. Aber wir wollen dies auf einer fundierten Grundlage tun, unter Berücksichtigung aller relevanten Aspekte.

Wir werden die Resultate dieser Überprüfung transparent darlegen, sobald sie vorliegen.
Danke.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke, Jonas Erni.

Wünscht sonst noch jemand kurz das Wort? – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung über beide Anträge.

Abstimmung

Wer den **beiden einstimmigen Anträgen der GRPK** zustimmen möchte,

- erstens:
die Erhöhung der Zuführung in die Spezialfinanzierung der Wasserversorgung um CHF 1,7 Mio.,
- und zweitens:
die **Anpassung des FLAG-Ziele der Kostenstelle 521 Wasserversorgung**, wonach der Selbstfinanzierungsgrad im fünfjährigen Durchschnitt bei rund **100 %** liegen soll und dieses Ziel durch eine **Tariferhöhung von 30 % im Jahr 2026** angestrebt wird, mit weiteren Tariferhöhungen bei Bedarf auch darüber hinaus,

bezeugt dies durch Handerheben.

Gegenstimmen?

Enthaltungen?

Abstimmung über die Anträge der GRPK:

Der Gemeinderat stimmt beiden Anträgen der GRPK mehrheitlich zu.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Wir bleiben bei den Werken.

Der nächste Antrag der GRPK betrifft die Kostenstelle Werke, **521 Wasserversorgung**, Globalkredit.

Eine **Mehrheit der GRPK** beantragt, den **Globalkredit beim Aufwand um CHF 10'000 zu reduzieren**.

Aufwand bisher: **CHF 110'000**

Aufwand neu: **CHF 100'000**

Das Wort zur Begründung hat **Chris Tattersall**, GRPK.

Chris Tattersall, GRPK:

Herr Präsident, meine Damen und Herren,
dieser Antrag betrifft die **Beraterkosten**. Insgesamt sind im Budget **CHF 100'000** für Beratung vorgesehen. Der Stadtrat hat uns mitgeteilt, dass **CHF 10'000 davon** für Beraterkosten zur **Erarbeitung der zukünftigen Wassertarife** vorgesehen sind.

Wir haben diese Frage heute ausführlich diskutiert. Aus unserer Sicht braucht es **keinen externen Berater**, um zu definieren, **wie und wann** die Tarife erhöht werden sollen. Diese Kompetenz liegt bei der Stadt selbst.

Diese **CHF 10'000 können eingespart werden**.

Ich habe geschlossen.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke, Chris Tattersall.

Weitere Wortmeldungen aus der GRPK?

Peter Huber hat das Wort.

Peter Huber:

Werte Anwesende,

Wir haben es gehört, **Gebühren sind komplex**. Gerade bei diesem Betrag von **CHF 10'000** bin ich etwas stutzig geworden.

Mir kommt dabei in den Sinn, dass wir als Gemeinderat primär über **strategische Fragen** entscheiden sollten – und nicht darüber, ob eine Abteilung für eine Preisprüfung eine **externe Sicht** einholen will oder nicht.

Etwas ratlos macht mich die Kombination der Anträge:

Einerseits fordern wir **CHF 1,7 Millionen** für die Spezialfinanzierung, quasi sofort, andererseits wollen wir **CHF 10'000 einsparen**.

Eine grössere Gebührenerhöhung braucht aus meiner Sicht eine **saubere Begründung**, und eine externe Beratung oder Kalkulation kann dabei **vertrauensstärkend** wirken – nicht zwingend gegenüber der GRPK, aber gegenüber der **Bevölkerung** und auch gegenüber dem **Preisüberwacher**.

Danke.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke, Peter Huber.

Weitere Wortmeldungen aus der GRPK?

– Das ist nicht der Fall.

Dann hat der **Stadtrat Werke**, Jonas Erni, nochmals das Wort.

Jonas Erni, Stadtrat Werke:

Danke.

Nur eine kurze Bemerkung:

Selbstverständlich können Sie den **Globalkredit um CHF 10'000 kürzen**. Wo diese Einsparung dann konkret vorgenommen wird, wird der Stadtrat festlegen.

Danke.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke, Jonas Erni.

Gibt es weitere Wortmeldungen?

– Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

Wer dem **mehrheitlichen Antrag der GRPK** zustimmen möchte, den **Nettoaufwand der Kostenstelle 521 Wasserversorgung um CHF 10'000 zu reduzieren**, bezeugt dies durch Handerheben.

Gegenstimmen?

Enthaltungen?

Abstimmung über den Antrag der GRPK:

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag der GRPK mehrheitlich zu.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Dann bleiben wir bei den Werken und kommen zu den **FLAG-Zielen 51, Gasversorgung, Globalkredit**.

Eine **Mehrheit der GRPK** beantragt, die **Zielgrösse im FLAG-Ziel „Anteil erneuerbarer Gase“ von 50 % auf 1 % zu reduzieren**.

Das Wort zur Begründung hat **Beat Lüthi**, Mitglied der GRPK.

Beat Lüthi, GRPK:

Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Anwesende, lieber Jonas, auch uns sind **Belastungen für die Einwohnerinnen und Einwohner von Wädenswil** ein grosses Anliegen. Wenn wir sehen, dass diese überbelastet sind, wenn etwas schief läuft oder unterfinanziert ist, dann muss es korrigiert werden. Darum sind wir vorher bei der Wasserversorgung zu dem gekommen, wo wir gekommen sind. Und hier geht es nun um das Gegenteil.

Warum dieser Antrag?

Das eine Prozent, auf das wir das FLAG-Ziel reduzieren wollen, ist echtes Schweizer Biogas, das tatsächlich in die Netze eingespeist wird. Die übrigen 99 Hundertstel des heutigen Biogasanteils von 35 % – also praktisch der gesamte Rest – ist indirektes Biogas. Ich bezeichne das als fossiles Gas, das über Zahlungen ins Ausland an sogenannte CO₂-Clearingstellen abgewickelt wird.

Ich sage jetzt bewusst nicht „reingewaschen“, aber darum geht es mir in diesem Antrag nicht primär. Es geht um etwas anderes.

Der Kanton Zürich hat mit dem Energiegesetz beschlossen, dass fossile Heizungen durch Heizsysteme mit erneuerbaren Energien ersetzt werden sollen. In der Regel sind das Wärmepumpen – bei mir persönlich zum Beispiel, weil ich zu weit vom Zentrum entfernt bin – oder eben der Anschluss an einen Wärmeverbund auf Basis erneuerbarer Ressourcen. Die Stadt Wädenswil und ihre Einwohnerinnen und Einwohner und Steuerzahlerinnen und Steuerzahler investieren jedes Jahr erhebliche Summen in diese Umstellungen:

- in die Erneuerung der Wärmeerzeugung,
- in die Umrüstung der Beleuchtung auf LED,
- und in weitere Massnahmen.

Bekanntlich investieren wir jetzt zudem bis zu 100 Millionen Franken in den Seewasser-Wärmeverbund. Wir stemmen also gemeinsam eine gigantische Investitionslast.

Gleichzeitig stellt sich die Frage:

Wollen wir Jahr für Jahr grosse Beiträge ins Ausland zahlen – wir reden hier von rund 1,5 Millionen Franken pro Jahr –, die letztlich den eigenen CO₂-Footprint nicht verbessern? Oder wollen wir diese Mittel bei uns investieren, sodass sich unser lokaler CO₂-Footprint effektiv verbessert?

Für mich ist die Antwort klar.

Wir können nicht alles gleichzeitig machen. Die Einwohnerinnen und Einwohner und Gebührenzahler haben begrenzte Mittel, und die Stadt ebenfalls.

Von diesen 1,5 Millionen Franken, die die Wädenswiler Gasbezüger heute jährlich faktisch ins Ausland senden – ohne echte Wahlmöglichkeit –, fliesst im Minimum dieser Betrag ab. Und auch die Stadt Wädenswil selbst zahlt zwischen 50'000 und 100'000 Franken pro Jahr an diesen Betrag.

Dieses Geld fehlt uns für lokale Investitionen.

Darum beantragen wir, das FLAG-Ziel "35 % Biogas auf eine Mindestgrösse von 1 %" anzupassen.

Mit „Minimum“ meine ich ausdrücklich nicht, dass niemand mehr freiwillig einen höheren Anteil beziehen darf. Es soll den Werken weiterhin offenstehen, die Gasbezüger – wie früher – zu fragen, ob sie freiwillig einen höheren Biogasanteil wünschen.

Was beendet werden soll, ist der Zwang.

Damit schaffen wir für Haushalte, die durch die höheren Wassertarife belastet werden, eine finanzielle Entlastung, insgesamt in einer vergleichbaren Grössenordnung.

Die Mehrheit der GRPK sowie die FDP-Fraktion einstimmig unterstützen diesen Antrag.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke, Beat Lüthi.

Weitere Wortmeldungen aus der GRPK?

Ueli Reiter.

Ueli Reiter (Grüne):

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen aus beiden Räten,

ich versuche es kurz zu machen. Wir Grünen lehnen diesen Antrag ab.

Ich habe versucht, die Zahlen grob zu erfassen. Die Werke haben derzeit einen Gasabsatz von rund 100 GWh pro Jahr. Wenn man diesen Verbrauch bis 2040 linear auf null reduziert, stossen wir bis dahin trotzdem noch rund 150'000 Tonnen CO₂ aus dem Gasverbrauch aus. Man kann nun darüber diskutieren, ob 30 % Biogas sinnvoll sind oder nicht. Diese 150'000 Tonnen beziehen sich auf 100 % Erdgas. Wenn ich davon 30 % Biogas einsetze, dann ist

das eben nicht einfach nur ein finanzieller Beitrag an eine Clearingstelle, sondern es werden tatsächlich Biogasmengen ins europäische Gasnetz eingespeist. Das ist zwar nicht Schweizer Qualität, hat aber dennoch eine CO₂-reduzierende Wirkung.

Rechnet man das um, sind ein Drittel von 150'000 Tonnen etwa 50'000 Tonnen CO₂. Was bedeutet das? Um diese Menge CO₂ zu binden, bräuchte es rund 13'000 Buchen, die 100 Jahre alt sind. Sie können sich vorstellen, was das bedeutet.

Ein anderer Vergleich betrifft die genannten 1,5 Millionen Franken pro Jahr. Hochgerechnet über die Zeit sind das rund 11 Millionen Franken. Wenn man diese Summe mit den 150'000 Tonnen CO₂ vergleicht und den heutigen Kompensationspreis von rund 80 Franken pro Tonne CO₂ zugrunde legt, dann entspricht das ziemlich genau dem Betrag, den man im internationalen Emissionshandel bezahlen müsste.

Das heisst: Wir zahlen mit dem Biogasanteil genau das, was wir sonst für CO₂-Kompensation zahlen müssten. Wir sparen damit nichts ein.

Was mir zudem fehlt: Wenn man dieses Geld einsparen will, ist nirgends festgehalten, dass es danach zweckgebunden für CO₂-Reduktionsmassnahmen eingesetzt wird. Jeder Gaskunde spart vielleicht 300 Franken pro Jahr, etwa 8 % der Gasrechnung. Dieses Geld wird aber sehr wahrscheinlich verkonsumiert und nicht in Klimamassnahmen investiert.

Kurz gesagt: Wir reduzieren mit diesem Antrag CO₂-Massnahmen, obwohl wir auf dem Weg zur Dekarbonisierung noch erhebliche Emissionen verursachen. Das eingesparte Geld wird nicht gezielt eingesetzt.

Aus diesen Gründen lehnen wir diesen Antrag ab. Danke.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke, Ueli Reiter.

Peter Huber hat das Wort:

Peter Huber (SP-EVP):

Werte Anwesende: Die SP-EVP-Fraktion lehnt den Antrag ebenfalls ab, den Biogasanteil im Wädenswiler Gasmix zu reduzieren.

Grundsätzlich kann mich inhaltlich Ueli anschliessen und verzichte auf Wiederholungen.

Ergänzend möchte ich darauf hinweisen, dass Wädenswil den Anspruch hat, eine Energiestadt Gold zu sein und dies auch zu bleiben. Diese Zertifizierung bewertet unter anderem den Anteil erneuerbarer Energien im lokalen Energiemix. Eine drastische Senkung dieses Anteils widerspricht diesem Ziel und kann sich negativ auf eine Rezertifizierung auswirken. Der Kanton Zürich verlangt beim Ersatz von Heizungen den Einsatz erneuerbarer Energien. Wenn wir gleichzeitig den Anteil erneuerbarer Gase faktisch aufgeben, senden wir der Bevölkerung ein widersprüchliches Signal und schwächen unsere Vorbildrolle.

Zum Thema Herkunftsnachweise wurde bereits einiges gesagt. Ich schliesse damit. Danke.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke, Peter Huber.

Das Wort hat Clemens Schröter.

Clemens Schröter (GLP):

Geschätzter Herr Präsident, liebe Anwesende,

wir von der GLP sind uns einig, dass das Ziel, die Treibhausgase zu reduzieren, weiterhin von höchster Bedeutung ist. Ein Mittel dazu ist, CO₂-neutrales Gas zu verbrennen anstelle von fossilem Gas.

Die GLP lehnt deshalb den Antrag der GRPK ab, die Zielgrösse im FLAG-Ziel von 35 % auf 1 % zu reduzieren.

Es ist erfreulich, dass der Umstieg von Gas auf andere Energiequellen voranschreitet.

Gleichzeitig wird aber in den nächsten Jahren weiterhin ein erheblicher Gasanteil bestehen. Deshalb ist es wichtig, den Anteil erneuerbarer Gase weiterhin zu fördern.

Im Rat ist eine gewisse Zertifikatskepsis spürbar. Wir erinnern uns an die Abstimmung zur Weisung Bin Räbe, bei der eine Mehrheit des Gemeinderats nicht bereit war, Geld für Zertifizierungen auszugeben. Der Gemeinderat unterschätzt dabei die Signalwirkung der öffentlichen Hand gegenüber der Privatwirtschaft und den Haushalten.

Warum sollten Private in Zertifikate investieren, wenn es nicht einmal öffentliche Institutionen tun? Diese Haltung fördert die Zertifikatskepsis und schwächt letztlich die Qualität und Wirkung solcher Instrumente.

Eine ähnliche Wirkung entfaltet die Behauptung, zertifiziertes Biogas sei gar kein echtes Biogas und die Zertifizierung funktioniere nicht. Das ist eine haltlose Behauptung, auf deren Basis nun der Gastarif gesenkt werden soll.

Das hat die unerwünschte Nebenwirkung, dass der Energieträger Gas wieder attraktiver wird – im schlimmsten Fall durch nicht erneuerbaren Energieträger aus dem Ausland, statt diesen Energieträger konsequent abzubauen.

Vor diesem Hintergrund ist es der GLP lieber, dass Biogas importiert wird, als dass noch mehr fossiles Gas aus zweifelhaften Quellen bezogen wird.

Kurz gesagt: Der unberechtigten Zertifikatskepsis ist entschieden entgegenzutreten. Der Biogasanteil soll beibehalten oder ausgebaut, nicht reduziert werden.

Ich habe geschlossen.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Der Antrag der GRPK wird von der GLP entschieden abgelehnt. Danke, Clemens Schröter. Beat Lüthi.

Beat Lüthi (FDP, GRPK):

Geschätzter Herr Präsident, werte Anwesende, ich möchte noch kurz auf die Punkte von Ueli Reiter eingehen.

Du hast gesagt, dass dieser Antrag keine Bindung enthalte, was mit den Einsparungen gemacht werde. Dazu zwei Bemerkungen.

Erstens: Wir sind bereits in erhebliche Vorleistung gegangen. Der Gemeinderat hat dem Seewasser-Wärmeverbund mit Investitionen von gegen 100 Millionen Franken zugestimmt. Das ist eine massive lokale Investition in eine nachhaltige Energiezukunft. Gleichzeitig verlangen wir nun, dass der Gaspreis bzw. die Zusatzabgabe auf dem Gaspreis reduziert wird. Diese Zusatzkosten wollen wir beenden.

Zweitens: Für Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer besteht faktisch keine Wahlfreiheit mehr. Ich stehe selbst vor dem Ersatz meiner Gasheizung. Für mich ist klar: Es wird eine Wärmepumpe. Das Gesetz schreibt es vor, und so wird es kommen. Diese Investition muss ich tragen – und das gilt für alle Immobilieneigentümer. Die Mieterinnen und Mieter werden diese Kosten ebenfalls mitfinanzieren müssen.

Gerade deshalb sollten wir die Bevölkerung nicht zusätzlich belasten, sondern die Mittel gezielt einsetzen: Investitionen beschleunigen, richtig umsetzen und in dieser Übergangsphase auf zusätzliche Belastungen bei den eigentlichen Heizkosten verzichten.

Danke.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke, Beat Lüthi.

Gibt es weitere Wortmeldungen aus der GRPK?

Das ist nicht der Fall.

Dann hat das Wort **Jonas Erni, Stadtrat Werke**.

Jonas Erni, Stadtrat Werke:

Geschätzte Anwesende,

Beat, ich nehme Bezug auf dein Votum.

Während ich beim vorhergehenden Antrag zumindest teilweise Verständnis hatte und dort von einer „halben Wahrheit“ gesprochen habe, muss ich hier deutlich widersprechen: Die meisten Aussagen zu diesem Antrag sind schlicht falsch, und dafür habe ich kein Verständnis.

Ich erläutere das gerne:

Erstens: Erdgas, das wir beziehen, stammt vollumfänglich aus dem Ausland, oft aus demokratisch fragwürdigen Staaten, von denen wir uns abhängig machen.

Zweitens: Der CO₂-Ausstoss aus Gas und Öl stellt den grössten Anteil der CO₂-Emissionen in unserer Stadt dar. Der Biogasanteil, den wir heute einsetzen, besteht vollständig aus zertifiziertem europäischem Biogas. Dieses Biogas stammt überwiegend aus:

- landwirtschaftlichen Abfällen,
- Kompostabfällen,
- sowie aus Klärschlamm.

Drittens: Das System funktioniert – genau wie beim Strom – nicht über separate Netze, sondern über Zertifikate. Wir haben kein eigenes Gasnetz für erneuerbares Gas, so wie wir auch kein separates Stromnetz für erneuerbaren Strom haben. Der Handel läuft über Herkunftsnachweise.

Es handelt sich ausschliesslich um europäisches Biogas, das effektiv produziert wird und dessen Zertifikate einem realen, CO₂-neutralen Produktionsprozess entsprechen.

Das heisst konkret: Unser heutiger Gasmix ist zu rund 30 % erneuerbar. Effektiv.

Das ist keine ominöse Clearingstelle, die einfach Gelder einsammelt, sondern es handelt sich um real produziertes Biogas, das CO₂-neutral ins europäische Gasnetz eingespeist wird.

Gleichzeitig haben wir auf Bundesebene klare gesetzliche Vorgaben:

Netto-Null 2050, dem die Bevölkerung zugestimmt hat.

Dasselbe gilt auf kantonaler Ebene.

Auf kommunaler Ebene haben wir den Masterplan Energie Wädenswil sowie die Energieplanung, die bekanntlich behördenverbindlich ist. Darin sind klare Absenkpfade definiert.

Wenn wir nun sagen, wir streichen den Biogasanteil faktisch, dann bedeutet das – und das wurde bereits ausgeführt – mehrere tausend Tonnen zusätzlicher CO₂-Ausstoss pro Jahr.

Das wäre ein Rückschritt von 20 bis 30 Jahren in unserer CO₂-Bilanz.

Das ist ein fatales Signal an die Bevölkerung.

Ein solcher Entscheid wäre aus energie- und klimapolitischer Sicht nicht verantwortbar.

Ein weiterer Punkt: Der Vergleich mit der Wassergebühr trägt nicht.

Die Wasserversorgung ist ein absolutes Monopol.

Beim Gas hingegen besteht eine Wahlfreiheit: Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer können sich für eine andere Wärmeversorgung entscheiden – Wärmepumpe, Energieverbund oder andere Lösungen.

Diese Wahlfreiheit existiert beim Wasser schlicht nicht – ausser man möchte mit Mineralwasser duschen, was ich bisher noch nicht gehört habe.

Aus all diesen Gründen bitte ich Sie dringend, diesen Antrag abzulehnen.

Er wäre verheerend – sowohl in der Signalwirkung nach aussen als auch im Hinblick auf bundes- und kantonrechtliche Vorgaben sowie unsere eigene, behördenverbindliche Energieplanung.

Setzen Sie kein Zeichen des Rückschritts, sondern gehen Sie diesen Weg konsequent weiter mit uns.

Danke.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke, Jonas Erni.

Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat?

Karin Signer.

Karin Signer:

Geschätzte Anwesende, geschätzte Mitglieder beider Räte,

Wädenswil wurde im Jahr 2022 mit dem Label «Energistadt Gold» ausgezeichnet.

Darauf dürfen wir stolz sein – aber dieses Label verpflichtet auch.

Der geplante Anteil von 50 % erneuerbarem Gas bis 2030 ist ein zentraler Bestandteil dieser Bemühungen.

Die Behauptung, dass die heute rund 35 % Biogas im Gasmix gar kein Biogas seien, ist schlicht falsch. Das lässt sich in der Stellungnahme des Stadtrats klar nachlesen.

Das Argument, dass dieses Gas «zu 95 % aus dem Ausland» stamme, greift ebenfalls zu kurz:

Unser fossiles Erdgas stammt zu 100 % aus dem Ausland.

Wenn wir Gas importieren müssen, dann doch lieber erneuerbares.

Wird der Biogasananteil auf 1 % reduziert, sinkt der Gaspreis.

Das führt dazu, dass Haushalte mit grossen Heizsystemen den Umstieg auf Wärmepumpen oder den Beitritt zum Energieverbund hinauszögern.

Das steht im direkten Widerspruch zu unserem Ziel Netto-Null 2050.

Aus diesen Gründen lehnen wir dieses FLAG-Ziel klar ab.

Danke.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke, Karin Signer.

Beat Lüthi, kurz.

Beat Lüthi (FDP, GRPK):

Geschätzte Anwesende,

zunächst erstaunt mich, dass die SP bei den Gasgebühren plötzlich die Belastung der Bevölkerung kaum mehr thematisiert wird, während sie bei anderen Gebühren sehr wohl im Fokus steht.

Zweitens: Ich habe nie behauptet, dass kein Biogas produziert werde.

Ich habe gesagt, dass rund 1 % Schweizer Biogas ist, der Rest stammt aus dem Ausland.

Das ist eine sachliche Feststellung.

Drittens: Zum Label *Energiestadt Gold*:

Wurde die Bevölkerung je gefragt, ob sie bereit ist, höhere Kosten dafür zu tragen?

Gab es dazu eine Abstimmung?

Ich bin der Meinung: Beim Gas sollte man den Konsumentinnen und Konsumenten die Wahl lassen.

Wer 100 % Biogas möchte, soll das tun können.

Wer das nicht möchte, sollte nicht dazu gezwungen werden.

Das hat auch eine soziale Dimension, die mir in dieser Debatte zu wenig berücksichtigt wird.

Danke.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke, Beat Lüthi.

Gibt es weitere Wortmeldungen mit neuen Aspekten?

Bruno Cogliati hat das Wort.

Bruno Cogliati (SVP):

Hier in der Begründung steht sinngemäss, dass Klimaprobleme und die Netto-Null-Ziele der Schweiz nicht an der Landesgrenze Halt machen können.

Der Stadtrat argumentiert, dass jedes Gramm Biogas, das wir in der Schweiz nicht verbrauchen, dazu führt, dass an anderer Stelle auf der Welt entsprechend mehr fossiles Gas eingesetzt wird. Der globale CO₂-Ausstoss verändere sich dadurch nicht.

Diese Argumentation stützt sich auf das sogenannte «Grüne Paradoxon», das besagt, dass nationale Einsparungen bei fossilen Energien global gesehen zu Verlagerungseffekten führen können, ohne den weltweiten CO₂-Ausstoss effektiv zu senken.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die grundsätzliche Frage, ob es für den globalen Klimaschutz tatsächlich einen Unterschied macht, ob wir Biogas oder fossiles Gas einsetzen.

Ich habe geschlossen. Danke.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke, Bruno Cogliati.

Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

Wer dem **mehrheitlichen Antrag der GRPK** zustimmt,

die **Zielgrösse im FLAG-Ziel «Anteil erneuerbare Gase» von 35 % auf 1 % zu reduzieren**,

bezeugt dies durch Handerheben.

(Stimmenzählung)

Wer lehnt den Antrag ab?

(Stimmenzählung)

Enthaltungen?

Abstimmung über den Antrag der GRPK:

Der Rat nimmt den Antrag **mit 17 zu 16 Stimmen bei 2 Enthaltungen an.**

Dann kommen wir zur Kostenstelle Gesellschaft Konto 6-691 bzw. Seite 117-129, mit dem Globalbudget Gesellschaft, Bäder, Stadtpolizei und Soziokultur.

Das Wort hat Chris Tattersall (GRPK)

Chris Tattersall (GRPK), Bericht zur Kostenstelle Gesellschaft

Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Anwesende

Beat Lüthi und ich haben die Abteilung Gesellschaft am 4. November besucht. Besten Dank an Daniel Tanner und Reto Suter für die ausführlichen und transparenten Antworten.

Der Nettoaufwand der Abteilung Gesellschaft steigt im Budget 2026 gegenüber dem Budget 2025 um rund 1,2 Millionen Franken. Der mit Abstand grösste Teil dieses Anstiegs – rund 0,9 Millionen Franken – entfällt auf den Bereich Gesundheitskosten, insbesondere unter der Rubrik *Infostelle, Betreuung und Pflege*.

Gesundheitskosten – ambulant und stationär

Innerhalb der Gesundheitskosten wird zwischen ambulanten und stationären Leistungen unterschieden:

- Ambulante Behandlungen werden über die elektronische Plattform ORION abgerechnet, die von der Stadt Zürich betrieben wird. ORION stellt jeweils Hochrechnungen für das laufende Jahr zur Verfügung, welche als Basis für das Folgejahr dienen. Für 2026 wird von einer Fallzunahme von rund 2 % ausgegangen.
- Grundlage dafür ist unter anderem der Zwischenbericht zur Versorgungsplanung Alters- und Langzeitpflege des OBSAN, der für den Bezirk bis 2045 mit einem Anstieg der Bevölkerung über 65 Jahre um rund 40 % rechnet. Daraus ergibt sich langfristig eine durchschnittliche jährliche Zunahme von etwa 2 %.
- Bei den stationären Behandlungen wird im Budget 2026 mit einer Kostensteigerung von rund 4 % gerechnet.

Der gesamte Anstieg der Gesundheitskosten beträgt jedoch rund **7 %**, was zunächst höher erscheint als die genannten Einzelannahmen. Diese Differenz wurde in der Abteilungsgesellschaft ausführlich diskutiert.

Die Begründung ist nachvollziehbar: Die Abteilung möchte nicht mehr systematisch unterbudgetieren, wie dies in früheren Jahren teilweise der Fall war, sondern konservativere und realistischere Annahmen treffen.

Zur Plausibilisierung wurde die Kostenentwicklung im laufenden Jahr 2025 detailliert analysiert. Das Ergebnis zeigt, dass die effektiven Ist-Kosten 2025 die Annahmen für das Budget 2026 stützen. Der budgetierte Anstieg ist daher eher vorsichtig als überhöht. Aus Sicht der GRPK ist diese Herangehensweise sachlich begründet und sinnvoll.

Bäderbetrieb

Ein weiterer Kostenanstieg betrifft den Bereich Bäder. Der projektierte Nettoaufwand steigt im Budget 2026 um rund 0,3 Millionen Franken. Hauptgrund dafür sind tiefer erwartete Einnahmen.

Die Einnahmen wurden bewusst auf Basis des Ist-Jahres 2024 budgetiert, da sich gezeigt hat, dass das Budget 2025 keine verlässliche Referenz darstellt. Diese Vorgehensweise erscheint der GRPK plausibel und sachgerecht.

Gleichzeitig weist die GRPK darauf hin, dass der Selbstfinanzierungsgrad der Bäder weiterhin unbefriedigend ist. Wir regen deshalb an, dass sich der Stadtrat vertieft mit flexibleren Preismodellen, angepassten Öffnungszeiten oder anderen Massnahmen auseinandersetzt, um sowohl die Auslastung als auch die Ertragssituation zu verbessern.

Ich habe geschlossen. Vielen Dank.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke, Chris Tattersall.

Gibt es weitere Wortmeldungen aus der GRPK?

(keine)

Dann hat nun der **Stadtrat Gesellschaft, Daniel Tanner**, das Wort.

Text konnte nicht aufgezeichnet werden; fehlt. Sinngemäss: kurze Verdankung des Besuches.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke, Daniel Tanner. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat?

(keine)

Dann kommen wir zum **Antrag betreffend die Flaggziele Bäder**.

Antrag GRPK – FLAG-Ziele Bäder (Konto 631)

Die einstimmige GRPK beantragt, das FLAG-Ziel zur *wirtschaftlichen Betriebsführung von Hallenbad und Strandbad* wie folgt zu ergänzen:

„Auslastungsorientierte Preismodelle sollen geprüft und – wo sinnvoll – umgesetzt werden. Ziel ist es, den Umsatz zu steigern und eine gleichmässige Auslastung der Anlagen zu fördern.“

Zur Begründung hat Chris Tattersall (GRPK) das Wort:

Chris Tattersall, GRPK

Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren, für die Bäder ist im Budget 2026 ein Aufwand von rund 2,8 Millionen Franken sowie ein Ertrag von rund 1,2 Millionen Franken vorgesehen. Es ist uns bewusst, dass die Bäder nicht kostendeckend betrieben werden können – das ist auch nicht der Anspruch. Gleichzeitig ist in den FLAG-Zielen klar festgehalten, dass die Selbstfinanzierung verbessert werden soll.

Was wir heute beobachten, ist eine sehr ungleichmässige Auslastung:

Zu Spitzenzeiten – insbesondere am Samstag- und Sonntagvormittag – sind die Anlagen stark überlastet, während sie zu Randzeiten, etwa am späteren Nachmittag oder Abend, deutlich weniger frequentiert sind.

Die Idee dieses Antrags ist es, analog zu Modellen in anderen Bereichen – etwa im Wintersport – bedarfs- oder zeitabhängige Preismodelle (dynamisches Pricing) zu prüfen. Ziel ist nicht nur eine bessere Verteilung der Nachfrage, sondern auch:

- eine höhere Aufenthaltsqualität zu Spitzenzeiten,
- eine attraktivere Nutzung zu Randzeiten,
- und mittelfristig auch eine Verbesserung der Ertragssituation.

Ich habe geschlossen, danke.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke, Chris Tattersall. Gibt es weitere Wortmeldungen aus der GRPK?

(keine)

Dann hat der Stadtrat Gesellschaft, Daniel Tanner, das Wort.

Stellungnahme – Daniel Tanner, Stadtrat Gesellschaft

Danke, Herr Präsident

Wir haben das Thema dynamische bzw. flexible Preismodelle bereits im Abteilungsgespräch diskutiert. Dabei haben wir auch darauf hingewiesen, dass solche Modelle zusätzliche Investitionen nach sich ziehen würden, insbesondere in den Bereichen IT, Zugangssysteme und Abrechnung.

Was die möglichen Mehreinnahmen betrifft, sind wir aktuell eher zurückhaltend. Die Eintrittspreise wurden in den letzten Jahren bereits zweimal erhöht, und eine weitere Preisanpassung beurteilen wir zum jetzigen Zeitpunkt kritisch.

Wir haben erste Abklärungen vorgenommen und bislang ein einziges Vergleichsbad gefunden – das Bad in Baden –, das ein solches Modell eingeführt hat. Diese Erfahrungen möchten wir vertieft analysieren.

Grundsätzlich sind wir offen, das Thema weiterzuverfolgen. Aus Sicht des Stadtrats erscheint es jedoch sinnvoll, zuerst fundierte Erkenntnisse zu gewinnen, bevor entsprechende Zielsetzungen verbindlich in den FLAG-Zielen verankert werden. Ich habe geschlossen.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke, Daniel Tanner. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat?

Das Wort hat Ursula Gall.

Ursula Gall, Die Mitte:

Eine direkte Frage: werden denn flexible Abonnementsmodelle – unabhängig von dynamischem Pricing – ebenfalls geprüft, etwa günstigere Abos für Randzeiten (z. B. Morgenschwimmen)?

Antwort Daniel Tanner, Stadtrat Gesellschaft:

Ja, solche Modelle sind ebenfalls Teil der Überlegungen. Auch hier gilt, dass Investitionsaufwand, technische Umsetzung und Wirtschaftlichkeit sorgfältig geprüft werden müssen.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

gibt es weitere Wortmeldungen?

Chris Tattersall, GRPK:

Nur zum Präzisieren: In unserem Text steht: Dynamische Preismodelle sollen in Betracht gezogen werden und wo sinnvoll umgesetzt werden. Ziel ist es, den Umsatz zu steigern und eine ausgewogene Auslastung zu fördern. Es ist keine starre Vorgabe an den Stadtrat, zur strikten Umsetzung. Es geht darum, den Vorschlag zu prüfen. Ich habe geschlossen.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke, Chris Tattersall.

Gibt es weitere Wortmeldungen?

(keine)

Dann kommen wir zur Abstimmung:

Wer für den einstimmigen Antrag der GRPK ist, in den FLAG-Zielen der Kostenstelle 631 Bäder die Aufgabe "Wirtschaftlicher Betriebsführung Hallenbad und Strandbäder" wie folgt zu ergänzen: Auslastungsbasierte Modelle sollen in Betracht gezogen werden und wo sinnvoll umgesetzt werden. Ziel: ist, den Umsatz zu steigern und eine gleichmässige Auslastung der Anlagen zu fördern.

Wer für diese Änderung ist, bezeugt das mit Handerheben.

Abstimmung über den Antrag der GRPK:

Der Rat stimmt dem Antrag mehrheitlich zu.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Kostenstelle Primarschule (Konto 7–791, Seiten 129–139)

Das Wort hat Roman Herrmann, GRPK

Roman Herrmann, GRPK

Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen beider Räte, geschätzte Anwesende

Auf ausdrücklichen Wunsch der Primarschule Wädenswil haben Peter Huber und ich die Abteilung bereits am 28. Oktober besucht – noch vor der ersten Budgetsitzung der GRPK. Dies hat der Qualität des Austauschs keinen Abbruch getan. Im Gegenteil: Die Gespräche waren offen, konstruktiv und sehr sachlich. An dieser Stelle ein herzlicher Dank an Pierre Rapazzo und sein Team sowie an die anwesende Schulpflegerin Charlotte Zysset, die heute Abend ebenfalls im Saal ist.

Die oft zitierte Metapher vom halb vollen oder halb leeren Glas beschreibt die aktuelle Situation der Primarschule aus unserer Sicht treffend.

In den vergangenen Jahren wurden spürbare Fortschritte bei der Kostenstabilität erzielt. In einzelnen Bereichen zeigt sich deutlich, dass konsequentes Kosten- und Führungsmanagement Wirkung entfaltet. Diese Entwicklung anerkennen wir ausdrücklich. Gleichzeitig ist jedoch festzuhalten, dass der Gesamtaufwand weiterhin deutlich wächst – und zwar stärker als die Entwicklung der Schülerzahlen. Zudem liegen die durchschnittlichen Kosten pro Schülerin und Schüler nach wie vor signifikant über dem kantonalen Durchschnitt.

Wenn das Ziel eines nachhaltigen Kostenbewusstseins ernst gemeint ist, genügt es aus unserer Sicht nicht, darauf zu verweisen, dass wesentliche Budgettreiber formell nicht im direkten Verantwortungsbereich der Abteilung liegen.

Gerade die Bereiche: Immobilien und Liegenschaften, Informatik, sowie die Personalkosten gehören zu den grössten Kostenblöcken innerhalb der Primarschule.

Wenn man – wie heute Abend sichtbar – die beiden zuständigen Stadträte für diese Bereiche eng und kollegial nebeneinander sitzen sieht, darf man auch erwarten, dass sie inhaltlich am gleichen Strick ziehen. Das heisst konkret: eine gemeinsame Verantwortung für Kosteneffizienz, transparente Leistungsverrechnung, und eine stringente Steuerung der durchschnittlichen Dienstleistungen zugunsten der Schule.

Die Primarschule kann ihre Kostenentwicklung langfristig nur dann stabilisieren, wenn auch die sie umgebenden Systeme entsprechend effizient, abgestimmt und nachvollziehbar funktionieren.

Die GRPK anerkennt ausdrücklich die in der vergangenen Legislaturperiode erzielten Verbesserungen in der Primarschule. Gleichzeitig erwartet sie, dass nun der nächste Entwicklungsschritt erfolgt.

Konkret bedeutet dies: mehr Transparenz bis auf Ebene der einzelnen Schuleinheiten, sowie eine klare Führungs- und Kostenverantwortung, auch bei zugekauften Leistungen anderer städtischer Abteilungen.

Nur so lassen sich Kosten, Leistungen und Qualität dauerhaft nachvollziehbar steuern.
Ich habe geschlossen. Danke.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke Roman Herrmann.

Weitere Wortmeldungen aus der GRPK?

Chris Tattersall, GRPK hat das Wort.

Chris Tattersall, GRPK

Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Anwesende,
ich möchte einen Punkt ergänzen, der auch in den Schlussbemerkungen der GRPK enthalten ist und die Qualitätssicherung in der Primarschule betrifft.

In der GRPK wurde wiederholt diskutiert, dass es verbindliche, systematische Qualitätsindikatoren braucht, um beurteilen zu können: wo Unterricht gut funktioniert, wo Klassen oder Schuleinheiten zusätzlichen Unterstützungsbedarf haben, und wo besonders erfolgreiche Lehrpersonen wirken, deren Arbeit gezielt gestärkt werden sollte.

Ein jährlich konsistent eingesetztes Instrument zur Lernstandserhebung würde es der Schulleitung ermöglichen, fundierte Entscheidungen zu treffen – sei es bei der Ressourcenzuteilung, bei Unterstützungsangeboten oder auch bei Personalentscheiden.

Solche Instrumente existieren teilweise bereits (z. B. standardisierte Lernstandserhebungen), werden aber nicht konsequent und vergleichbar eingesetzt. Dabei könnten gerade einfache, digitale Tests wertvolle Hinweise liefern, ohne den Schulbetrieb übermässig zu belasten.

Aus Sicht der GRPK würde eine systematische, transparente Qualitätsrückmeldung nicht nur der Schulführung helfen, sondern auch dazu beitragen, gute pädagogische Arbeit sichtbar zu machen und gezielt zu sichern.

Ich habe geschlossen. Danke.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke, Chris Tattersall.

Gibt es weitere Wortmeldungen aus der GRPK?

Dann hat Pierre Rapazzo, Stadtrat Primarschule das Wort

Pierre Rapazzo, Stadtrat Primarschule

Liebe Kollegen aus beiden Räten, liebe Gäste

Vielen Dank für Ihren Bericht und für den Abteilungsbesuch.

Die angesprochenen Punkte nehme ich gerne mit. Christoph und ich sind uns der Situationen bewusst, in denen wir uns weiter vertiefen müssen. Wir sind aktuell insbesondere daran, bei den Hauswartungen die Leistungen zu überprüfen, um Optimierungspotenziale zu identifizieren und die Zusammenarbeit zwischen den Bereichen weiter zu verbessern.

Auch dir, Chris, herzlichen Dank für den Input. Die Messung der Qualität von Schulpersonal ist tatsächlich anspruchsvoll und bewegt sich in einem sensiblen Spannungsfeld, insbesondere auch datenschutzrechtlich.

Ich möchte dazu ein konkretes Beispiel nennen:

Das Volksschulamt führt alle fünf Jahre eine umfassende Evaluation aller Schuleinheiten durch. Die Schule Schönenberg ist aktuell Teil dieser Untersuchung. Dabei werden Daten zur Lernleistung sowie zur Zufriedenheit von Schülerinnen und Schülern, Eltern und Lehrpersonen erhoben.

Diese Ergebnisse liegen beim Volksschulamt in detaillierter Form vor, werden den Gemeinden jedoch nur aggregiert und nicht klassen- oder lehrpersonenbezogen zur Verfügung gestellt. Als Begründung werden datenschutzrechtliche Aspekte genannt; möglicherweise spielen auch arbeitsrechtliche oder gewerkschaftliche Überlegungen eine Rolle. Die genauen Gründe sind für uns nicht vollständig transparent.

Fakt ist:

Das Volksschulamt verfügt über differenzierte Daten, wir als Gemeinde erhalten jedoch keine Auswertungen auf Klassen- oder Personenebene. Das schränkt die Möglichkeit einer gezielten Steuerung ein.

Dieses Thema ist uns bewusst, wir haben es bereits angesprochen und sind weiterhin auf der Suche nach Verbesserungsmöglichkeiten innerhalb des rechtlichen Rahmens. Die Hinweise aus der GRPK nehmen wir dabei gerne auf.

Besten Dank.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke, Pierre Rapazzo.

Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat?

(keine)

Zu dieser Abteilung liegen keine Anträge vor.

Gibt es noch jemanden, der einen Antrag stellen will? Das scheint nicht der Fall zu sein.

Dann kommen wir zur Kostenstelle Soziales Konto 8-832, bzw. Seite 140-150 mit den Globalbudgets Soziales, Soziale Dienste und Asyl- und Wohnbegleitung.

Das Wort hat Peter Huber GRPK:

Peter Huber, Mitglied der GRPK:

Geschätzte Anwesende, Clemens Schröter und ich haben die Abteilung Soziales besucht. Ich danke Claudia Bühlmann herzlich und ihrem Team für die konstruktiven Gespräche.

Die Abteilung Soziales rechnet im Jahr 2026 mit einem Aufwand von 51 Millionen Franken und mit Erträgen von 28 Millionen Franken. Ich gehe davon aus, dass Sie die restlichen Beträge nachgelesen haben, deshalb lasse ich diese hier aus. Bei den Sozialversicherungen wird für 2026 mit einem Fallwachstum von 4 Prozent und mit einem Kostenwachstum von 2 Prozent gerechnet. Das sind Werte, die erfahrungsgemäss als realistisch gelten. Aktuell beziehen 824 Personen Ergänzungsleistungen, die meisten im AHV-Bereich. Die EL-Administration wird weiterhin durch die Stadt selbst geführt. Man könnte diese Aufgabe auch an den Kanton übertragen. Das wäre zwar teurer, laut Abteilung jedoch unter dem Strich eher kostendämpfend, weil Gemeinden, die die EL-Bearbeitung dem Kanton übertragen, häufig zusätzlichen Unterstützungsaufwand leisten müssen, etwa beim Ausfüllen von Formularen.

Neben der kantonalen EL bestehen kommunale Gemeinde- und Mietzuschüsse, die von der Stadt finanziert werden. Im Jahr 2024 waren dies 635 Personen mit einem Gesamtbetrag von rund 600'000 Franken. Diese Zuschüsse gelten als sozialpolitisch wirkungsvoll, weil sie Heimeintritte oder Sozialhilfeverfahren hinauszögern oder verhindern können. Aufgrund der allgemein stark steigenden Mieten ist auf diesem Konto jedoch mit höheren Ausgaben zu rechnen. Die Digitalisierung in der Administration ist angelaufen. Aber: Das steht im Zusammenhang mit der Diskussion über zusätzliche Stellen. Die Digitalisierung wurde ohne zusätzliches Personal umgesetzt. Dadurch kann das Effizienzpotenzial derzeit nicht vollständig genutzt werden. Teilweise ist der Aufwand sogar höher als vor der Digitalisierung.

Bei den Asylunterkünften erachtet die Abteilung den Standort Neubühl als wichtig. Momentan bestehen 181 unbefristete und 107 befristete Plätze. Ein grosser Teil der befristeten Plätze wird wegfallen, da sie eben befristet sind. Aktuell sind 207 Plätze belegt. Aufgrund von Umbauten werden zusätzlich 20 Plätze benötigt.

Da die Zuweisungen schwierig zu prognostizieren sind, gilt eine maximale Belegung von 80 Prozent als sinnvoll. Das entspricht einem Bedarf von rund 284 Plätzen.

Zu den Details kommen wir beim entsprechenden Antrag noch.

Ich habe geschlossen.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke, Peter Huber. Gibt es weitere Mitglieder der GRPK?

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Dann hat jetzt das Wort die Stadträtin Soziales, Claudia Bühlmann.

Claudia Bühlmann, Stadträtin Soziales:

Danke, ich möchte mich nur bedanken für die Besuchenden und für den guten Austausch. Danke.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke, Claudia Bühlmann. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat?

Das ist nicht der Fall.

Zu dieser Abteilung sind keine Anträge gestellt. Gibt es noch Anträge?

– Keine Anträge –

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Dann kommen wir zur **Kostenstelle Alterszentrum Frohmatt**, Konto 9–991 beziehungsweise Seiten 150–153.

Das Wort hat **Peter Huber**, GRPK.

Peter Huber, GRPK:

Das mache ich gerne ganz kurz. Was das Formatt betrifft, ist die Ausgliederung schon länger vollzogen und hat spürbare Spuren hinterlassen. Aufwand und Ertrag von rund 24 Millionen Franken sind nicht mehr im Stadthaushalt enthalten, was den Vergleich mit dem Vorjahr erschwert. Das ist wichtig, im Hinterkopf zu behalten.

Für die GRPK ist klar: Die Transparenz über die Entwicklung der neuen AG muss weiterhin sichergestellt sein, auch wenn sie nicht mehr im Budget der Stadt geführt wird. Wir erwarten deshalb vom Stadtrat, dass er den Gemeinderat regelmässig informiert – insbesondere über Finanzrisiken und Investitionsbedarf – und dass kritisch überprüft wird, ob die Frohmatt AG langfristig ohne versteckte Subventionen aus dem Steuerhaushalt funktionieren kann. Vielen Dank.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke, Peter Huber. Gibt es weitere Mitglieder der GRPK, die sich äussern möchten?

Das ist nicht der Fall.

Claudia Bühlmann, Stadträtin Soziales, wünschst du das Wort?

– Verzicht –

Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat?

Das ist nicht der Fall.

Gibt es zu dieser Abteilung Anträge?

– keine Anträge –

Dann kommen wir zur **Investitionsrechnung**, Seiten 245 bis 266, sowie zu den **ordentlichen Abschreibungen**, Seiten 295 bis 298.

Wünscht jemand aus der GRPK das Wort?

Das ist nicht der Fall.

Christof Wolfer, Stadtrat Finanzen, wünschst du das Wort?

Christof Wolfer, Stadtrat Finanzen:

Nein.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Weitere Wortmeldungen aus dem Rat?

Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir nun zu den Anträgen in der Investitionsrechnung.

Beim nächsten Traktandum liegen **mehrere Anträge zur gleichen Investition** vor: ein Antrag der GRPK, ein Antrag der FDP-Fraktion sowie ein Antrag des Stadtrats. Damit kommt erstmals heute das **Cup-System** zur Anwendung.

Ich werde zunächst alle Anträge vorstellen und anschliessend das Abstimmungsverfahren erläutern.

Es geht um die **Kostenstelle Finanzen, Konto 322.5040.00 Hochbauten**, Investitionskonto **INF 00922, Stadthaus – Sitzungszimmer 3.00 / 3.01**.

Die **einstimmige GRPK beantragt**, den Investitionsbetrag um **50'000 Franken** zu reduzieren.

Investition bisher: **50'000 Franken**

Investition neu: **0 Franken**

Zur Begründung hat das Wort **Chris Tattersall**, Mitglied der GRPK.

Chris Tattersall, GRPK:

Geschätzter Präsident, geschätzte Damen und Herren, es geht um den dritten Stock im Stadthaus, wo auch die GRPK ihre Sitzungen abhält. Es geht um 50'000 Franken für eine neue, moderne Videokonferenz- und Audioanlage im Stadthaus. Als ich diesen Betrag gehört habe – wir haben das auch in unserer Fraktion diskutiert –, habe ich mir gedacht: Wenn ich im Büro zu meinen Partnerkollegen gehe und sage: «Darf ich bitte 50'000 Franken für eine neue Videokonferenzanlage in unserem Sitzungszimmer haben?», dann werde ich ausgelacht.

Für eine Videokonferenz brauche ich einen Bildschirm, eventuell mit integrierter Kamera. Dann brauche ich ein Kabel vom Bildschirm zu meinem Computer, und ich brauche einen Lautsprecher. Und so läuft das. Das machen wir im Büro, das machen wir überall, jeden Tag. Es gibt bereits einen Bildschirm. Die Räumlichkeiten sind relativ einfach, aber völlig okay. Meine Damen und Herren, ich plädiere dafür, dass diese 50'000 Franken unnötig sind. Ich habe geschlossen.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke, Chris Tattersall.

Der zweite Antrag der FDP-Fraktion lautet wie folgt und betrifft die gleiche Kostenstelle und das gleiche Konto:

Der Investitionsbetrag wird um 30'000 Franken reduziert.

Investition alt: 50'000 Franken.

Investition neu: 20'000 Franken.

Das Wort zur Begründung hat Roman Herrmann.

Roman Herrmann (FDP):

Geschätzter Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen aus beiden Räten, geschätzte Anwesende.

Die FDP-Fraktion konnte sich von gewissen Stadträten versichern lassen, dass es bei dem geplanten Ausbau nicht um die Installation eines Kinosaals geht, sondern lediglich darum, eine veraltete Videokonferenzanlage zu ersetzen.

Für uns steht ausser Diskussion, dass es im Stadthaus einen Raum oder zwei "Halbräume" braucht, in denen Beamtinnen und Beamte sowie Stadtratsmitglieder effizient Sitzungen abhalten können. Unserem Dafürhalten nach sollte dies mit einem Betrag von 20'000 Franken machbar sein. Vor diesem Hintergrund beantragen wir bewusst nicht, das Investitionsvorhaben vollständig zu streichen, sondern eine zeitgemässe Videoanlage in absehbarer Zeit im Stadthaus zu installieren. Ich habe geschlossen.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke, Roman Herrmann.

Damit ist die Diskussion über alle Anträge eröffnet.

Gibt es weitere Mitglieder der GRPK, die sich dazu äussern möchten?

Clemens Schröter hat das Wort.

Clemens Schröter, GLP:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Anwesende, aufgrund der Ausführungen des Stadtrats sind wir zum Schluss gekommen, dass eine massvolle Modernisierung, wie von der FDP vorgeschlagen, sinnvoll ist. Somit unterstützt die GLP den massvollen Modernisierungsvorschlag der FDP.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Gibt es weitere Mitglieder der GRPK, die sich äussern wollen?

(keine)

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Das ist nicht der Fall. Dann hat der Stadtrat Finanzen, Christof Wolfer, das Wort.

Christof Wolfer, Stadtrat Finanzen:

Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren, bei diesen Anlagen geht es nicht darum, dass eine einzelne Person eine Videokonferenz durchführt. Das können wir selbstverständlich auch mit dem eigenen Computer, das machen sogar wir. Was wir hier aber haben, ist erstens nicht nur ein Raum dort oben, sondern wir benötigen immer mehr Sitzungszimmer, weil die Stadtverwaltung nach wie vor wächst – ob uns das passt oder nicht. Das heisst, es gibt auch mehr Sitzungen.

Das bedeutet, dass immer mehr Sitzungsräume benötigt werden. Deshalb müssen wir eine Anlage ersetzen und eine zweite Anlage ergänzen, damit wir beide Räume parallel modern und zukunftsgerichtet nutzen können. Es geht dabei vor allem um die Videoanlage, die heute nicht mehr genügt. Wir konnten das in den letzten Jahren mehrfach feststellen. Wir haben Stadtratssitzungen, bei denen sich Personen aus Bern zuschalten, und wir hatten dabei grosse Probleme und konnten nicht mehr effizient arbeiten.

Ich glaube nicht, dass es sinnvoll ist, dass eine Stadtverwaltung wie Wädenswil nicht in der Lage ist, vernünftige Videokonferenzen mit mehreren Personen an einem Tisch durchzuführen, die sich gleichzeitig mit Personen an einem anderen Ort zusammenschalten. Das gibt kein gutes Bild ab. Darum ist es aus unserer Sicht zwingend, dass hier eine gewisse Investition vorgenommen wird.

Ob die Zahl von 50'000 Franken zu hoch oder zu niedrig ist, kann ich Ihnen heute nicht sagen. Ich weiss es nicht. Wir haben keine Offerten eingeholt. Wenn wir die Anlage effektiv ersetzen, werden wir professionell abklären, was nötig ist und was es braucht. Es handelt sich um eine Kostenschätzung. Diese heute festzunageln, wäre sicher falsch. Wir möchten aber einen Betrag im Budget haben, damit wir sagen können, dass wir mit unserer Stadtverwaltung auch im Bereich der Videokonferenzen wieder zeitgemäss unterwegs sind.

Zum Antrag der FDP: Sollte dieser am Schluss obsiegen, müssten wir das Ganze technisch so vollziehen, dass wir den Betrag von der Investitionsrechnung in die laufende Rechnung umbuchen, da er unter der Aktivierungsgrenze von 50'000 Franken liegt. Ich habe geschlossen.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke, Christof Wolfer.

Gibt es weitere Mitglieder aus dem Rat, die sich dazu äussern möchten?

Das ist nicht der Fall.

Dann darf ich jetzt seit langem wieder das **CUP-System** erklären.

Alle drei Anträge – das heisst der Antrag der **GRPK** mit einer Reduktion um **50'000 Franken auf 0**, der Antrag der **FDP** mit einer Reduktion um **30'000 Franken auf 20'000 Franken** sowie der Antrag des **Stadtrats** mit **50'000 Franken** – werden einander gegenübergestellt.

Jedes Ratsmitglied hat **eine Stimme**.

Erreicht im ersten Durchgang ein Antrag das **absolute Mehr**, ist dieser angenommen. Ist dies nicht der Fall, werden die **zwei Anträge mit den wenigsten Stimmen** einander gegenübergestellt. Der Antrag mit den wenigsten Stimmen scheidet aus. Der obsiegende Antrag wird anschliessend dem Antrag gegenübergestellt, der im ersten Durchgang die meisten Stimmen erhalten hat.

Ich glaube, wir versuchen es jetzt einmal **ohne Stimmenzähler**.

Wer für den **einstimmigen Antrag der GRPK**, die Investitionsrechnung **INF 00922** für die Sitzungszimmer **3.00 und 3.01** um **50'000 Franken auf 0** zu reduzieren ist, bezeugt das durch Handerheben.

(Zählung)

Wer unterstützt den **Antrag der FDP**, die Investitionsrechnung **INF 00922** für das Sitzungszimmer **3.00 bzw. 3.01** um **30'000 Franken auf 20'000 Franken** zu reduzieren?
(Zählung)

Gut, das sieht nach **deutlich mehr Stimmen** aus. Vielen Dank.

Formhalber noch der letzte Antrag:

Wer stimmt dem **Antrag des Stadtrats** zu, den Investitionskredit bei **50'000 Franken** zu belassen?
(Zählung)

Abstimmung über die Anträge (Cup-System mit Stimmenzählern):

Damit hat der Rat dem **Antrag der FDP**, die Investition um **30'000 Franken zu kürzen**, **grossmehrheitlich zugestimmt**.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Wir kommen nun zum **nächsten Antrag der GRPK**.

Kostenstelle Immobilien, Immobilienverwaltungsvermögen **22.5040.00**,

Investitionskonto INF 0082, Neubüel, Neubau Notunterkünfte.

Eine Mehrheit der **GRPK** beantragt, das Budget auf dem oben genannten Konto um **2 Millionen Franken** zu kürzen.

Budget alt: **2'000'000 Franken**

Budget neu: **0 Franken**

Das Wort zur Begründung hat **Marco Kronauer**, GRPK.

Marco Kronauer, GRPK:

Besten Dank.

Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende, die GRPK hat sich bereits im Frühling nach der Veröffentlichung des Stadtratsbeschlusses betreffend den Kredit für den Neubau der Notunterkünfte Neubüel mit diesem Thema auseinandergesetzt. Leider ist – wie der Stadtrat in seiner Beantwortung korrekt festhält – die Rechtsmittelfrist von fünf Tagen ungenutzt verstrichen. Dazu kann man festhalten: Fünf Tage sind nicht viel.

Die GRPK stört sich an der Tatsache, dass der Stadtrat aus unserer Sicht sehr leichtfertig mit dem Instrument der Gebundenheit umgeht, wie dies auch in den Schlussbemerkungen des Berichts und Antrags nachzulesen ist und heute Abend bereits mehrfach angesprochen wurde.

Ebenso liegt der dort genannte Kredit von 3,93 Millionen Franken nur knapp unter der Schwelle einer Volksabstimmung. Wenn man zudem berücksichtigt, dass bei Kostenschätzungen mit einer Bandbreite von plus/minus 20 Prozent gerechnet wird, sollten bei aufmerksamen Beobachterinnen und Beobachtern die Alarmglocken läuten – wie wir es auch schon bei früheren Projekten erlebt haben.

Ich frage mich ganz ehrlich, ob sich der Stadtrat hier bewusst einer Volksabstimmung entzieht.

Zum Antrag selbst: In seinem Kreditbeschluss schreibt der Stadtrat, dass per Oktober 2024 in den Asyl- und Wohnunterkünften 221 Personen untergebracht waren. Gemäss dem Fragen- und Antwortenkatalog zum Budget 2026 lebten im Oktober 2025 noch 204 Personen in Asyl- und Wohnunterkünften.

Das bedeutet, dass diese Personen mit den bestehenden unbefristeten Unterkünften problemlos untergebracht werden konnten. Zusätzlich sind im Budget 2026 bereits 700'000 Franken für die Unterkunft Hensital vorgesehen.

Aus diesen Gründen beantragt eine Mehrheit der GRPK, die Investitionen in die Unterkunft Neubüel zu verschieben.

Besten Dank.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke, Marco Kronauer.

Gibt es weitere Wortmeldungen aus der **GRPK**?

Peter Huber hat das Wort.

Peter Huber, GRPK:

Geschätzte Anwesende, die SP-EVP-Fraktion lehnt die beantragte Budgetkürzung für die neue Asylunterkunft Neubüel ab – und zwar aus sozialpolitischer, integrativer und ganz klar auch aus finanzpolitischer Verantwortung.

Zu den Zahlen: Ich verlasse mich hier auf die Daten, die mir vorliegen. Die Stadt Wädenswil ist verpflichtet, ein Kontingent von rund 410 Personen zu erfüllen. Die aktuelle Belegungssituation zeigt deutlich, wie angespannt die Lage bereits heute ist.

Bei einer menschenwürdigen Normbelegung verfügen wir über 181 Plätze, bei einer stark eingeschränkten Mittelwertbelegung über 235 Plätze. Aktuell sind jedoch bereits 207 Plätze belegt.

Gleichzeitig verlieren wir im Jahr 2026/27 weitere Kapazitäten, da bestehende Liegenschaften für andere Zwecke benötigt werden. Höchstwahrscheinlich bewegen wir uns damit in eine Unterdeckung.

Eine Stadt wie Wädenswil darf jedoch nicht gezwungen werden, Menschen unter Bedingungen unterzubringen, die Konflikte und soziale Not praktisch garantieren. Notunterbringungen von 288 Personen zeigen klar, was passiert, wenn zu wenig Raum vorhanden ist.

Leute, die nicht zusammengehören, müssen extrem dicht zusammenwohnen: Familien neben suchtkranken Einzelpersonen, ohne Rückzugsmöglichkeiten. Das führt zu sozialem Stress – und dieser kostet am Ende mehr, als wenn man von Anfang an in eine gute Infrastruktur investiert.

Darum ist die neue Unterkunft kein Luxus, sondern eine Voraussetzung für Stabilität.

Noch etwas Wichtiges: Wir sprechen hier nicht nur von Asylsuchenden. Die Stadt Wädenswil nutzt ihre Unterkünfte auch für Menschen, die von Obdachlosigkeit bedroht sind. Aktuell sind 49 Personen ausserhalb der Asylkontingente in unseren Unterkünften untergebracht – Menschen, die auf dem freien Wohnungsmarkt keine Chance haben.

Wenn wir diese Menschen nicht unterbringen können, zahlen wir sehr schnell 120 Franken pro Nacht für Hotels oder Notschlafstellen. Das ist unsozial und finanziell nicht sinnvoll.

Der Neubau ermöglicht uns, flexibel zu bleiben. Wenn der Bedarf sinkt, können die Unterkünfte als Übergangswohnungen genutzt werden.

Es handelt sich also um eine Investition in soziale Infrastruktur, die uns langfristig handlungsfähig hält. Die SP unterstützt dieses Projekt, weil es menschenwürdig, kommunal verantwortungsvoll und ökonomisch vernünftig ist. Es trägt dazu bei, dass Wädenswil seine Verantwortung wahrnimmt – gegenüber Geflüchteten, gegenüber Menschen in Not und gegenüber der eigenen Bevölkerung, die zu Recht erwartet, dass ihre Stadt vorbereitet ist, statt überrascht wird.

Danke.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke, Peter Huber.

Gibt es weitere Wortmeldungen aus der Sachkommission?

Clemens Schröter, GRPK:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Anwesende.

Ich habe mir die Zahlen ebenfalls genau angeschaut. Für uns ist die **absolute Notwendigkeit**, dass das **Neubüel bereits im nächsten Jahr** realisiert werden muss, **nicht klar ersichtlich**. Da ein **zeitliches Aufschieben** gemäss Gemeindegesetz rechtlich zulässig ist, unterstützen wir den Antrag der **GRPK**. Wir gehen davon aus, dass wir im nächsten Jahr eine **klarere Sachlage** haben werden, um entscheiden zu können, ob der Neubau tatsächlich notwendig ist.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke.

Weitere Wortmeldungen?

Simon Bass hat das Wort.

Simon Bass, GRPK:

Vielen Dank, geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen aus beiden Räten, geschätzte Anwesende und liebe Presse.

Zuerst noch einmal zum Begriff der **gebundenen Ausgaben**. Clemens Schröter hat bereits **Artikel 103 des Gemeindegesetzes** erwähnt, deshalb verzichte ich darauf, diesen nochmals zu zitieren.

Wir haben in der **GRPK** die zuständige Stadträtin Soziales **explizit eingeladen**, um die Belegungszahlen und Asylzahlen in den Notunterkünften vertieft zu erläutern und ebenfalls den **Stadtratsbeschluss vom 3. Februar 2025** zu diesem Kredit von **3,93 Millionen Franken** zu diskutieren.

Leider ist es dabei **nicht gelungen**, klar darzulegen, weshalb diese Investition **dringlich** und **örtlich gebunden** sein soll. Damit sind aus meiner Sicht **mindestens zwei der zwingenden Voraussetzungen** für eine gebundene Ausgabe nicht erfüllt.

Auch nach wiederholter Nachfrage bin ich zu keinem anderen Schluss gekommen. **Aus diesem Grund** ist der Antrag in der **GRPK** entstanden.

Schauen wir uns nun die **aktuellen Belegungszahlen** an – Ich glaube, Peter hat jetzt vor allem von den unbefristeten Zahlen gesprochen. Wenn man die befristeten Verhältnisse

ebenfalls mit einbezieht, dann lägen wir – wenn ich das richtig im Kopf habe – bei einer maximalen Belegung von rund 440 Betten.

Schauen wir uns die aktuelle Belegung an, zeigt sich, dass derzeit kein dringlicher Bedarf für neue Asyl- oder Notunterkünfte zwingend gegeben ist. Weiter ist auch der Standort nicht zwingend. Es bestehen Alternativen, beispielsweise der Standort Roter Boden. Auch die Begründung, weshalb dort nicht erneut mit Containern gearbeitet werden kann, erscheint aus meiner Sicht eher schwammig.

Diese Punkte untermauern, dass mindestens zwei der vier notwendigen Kriterien für eine gebundene Ausgabe nicht klar erfüllt sind. Zusätzlich sind im Budget 2026 bereits 700'000 Franken für Not- und Asylunterkünfte im Hensital eingestellt, womit ein weiterer Bedarf ebenfalls abgedeckt werden kann.

Aus diesen Gründen beantragen wir, die Investitionen von 2 Millionen Franken, die aktuell im Budget 2026 eingestellt sind, zu streichen. Damit soll dem Stadtrat die Möglichkeit gegeben werden, einen neuen Anlauf zu nehmen und das Geschäft regulär über den Gemeinderat zu führen, um es nochmals sauber zu diskutieren und idealerweise zu einer breit abgestützten Lösung in einem gesunden Kostenrahmen zu gelangen.

Wenn man sich beispielsweise das Projekt in Thalwil anschaut, ebenfalls ein Holzbau, so hat dieses aus meiner Sicht rund eine Million Franken weniger gekostet, wenn ich das richtig in Erinnerung habe. Der Kredit von 3,93 Millionen Franken, den der Stadtrat eigenständig als gebundene Ausgabe beschlossen hat, bewegt sich zudem sehr nahe an der maximalen Finanzkompetenz des Stadtrats. Danke.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke, Simon Bass. Gibt es weitere Wortmeldungen aus der GRPK?

Ueli Reiter hat das Wort.

Ueli Reiter, Mitglied GRPK:

Ja, geschätzte Kolleginnen und Kollegen aus beiden Räten. Ich schliesse mich dem Votum von Peter an.

Auf der einen Seite haben wir einen ausgewiesenen Bedarf an Plätzen. Ich bin der Ansicht, dass der Stadtrat hier grundsätzlich saubere Arbeit geleistet hat. Gleichzeitig sehe ich das vorliegende Projekt im Moment jedoch nicht als zielführend, um an diesem Punkt ein Exempel zu statuieren.

Wir haben die Frist verpasst, wir haben unsere Aufgaben als Gemeinderat nicht gemacht. Dem müssen wir nachgehen. Es braucht eine vertiefte Diskussion mit dem Stadtrat darüber, wie gebundene Ausgaben definiert werden, wo Spielräume bestehen und wo nicht. Genau hier müssen wir enger zusammenrücken, um besser zu verstehen, welches Anliegen und welches Bedürfnis tatsächlich besteht, damit danach breit abgestützte Projekte entwickelt werden können, deren Ausgaben auf einer sauberen und nachvollziehbaren Grundlage beruhen. Von dem her lehnen wir Grünen den Antrag ab und unterstützen den Stadtrat. Danke.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke, Ueli Reiter. Gibt es noch weitere Mitglieder aus der GRPK, die sich dazu äussern wollen?

Das ist nicht der Fall.

Dann gehe ich davon aus, dass sich der Stadtrat Finanzen dazu äussert.

Christof Wolfer, bitte.

Christof Wolfer, Stadtrat Finanzen:

Herr Präsident, liebe Anwesende, ich würde mich zuerst zur Frage der Gebundenheit äussern und danach das Wort an Claudia Bühlmann weitergeben, welche den Bedarf erläutern wird. Das sind zwei unterschiedliche Themen.

Zur Gebundenheit ist festzuhalten: Wir hatten keinesfalls die Absicht, den Gemeinderat zu übergehen, indem wir eine Frist von fünf Tagen angesetzt haben in der Annahme, man würde das nicht bemerken. Das war nicht die Idee.

Seit dem Ukrainekrieg haben wir rund fünf Asyl- und Notunterkünfte realisiert. Diese wurden sämtlich als gebundene Ausgaben ausgewiesen. Das war jeweils in der Rechnung und im Budget transparent dargestellt und wurde bisher nicht grundsätzlich infrage gestellt.

Wir haben eine generelle Beurteilung vorgenommen, ob Asylbauten als gebundene Ausgaben zu qualifizieren sind oder nicht. Dabei sind wir zum Schluss gekommen, dass sie gebunden sind. Diese Einschätzung entspricht auch der Empfehlung des Regierungsrats des Kantons Zürich.

Dass die Gebundenheit grundsätzlich infrage gestellt werden kann, ist richtig. Ob diese Einschätzung vor Gericht standhalten würde, weiss ich nicht. Wir haben die Asylbauten jedoch konsequent als gebunden eingestellt, und zwar bei allen entsprechenden Projekten. Es handelt sich also nicht um einen Einzelfall oder um eine neue Vorgehensweise, sondern um unsere bisherige Strategie.

Wenn der Gemeinderat wünscht, dass diese Strategie künftig geändert wird, sind wir offen für diese Diskussion. Diese sollte jedoch nicht bei bereits beschlossenen Projekten geführt werden, sondern bei zukünftigen Vorhaben.

Wenn beispielsweise gewünscht wird, dass das Projekt Hensital mit den 700'000 Franken als Weisung vorgelegt wird, dann werden wir das selbstverständlich tun. Wenn Sie diesen Betrag jetzt im Budget streichen, reicht es zeitlich allerdings nicht mehr, um die Sanierung im nächsten Jahr umzusetzen. In diesem Fall müssten wir das Projekt im darauffolgenden Jahr erneut ins Budget aufnehmen.

Wir sind offen für die Diskussion, aber bitte im Voraus. Sämtliche Zahlen sind transparent in den Finanzplänen und Budgets enthalten. Sie können jederzeit eingesehen werden. Auch in der Budgetdebatte kann das entsprechende Votum eingebracht werden. Dann kann sich der Stadtrat vorgängig Gedanken machen, welche Geschäfte als Weisung vorgelegt werden sollen und welche nicht.

Aber bitte im Voraus und nicht im Nachhinein. Besten Dank.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke, Christof Wolfer. Dann hat nun Claudia Bühlmann, Stadträtin Soziales, das Wort.

Claudia Bühlmann, Stadträtin Soziales:

Danke, geschätzter Herr Gemeinderatspräsident, werte Mitglieder beider Räte, geschätzte Vertreterinnen und Vertreter der Presse sowie geschätzte Gäste.

Mit dem geplanten Projekt im Neubühl bauen wir zusätzliche Notunterkünfte. Diese benötigen wir dringend per Ende 2026. Der Hauptgrund dafür ist folgender: Ein Teil unserer heuti-

gen Liegenschaften ist lediglich temporär zugemietet. Diese werden im Verlauf des nächsten Jahres sowie bis spätestens 2027 wegfallen. Insgesamt betrifft dies 112 Plätze, also mehr als ein Drittel unserer gesamten Unterkunftskapazitäten.

Ein Teil dieser Plätze lässt sich nicht kurzfristig ersetzen. Je früher wir bauen können, desto besser. Zusätzlich verschärfen drei weitere Faktoren die Situation. Wir wissen von verschiedenen Unterkünften, die nicht im Eigentum der Stadt stehen, dass deren Verfügbarkeit ebenfalls zeitlich begrenzt ist. Private Unterkünfte, die im Bau sind – also wo Bauprojekte laufen –, werden in den nächsten zwei Jahren wegfallen. Es geht dabei um rund 50 Personen mit Status S, die heute privat untergebracht sind und voraussichtlich zu grossen Teilen von uns untergebracht werden müssen.

Der Wohnungsmarkt in Wädenswil ist extrem angespannt. Es gibt kaum Wohnungen im unteren Preissegment. Menschen, die keine Wohnung finden, landen bei uns. Drittens kommt hinzu, dass wir das kantonale Kontingent noch nicht ausgeschöpft haben. Es fehlen aktuell 31 Personen. Der Kanton weist im Moment wieder zu. Es gab eine Phase, in der keine Zuweisungen erfolgten, aber aktuell werden wieder Personen zugeteilt. Wir müssen davon ausgehen, dass diese 31 Personen in den nächsten Monaten – wahrscheinlich innerhalb eines halben Jahres – zugewiesen werden und von uns untergebracht werden müssen.

Ich fasse zusammen:

Wir verlieren in den nächsten zwei Jahren 112 Plätze in bestehenden Unterkünften.

Aufgrund von Bauprojekten kommen zusätzliche Personen hinzu, für deren Unterbringung Wädenswil verantwortlich ist.

Menschen, denen die Wohnung gekündigt wird, finden keine neue Wohnung in Wädenswil.

Ein Teil zieht weg, ein Teil wird obdachlos – für diese Menschen sind wir verantwortlich.

Der Kanton kann uns weiterhin Personen zuweisen, und diese müssen wir unterbringen.

Aus diesen Gründen ist es sinnvoll, dass wir die geplanten Unterkünfte im Neubühl jetzt bauen. Wenn ihr – wie gefordert – das Projekt um ein Jahr verschiebt, wird weder gespart noch ein Problem gelöst. Im Gegenteil: Wir werden dann sehr wahrscheinlich nicht rechtzeitig genügend Wohnraum zur Verfügung haben und gezwungen sein, auf dem regulären Wohnungsmarkt Wohnungen anzumieten.

Wir werden nicht auf Hotels ausweichen können – diese gibt es faktisch nicht, beziehungsweise die wenigen Hotels sind bereits ausgelastet. Auch Zivilschutzanlagen sind keine Option. Wir müssten Wohnungen auf dem freien Markt anmieten. Das ist nicht das, was wir wollen, und das haben wir bisher ganz bewusst vermieden, weil wir diese Wohnungen den Menschen überlassen wollen, die selbständig wohnen können. Für Menschen in Not wollen wir eigene, selbst erstellte oder temporär genutzte Unterkünfte zur Verfügung stellen.

Aus all diesen Gründen bitte ich euch wirklich inständig, von diesem Antrag abzusehen.

Danke.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke, Claudia Bühlmann. Gibt es weitere Mitglieder aus dem Rat, die das Wort wünschen?

Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer ist für den mehrheitlichen Antrag der GRPK ist, die Investitionen beim Konto **INV 00280 Neubühl, Neubau Notunterkünfte** um **2 Millionen Schweizer Franken auf null** zu kürzen, bezeuge das durch Handerheben.

(Abstimmung.)

Gegenstimmen?
Enthaltungen?

Abstimmung über den Antrag der GRPK

Damit stimmt der Rat **mehrheitlich dem Antrag der GRPK zu.**

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Wir kommen zum **letzten Antrag des heutigen Abends.**

Ebenfalls eine Investition, Kostenstelle Gesellschaft, Konto **601.5060 Mobilien**, Investitionskonto **INV 00904 Beschaffung Videoanlagen.**

Eine Mehrheit der GRPK beantragt, der Investitionsbetrag wird um **50'000 Franken reduziert.**

Investition alt: **200'000 Franken**

Investition neu: **150'000 Franken**

Das Wort zur Begründung hat Chris Tattersall, GRPK.

Chris Tattersall, Mitglied der GRPK:

Ja, geschätzter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren. Es geht nicht darum, das Konzept der Videoanlagen grundsätzlich infrage zu stellen oder zu beseitigen. Wir sind nicht gegen diese Investition.

Der Antrag ist aus der Diskussion entstanden, in der wir zum Schluss gekommen sind, dass der geplante Betrag von 200'000 Franken wahrscheinlich mehr als ausreichend ist. Zudem ist noch nicht abschliessend entschieden worden, wie und wann diese Videoanlagen konkret umgesetzt werden sollen. Das muss zuerst geklärt werden.

Wir sind also nicht dagegen, aber wir sind der Meinung, dass eine Reduktion um 50'000 Franken sinnvoll und vertretbar ist. Vielen Dank.

Und auch die Einschätzung des Stadtrats während der Diskussion war eher ein bisschen grosszügig. Es geht hier um eine Kürzung von einem Viertel, also um 25 Prozent. Wir hoffen, dass der Stadtrat mit dem Videokonzept im nächsten Jahr vorwärtsmacht, sind aber der Meinung, dass es dafür nicht die vollen 200'000 Franken braucht.
Ich habe geschlossen. Vielen Dank.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke. Gibt es weitere Mitglieder der GRPK, die sich dazu äussern möchten?

Das ist nicht der Fall.

Dann hat das Wort Daniel Tanner, Stadtrat Gesellschaft.

Daniel Tanner, Stadtrat Gesellschaft:

Der Stadtrat hat sich mit dem Thema der Ausrüstung von Videoanlagen auseinandergesetzt

und im Januar 2024 ein Konzept sowie ein Reglement erarbeitet, das Fragen zur Notwendigkeit, zu den Standorten, zum Datenschutz und zu weiteren Rahmenbedingungen beantwortet.

Der konkrete Bedarf ist noch nicht bis ins Detail ausgewiesen. Dazu laufen Abklärungen und Bedarfsmeldungen aus den einzelnen Abteilungen. Aufgrund der definierten Rahmenbedingungen rechnen wir jedoch mit einem Aufwand von rund 200'000 Franken.

Der Stadtrat hat bereits vorgängig selbst Kürzungen vorgenommen und ursprünglich höhere Beträge reduziert. Die verbleibenden 200'000 Franken halten wir grundsätzlich für realistisch.

Ich möchte aber festhalten: Sollte sich im Rahmen der Bedarfsklärung zeigen, dass die Umsetzung gestaffelt erfolgen soll, beispielsweise über zwei Jahre, dann werden die Gesamtkosten dadurch nicht zwingend kleiner. Insofern wäre es aus unserer Sicht sinnvoll, den Betrag im Budget zu belassen.

Selbstverständlich können wir aber auch mit einem kleineren Betrag leben und würden die Umsetzung dann situativ anpassen. Danke.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Danke, Daniel Tanner. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat?

Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer für den **mehrheitlichen Antrag der GRPK**, den Investitionsbetrag beim Konto **INV 00904 Beschaffung Videoanlagen** um **50'000 Franken** zu reduzieren, ist, den bitte ich um Handerheben.

(Abstimmung.)

Ich bitte die Stimmenzähler nach vorne.

Wer stimmt dem Antrag zu?

(Auszählung.)

Wer lehnt den Antrag ab?

(Auszählung.)

Enthaltungen?

(Auszählung.)

Abstimmung über den Antrag der GRPK:

Der Rat unterstützt den Antrag mit 18 Ja-Stimmen zu 16 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

Roman Schafflützel, Gemeinderatspräsident:

Wir brauchen kurz 30 Sekunden, um die Anträge zu bereinigen. Wir machen gleich weiter.

(kurze Pause)

Nun liegt das **bereinigte Budget 2026** vor. Ich lese noch einmal alle **angenommenen Änderungsanträge** vollständig vor:

- **Kostenstelle 111 – Zentrale Dienste und allgemeine Verwaltung,**
Konto **111.4900.00** (Interne Verrechnung Material- und Warenbezüge) wird um **CHF 17'350** reduziert.
Das Gegenkonto **217.4900.00** wird um den gleichen Betrag erhöht.
- **Kostenstelle 111 – Zentrale Dienste und allgemeine Verwaltung,**
Konto **111.4910.00** (Interne Verrechnung Dienstleistungen) wird um **CHF 28'700** reduziert.
Das Gegenkonto **217.4910.00** wird um den gleichen Betrag erhöht.
- **Kostenstelle 411 – Planen und Bauen,**
Konto **411.3010.00** (Raumplanung und Landschaftsentwicklung) wird um **CHF 35'000** reduziert.
- **Kostenstelle 421 – Planen und Bauen,**
Amtliche Vermessung und GIS, **Globalkredit**, wird um **CHF 50'000** reduziert.
- **Kostenstelle 521 – Werke, Wasserversorgung,**
Globalkredit, wird mit Spezialfinanzierung um **CHF 1,7 Mio.** erhöht.
- **FLAG-Ziel Kostenstelle 521 – Werke, Wasserversorgung, Globalkredit:**
Wird die Zielgrösse im FLAG-Ziel folgendermassen ergänzt; Der Selbstfinanzierungsgrad soll im fünfjährigen Schnitt bei **100 %** liegen.
Das Ziel soll durch eine **Tarifierhöhung von 30 % im Jahr 2026** angestrebt werden.
Weitere Tarifierhöhungen bei Bedarf und darüber hinaus.
- **Kostenstelle 521 – Werke, Wasserversorgung,**
Globalkredit, Aufwand wird um **CHF 10'000** reduziert.
- **FLAG-Ziel Kostenstelle 51 – Gasversorgung:**
Die Zielgrösse im FLAG-Ziel **Anteil erneuerbarer Gase** wird auf **1 %** reduziert.
- **FLAG-Ziel Kostenstelle 631 – Bäder:**
Die Aufgabe *wirtschaftliche Betriebsführung Hallenbad und Strandbad* wird ergänzt:
Auslastungsorientierte Preismodelle sollen in Betracht gezogen und, wo sinnvoll, umgesetzt werden. Ziel ist es, den Umsatz zu steigern und eine gleichmässige Auslastung der Anlagen zu fördern.
- Investitionsrechnung,
Konto **INV00922**, Kostenstelle Finanzen **322.5040.00 Hochbauten**,
Stadthaus Sitzungszimmer **3.00 / 3.01**:
Investitionsbetrag wird um **CHF 30'000** auf **CHF 20'000** reduziert.
- **Investitionsrechnung,**
Konto **INV0082**, Immobilien Verwaltungsvermögen **322.5040.00**,
Neubau Notunterkunft **Neubühl**:
Investitionsbetrag wird um **CHF 2 Mio.** gekürzt.
- **Investitionsrechnung,**
Konten **INV00017** und **INV 00769**,
Zentrale Dienste und allgemeine Verwaltung, Konto **112.5040.00 Hochbau**,
Notstromversorgung:
Investitionsbetrag wird um **CHF 440'000** reduziert.
- **Investitionsrechnung,**
Konto **INV00904**, Gesellschaft **601.5060 Mobilien**,
Beschaffung Videoanlagen:
Investitionsbetrag wird um **CHF 50'000** reduziert.

Wir kommen nun zur **Abstimmung über das bereinigte Budget 2026**.

Ich bitte die Stimmenzähler nach vorne.

Wer das Budget 2026 und die Leistungsaufträge mit Globalkrediten der FLAG-Abteilungen, in der bereinigten Fassung genehmigen will, erhebe bitte die Hand.

(Abstimmung)

Gegenstimmen?

Enthaltungen?

Abstimmung über das bereinigte Budget:

Damit haben Sie das **Budget und den Leistungsauftrag 2026 einstimmig mit 35 zu 0 Stimmen bei keiner Enthaltung** genehmigt.

Wir kommen nun zum **Steuerfuss 2026**.

Der Antrag der GRPK folgt dem Antrag des Stadtrats, den Steuerfuss **unverändert bei 86 %** zu belassen.

Das Wort zur Begründung – sofern es gewünscht wird – hat Ueli Reiter.

(nicht gewünscht)

Dann sind wir etwas schneller; dann hat das Wort der Stadtrat Planen Bauen, Christof Wolfer

(nicht gewünscht)

Wünscht sonst jemand das Wort?

(nicht gewünscht)

Dann kommen wir direkt zur Abstimmung.

Wer dem Antrag zustimmt, den Steuerfuss bei **86 %** zu belassen, erhebe bitte die Hand.

(Abstimmung)

Gegenstimmen?

Enthaltungen?

Abstimmung über den Steuerfuss 2026:

Der Steuerfuss von **86 %** ist **einstimmig genehmigt**.

Das Wort zur Begründung – sofern es gewünscht wird – hat Ueli Reiter.

(nicht gewünscht)

Dann sind wir etwas schneller; dann hat das Wort der Stadtrat Planen Bauen, Christof Wolfer

(nicht gewünscht)

Wünscht sonst jemand das Wort?

(nicht gewünscht)

Wir kommen zur **Schlussabstimmung über das Gesamtpaket (mit Stimmenzählern)**.

Die GRPK beantragt einstimmig, das **Budget der politischen Gemeinde für das Jahr 2026 inklusive Leistungsauftrag, Globalkrediten, FLAG-Abteilungen und Steuerfuss von 86 %** unter Berücksichtigung aller heutigen Beschlüsse zu genehmigen.

Wird dazu das Wort gewünscht?

(nicht gewünscht)

Dann kommen wir zur Schlussabstimmung.

Wer das **Gesamtpaket Budget 2026 inklusive Leistungsauftrag und Steuerfuss** genehmigen will, erhebe bitte die Hand.

(Abstimmung)

Gegenstimmen?

Enthaltungen?

Schlussabstimmung über das Gesamtpaket (mit Stimmenzählern)

Damit ist das **Gesamtpaket einstimmig mit 35 zu 0 Stimmen bei keiner Enthaltung genehmigt.**

Gibt es Einwände gegen die formale Abwicklung der heutigen Ratsgeschäfte?

(keine)

Dann bleibt mir nur noch, Ihnen allen schöne Festtage und ein gutes neues Jahr zu wünschen.

Ich schliesse die Sitzung. Vielen Dank.

Gemeinderatspräsident Roman Schafflützel schliesst die Sitzung.)

Melanie Alder, Ratssekretär Stellvertreterin